

AUSLANDSINFORMATIONEN



Supermacht China

Beherrscht Peking bald die Welt?

Sonderausgabe

in Kooperation mit der

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

AUSLANDSINFORMATIONEN

Sonderausgabe 2018

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

vor genau 40 Jahren begann die Reform- und Öffnungspolitik der Volksrepublik China. Sie bereitete nicht nur den Weg für die Befreiung hunderter Millionen Menschen aus der Armut, sondern leitete auch Chinas Entwicklung zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt ein. Während Deng Xiaoping, der Urheber der Reformpolitik, jedoch noch Zurückhaltung in der Weltpolitik propagierte, präsentiert sich das heutige China unter der Führung von Staatspräsident Xi Jinping selbstbewusster denn je.

Dies zeigt sich nicht zuletzt in globalen Initiativen wie der „Neuen Seidenstraße“, regionalen Foren wie der „Shanghai Cooperation Organisation“, dem „16+1-Gipfel“ oder Strategien wie „Made in China 2025“, sondern auch im militärischen Erstarren der Volksrepublik und der Erhebung von Gebietsansprüchen im Süd- und Ostchinesischen Meer.

Während diese Entwicklungen in Europa in der Vergangenheit als regionales Phänomen aus der Ferne betrachtet wurden, finden sich die EU-Staaten inzwischen mitten im Einflussgebiet chinesischer Initiativen und Investitionen wieder. Die globale Ausdehnung Chinas und die eigens gesetzte Zielmarke, bis 2049 – zum hundertjährigen Bestehen der Volksrepublik – zur führenden Industrienation der Welt aufzusteigen, sorgen vor allem im Westen für Unsicherheit und werfen die Frage auf: Beherrscht Peking bald die Welt?

Chinas regionaler Führungsanspruch stellt hierbei besonders die Nachbarstaaten vor sicherheitspolitische Herausforderungen, die sich teilweise in Territorialstreitigkeiten zur See oder auf dem Lande widerspiegeln. Nicht zuletzt die massive militärische Aufrüstung lässt in der Region und darüber hinaus Zweifel an der Frieden und Stabilität betonenden chinesischen Rhetorik aufkommen.

Dementsprechend skeptisch betrachten westliche Beobachter auch Chinas Engagement in Afrika und anderen Teilen der Welt, das über Handel, Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen weit hinausgeht. Obwohl die Aktivitäten Pekings auf dem afrikanischen Kontinent in Teilen der dortigen Bevölkerung durchaus positiv betrachtet werden, sehen Kritiker mögliche Schuldenfallen und sich hieraus ergebende Abhängigkeiten.

Ähnliche Bedenken werden in jüngster Zeit auch gegenüber Pekings Investitionspolitik in Europa immer lauter. Während in Deutschland die Sorge vor dem Ausverkauf von heimischen

Schlüsseltechnologien wächst, reicht der Einfluss Chinas in anderen europäischen Staaten bereits weit genug, um die dortige Kritik am eigenen Land im Keim zu ersticken.

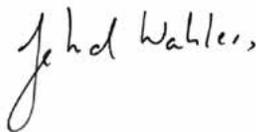
Längst geht es bei der Debatte um Chinas investitionspolitische Motive, strategische Interessen und Anstrengungen zur Ausweitung der eigenen *soft power* jedoch nicht mehr um Einzelfälle. Vielmehr rückt hierbei der sich zunehmend abzeichnende Wettbewerb zwischen autokratisch und demokratisch geführten Staaten in den Vordergrund.

Vor allem in westlichen Demokratien, die sich selbst dem Erstarken nationalistischer Parteien gegenüber sehen, verfolgt man zunehmend besorgt, welche Anziehungskraft das chinesische Entwicklungs- und Systemmodell auf autokratisch geführte Staaten in Asien, Afrika, Lateinamerika, aber inzwischen auch Europa ausübt und hier scheinbar eine Alternative zu Demokratie und Rechtsstaat anbietet.

Chinas eindrucksvoller Aufstieg über die letzten Jahrzehnte hat auch für den Rest der Welt tiefgehende Veränderungen mit sich gebracht. Während viele Länder - darunter auch Deutschland - vom wirtschaftlichen Aufschwung Chinas profitierten, hat sich das Land inzwischen zu mehr als nur einem Handelspartner entwickelt. Die größtenteils durch staatliche Unterstützung erwirkte Konkurrenzfähigkeit chinesischer Unternehmen und die Attraktivität des chinesischen Wachstumsmodells auf zahlreiche Länder stellen den Westen vor neue Herausforderungen.

Wie vielgestaltig diese Herausforderungen sind und welche Folgen der wachsende chinesische Einfluss für den Rest der Welt mit sich bringt, erörtern die Autorinnen und Autoren dieser in Kooperation mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* entstandenen Sonderausgabe der *Auslandsinformationen (Ai)* in den nachfolgenden Beiträgen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr


Dr. Gerhard Wahlers ist Herausgeber der *Auslandsinformationen (Ai)*, stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (gerhard.wahlers@kas.de).

Supermacht China Beherrscht Peking bald die Welt?

6 
Wille zur Welt
Mark Siemons

11 **Ai**
Ein neues Zeitalter des Wettbewerbs
Der autoritäre Internationalismus und sein
zunehmendes Drohpotenzial – eine weltweite
Herausforderung für die Demokratie
Christopher Walker

23 
Chinas Tor zur Welt
Christoph Hein

28 
Wie reagieren auf Chinas Offensive?
Gabriel Felbermayr

33 **Ai**
Kommt es zum Showdown?
Die Grenzstreitigkeiten im Südchinesischen
Meer und das Ringen um Asiens Zukunft
David Arase

47 **Ai**
Nicht ohne Drohpotenzial –
Chinas Wasser-Diplomatie
Der Mekong als Instrument der Politik
Rabea Brauer / Frederick Kliem

59 
Wer anderen eine Brücke baut
Friederike Böge / Hendrik Kafsack /
Stephan Löwenstein / Michael Martens /
Majid Sattar

65 **Ai**
Weitere Bühne im Wettstreit
der Großmächte?
Wie China, Indien und die USA im
Indischen Ozean um Einfluss ringen
Peter Rimmele / Philipp Huchel



78 
Eine goldene Gelegenheit
Friederike Böge/Thilo Thielke

82 **Ai**
Vom Tand zu den Werten
Chinas Engagement in Afrika hat auch eine
weltanschauliche Dimension
Christoph Plate

94 
Ehrgeiz vernetzt Berge
Hendrik Ankenbrand

98 
Langsam, aber gewaltig
Mark Siemons

102 
Chinas Weg zur Weltherrschaft
Holger Steltzner

112 
Die automatisierte Politik
Mark Siemons



Quelle: © Kim Kyung-Hoon, Reuters.

[Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 28.01.2018, S. 41](#)

Wille zur Welt

Mark Siemons

China kündigt ein „Großes Wiederaufblühen“ und die Planung einer „gemeinsamen Zukunft“ der Menschheit an. Dahinter steckt ein Konzept von Geschichte, das der Westen noch nicht ernst genug nimmt.

„Manchmal“, so dozierte die „Volkszeitung“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Chinas, vergangene Woche in einer sehr grundsätzlich daherkommenden Erklärung, „muss man tausend Jahre auf eine solche Gelegenheit warten.“ Die Partei feiert 2021 gerade mal ihren hundertsten Geburtstag, hier aber scheint sie sich die Zeitmaße von etwas viel, viel Älterem zu eigen zu machen. Es geht in dem Text darum, dass eben jetzt ein „historischer Moment“ gekommen sei, wie es ihn in den fünftausend Jahren der chinesischen Geschichte selten gegeben habe. In diesem Moment kulminiere nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, sondern auch seine Wissenschaft, Technologie und Kultur; der Respekt vor seiner Weisheit nehme weltweit zu, eine neue internationale Ordnung werde sichtbar. Deshalb gelte es jetzt, die Gelegenheit beim Schopf zu packen und das von Staatschef Xi Jinping ausgerufene „Große Wiederaufblühen der chinesischen Nation“ unverzüglich zu realisieren: „Das ist unsere Aufgabe, so dass der chinesische Traum und der Traum der ganzen Welt miteinander verschmelzen.“

Warum gerade jetzt so viel Tamtam? Steht ein Angriff auf Taiwan bevor, dessen Eingliederung die Volksrepublik seit jeher als Teil ihrer historisch abgeleiteten Staatsräson bezeichnet? Seit ein paar Wochen nimmt die Zahl chinesischer Militärübungen rings um die Insel zu. Oder geht es nur um den innenpolitischen Appell am Ende des Manifests, sich geschlossen um den großen Führer Xi zu scharen? So oder so ist die Rolle, die „die Geschichte“ in dieser geopolitischen Ansage spielt, ebenso auffallend wie erklärungsbedürftig – die bisherigen „fünftausend Jahre“ nicht weniger als die Zukunft, in der eine nicht näher benannte Vergangenheit „wieder“ erreicht werden soll. Während sich die chinesischen Abgesandten auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos

behende in der bisherigen, vom Westen installierten Weltordnung bewegen, beruft sich die Regierung nach innen hin auf ein ganz anderes Koordinatensystem und kündigt sogar an, dass darin künftig auch der Rest der Welt seinen Platz finden soll.

Es stellt sich also die Frage: Wo genau befindet sich der Platz in der Welt, den das Land als ihm von seiner Vergangenheit zugedacht erachtet? Worauf steuert die Weltmacht zu? Worauf läuft die von China seit Jahren in allen außenpolitischen Dokumenten untergebrachte Formel „Gemeinschaft einer geteilten Zukunft“ hinaus? Im Westen nennt man das, was einen an Chinas Ambitionen beunruhigt, meist „Nationalismus“. Das ist zweifellos nicht verkehrt, aber wohl allenfalls die halbe Wahrheit. Für die Zeit, auf die sich das eigene Koordinatensystem des Landes bezieht, ergibt dieser Begriff noch gar keinen Sinn; die europäische Kategorie des Nationalstaats begannen Chinas Staatsdenker erst zum Ende der Kaiserzeit im späten neunzehnten Jahrhundert für sich zu entdecken.

Was also meint China dann überhaupt mit diesem „China“, an dessen Blüte es wieder anschließen will? Historiker und Sinologen, in Deutschland zuletzt Kai Vogelsang in seiner großartigen „Geschichte Chinas“, haben immer wieder gezeigt, dass von einer Kontinuität und Einheit des Landes über die Jahrtausende hinweg entgegen aller anderslautenden Propaganda keine Rede sein kann. Die politische Geschichte der Gebiete, die heute zur Volksrepublik gehören, ist so kontingent, ausgefranst, zerstückelt, sich immer wieder neu bestimmend und definierend wie überall. Was es jedoch gibt, ist die verblüffend bruchlose Kontinuität der Mythen, Chroniken und Romane, die sich mit China beschäftigen. Wenn in China von der Tradition

der „Geschichte“ die Rede ist, dann ist vor allem diese kodifizierte Überlieferung gemeint.

Ihre Pointe ist, dass sie die reale Zersplitterung und Diskontinuität des Landes zugleich anerkennt und aufhebt. Das zugrundeliegende Konzept trägt den Namen „Tianxia“, übersetzt „Alles unter dem Himmel“. Wie der mit seinen 87 Jahren immer noch an der National University of Singapore lehrende Historiker Wang Gungwu dargelegt hat, war „Tianxia“ bei seiner Entstehung im zweiten Jahrtausend vor Christus ursprünglich eine kosmologische Idee; sie bezeichnete das Ganze einer Welt und einer Menschheit, die sich aufgrund ihrer Zivilisiertheit dieses Kosmos bewusst ist. Mit der Zeit, vor allem seit der staatlichen Einigung durch die Qin-Kaiser im dritten Jahrhundert vor Christus, wurde daraus dann auch die Bezeichnung für die staatliche Hülle dieser Ordnung. Die Spannung zwischen partikular staatlicher und engrenzt universalistischer Perspektive blieb bis heute. Immer wieder mussten aufgrund diverser Ausländer, die zwischenzeitlich über China herrschten (Mongolen in der Yuan-Dynastie, Mandschuren in der Qing-Dynastie), Völker, die zuvor als „Barbaren“ außerhalb der zivilisierten Welt galten, zu Chinesen umdefiniert werden.

Einer der bekanntesten chinesischen Romane, „Die drei Reiche“ – vergangenes Jahr zum ersten Mal vollständig auf Deutsch erschienen –, handelt von den Wirren am Ende der Han-Dynastie im dritten und vierten Jahrhundert, letztlich aber von nichts anderem als davon, wie diskontinuierlich und gewaltsam „Tianxia“ in der Realität Gestalt annimmt. Schon der erste Satz greift das Stichwort auf, auch wenn das aus der deutschen Fassung nicht auf den ersten Blick ersichtlich wird: „Die Geschichte lehrt, dass die Macht über die Welt, wenn sie lange geteilt war, geeint werden muss, und wenn sie lange geeint war, geteilt werden muss.“ Wo im Original von „Tianxia“ die Rede ist, übersetzt Eva Schestag „Macht über die Welt“, was genauso gut möglich ist wie „Imperium“ oder „Reich“, wie es die meisten Übersetzer bevorzugen. All die Schlachten, Intrigen, Verbrechen und Heldentaten, die auf den folgenden 1700 Seiten geschildert werden, stehen unter

dieser Doppeldeutigkeit: dass unentschieden bleibt, ob es da bloß um ein umgrenztes Land geht oder um die ganze Welt.

Was folgt aus dieser inneren Spannung des Begriffs für die Gegenwart? In dem vergangenen Jahr erschienenen Buch „Everything under the Heavens: How the Past Helps Shape China's Push for Global Power“ interpretiert der ehemalige „New York Times“-Mitarbeiter Howard W. French die fortdauernde Aktualität des „Tianxia“-Musters vor allem als Versuch Chinas, in seiner Umgebung das alte Tributsystem wiederherzustellen. Detailliert zeigt der Autor auf, wo die Propaganda Ereignisse verzerrt, um mit irrigen historischen Belegen den Anspruch auf den pazifischen Raum zu untermauern. Zum Beispiel entlarvt er den vermeintlich pazifistischen Charakter der Erkundungen des Seefahrers Zheng He, der gern zur Begründung des grundsätzlich wohlwollenden Charakters der chinesischen Herrschaft herangezogen wird; in Wirklichkeit zielte Zhengs Mission durchaus auf die Ausweitung des chinesischen Machtbereichs.

Es geht French also eher darum, wie die Geschichte instrumentalisiert wird, um bestimmte Ziele zu erreichen, als darum, wie sie die Findung von Zielen überhaupt beeinflusst. Dieser letztere Punkt ist heute jedoch von besonderem Interesse, wenn die Frage im Raum steht, ob die Interessen des mächtiger werdenden Landes einmal direkt mit denen der Vereinigten Staaten kollidieren werden und damit die Gefahr eines Krieges heraufbeschwören. „Avoiding War with China“ und sogar „Destined for War“ lauten die Titel von zwei kürzlich erschienenen Büchern amerikanischer Politikberater.

Einer der Faktoren, die die chinesische Einbeziehung der Geschichte ins politische Kalkül für die westliche Analyse so unzugänglich erscheinen lassen, ist die ganz ahistorische Präsenz, die Vorgängen aus den unterschiedlichsten Epochen zuerkannt wird. Zum Vergleich müsste man sich vorstellen, Chroniken aus der Stauferzeit zu lesen, die von Streitigkeiten im Zuge der Völkerwanderung im spätrömischen Reich erzählten, während denen laufend auf Ereignisse im Zuge

des Auszugs Israels aus Ägypten 1500 vor Christus Bezug genommen würde. Man würde die Lektüre wohl etwas mühsam empfinden, würde sie aber dennoch nicht scheuen, wenn man denn ein spezielles historisches Interesse an den Staufern, an der Völkerwanderung, an der frühen Geschichte Israels hat. Kaum aber käme man auf die Idee, all diese Berichte als gültige Lektionen über den gegenwärtigen eigenen Staat zu lesen. Genau dies aber ist bei der historiographischen Literatur in China der Fall, deren Hauptthema von Anfang an die durch zahlreiche Quer- und Rückverweise beglaubigte Anbindung an eine unvordenklich exemplarische Vergangenheit ist. Immer geht es um das gleiche „Tianxia“ – China –, in dem man selber gerade lebt; dadurch steckt in jedem einzelnen Ereignis die gleiche Gegenwärtigkeit.

So konnte überhaupt ein Roman aus dem vierzehnten Jahrhundert wie die „Drei Reiche“, der Vorgänge aus dem ausgehenden dritten Jahrhundert schildert, so populär werden, dass bis heute jedes Kind seine Anekdoten und Charaktere kennt – und das, obwohl auch innerhalb des Romans sich die Zeitebenen durchdringen und laufend von irgendwelchen warnenden oder vorbildlichen Beispielen ein- oder zweitausend Jahre früher die Rede ist. Der jetzige Parteichef Xi Jinping soll das Buch, als er während der Kulturrevolution aufs Land verschickt worden war, seinen Genossen nacherzählt haben, und als Staatsmann empfiehlt er, wie vor ihm schon Mao und Deng, dringend seine Lektüre: Seine Figuren verkörperten die wichtigsten Werte des chinesischen Volks wie Loyalität, Demut und Entschlossenheit.

„Von welchem anderen Land in der Welt“, schreibt der Historiker Wang Gungwu, „kann gesagt werden, dass Schriften über seine auswärtigen Beziehungen von vor zweitausend Jahren oder auch nur tausend Jahren heute derart bezaubernd lebendig wirken?“ Die Evidenz dieser Gegenwärtigkeit wirkt schon durch die Schriftzeichen, in die viele zu Sprichwörtern geronnene Ereignisse der überlieferten Geschichte eingegangen sind. Allein die ideographischen Symbole, bemerkte der Philosoph Tu Wei-ming, verschafften zum

Beispiel den Texten von Sima Qian, dem Historiographen der Han-Dynastie, „eine Empfindung von Realität, als ob ihre Gegenwärtigkeit für immer in den Text eingeschrieben wäre“.

Ein plastisches Beispiel dafür führte der Historiker Paul A. Cohen in seinem Buch „Speaking to History: The Story of King Goujian in Twentieth Century China“ vor. Eine von Sima Qian überlieferte Geschichte erzählt von König Goujian im fünften Jahrhundert vor Christus, dass er nach seiner Niederlage gegen einen benachbarten König im Exil jahrelang seine Rachegefühle genährt habe, indem er „auf Reisig schlief und täglich Galle kostete“. Diese Formulierung wurde in der späten Qing-Dynastie im neunzehnten Jahrhundert, als patriotische Kreise zum Gegenschlag gegen die demütigenden europäischen Mächte aufriefen, zur stehenden Redewendung – und zugleich zu einem Beispiel codierten Sprechens, das von jedem verstanden wird, der in der chinesischen Welt sozialisiert ist, aber nicht außerhalb. 1959 nahm auch Mao bei einem Spaziergang am Westsee von Hangzhou auf die Redewendung Bezug, als er prophezeite, dem revolutionären China drohe nicht durch seine Armut, sondern durch seinen künftigen Wohlstand die größte Gefahr. „König Goujian schlief auf Reisig und kostete Galle. China ist jetzt nicht reich, aber wenn es das in der Zukunft wird, wenn jeder ohne Bedenken Fleisch essen kann, dann wird es Probleme geben, da könnt ihr sicher sein.“

Auf dieses Zitat wies der australische Sinologe Geremie Barmé zur Untermauerung seines Plädoyers für eine „Neue Sinologie“ hin. Um das gegenwärtige China und seine Politik zu analysieren, brauche es nicht nur politikwissenschaftliche Kompetenz, sondern auch die Kenntnis der alten Geschichte und Sprache Chinas; nur so seien die im aktuellen chinesischen Diskurs verwendeten Begriffe und Vorstellungen mit all ihren Anspielungen und historischen Assoziationen zu verstehen.

Der Nationalismus, der Leninismus und die künstliche Intelligenz, die Chinas Politik heute prägen, sind zugleich eingeschrieben in

jahrtausendalte Vorstellungsmuster, die ihnen einen eigenen Horizont geben. Für gewöhnlich sagt man, dass Konfuzius in China wieder wichtig werde. Doch womöglich prägt die überlieferte „Geschichte“ noch mehr als ein einzelner Denker. In dieser Geschichte gilt nur, was sich durchsetzt, um die Funktionen des Staats (Steuer, Landesverteidigung, Versorgung) zu vollziehen. Die einzelnen Lehrmeinungen, die es in China gegeben hat, konkurrieren da miteinander und zugleich mit allen möglichen Listen, Intrigen, Methoden der Machtausübung.

Wie sich der moderne Nationalismus und das ebenso vor- wie nachmoderne „Tianxia“-Denken miteinander verwoben, hat seinerseits eine Geschichte. Wang Gungwu hat dargestellt, wie die chinesischen Intellektuellen gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts eine sie erschütternde Entdeckung machten: dass nämlich im Geschichtsbild der europäischen Länder, die seit Jahrzehnten China unter Druck setzten, China nicht im Zentrum, sondern am Rand stand. Seit her versuchen sie, auch in dieser alternativen Geschichte in die Mitte zu gelangen. Sie adaptierten nacheinander den Nationalismus, den Republikanismus, den Kommunismus. China integrierte sich zu einem Zeitpunkt in das vom Westen dominierte System der Nationalstaaten, als klar war, dass es selber darin nur eine untergeordnete Rolle spielte. Während es sich durch seinen Machtzuwachs mittlerweile auch in diesem System mehr und mehr auf die Mitte zubewegt, arbeitet in den Intellektuellen gleichzeitig das alte „Tianxia“-Muster weiter. China versteht sich als ein moderner multinationaler Staat, der zugleich aber den Umfang und die Bedeutung dessen, was es immer gewesen sei, wiederherstelle.

Eine ganz praktische Folge dieser Perspektive ist, dass die Volksrepublik von Anfang an Anspruch auf die Gebiete erhob, die zum Kaiserreich der Qing-Dynastie gehörten, ohne dass sie damals nationalstaatlich eingegrenzt sein konnten, zum Beispiel also auf Tibet. Und ebenso leitet China seine Ansprüche auf Taiwan und diverse Inseln im Pazifik daraus ab, über die es Streit mit Nachbarstaaten gibt.

Mittelfristig stellt sich die Frage: Wird die Kombination von beidem – Nationalismus und das Selbstbewusstsein eines potentiell globalen Zivilisationsstaats – besonders explosiv und gefährlich sein, weil ihre Ambitionen tendenziell gar keine Grenzen mehr kennen? So dass der chinesische Einparteiensstaat tatsächlich die Nummer eins in einer neuen Weltordnung werden will, in der seine Kriterien von Zensur und autoritärer Herrschaft universelle Geltung haben? Oder sollte man gerade auf die Wiederkehr des alten „Tianxia“-Musters hoffen, das eben nicht nationalistisch ist, sondern alle Länder in einen bei durchaus unterschiedlichen Interessen miteinander verbundenen Zusammenhang einbettet? Ist die Verheißung der Partei, dass der Traum Chinas und der Traum der Welt demnächst verschmelzen werden, also eher eine Beruhigung oder eine Drohung?

Ein erster Prüfstein könnte die Zukunft des Investitions- und Infrastrukturprojekts der Neuen Seidenstraßen sein. China schließt dort eine Vielzahl von bilateralen Abkommen mit asiatischen, europäischen und afrikanischen Staaten, behält sich die Planung des großen Ganzen, in die diese einzelnen Kooperationen eingebettet sein werden, aber für sich selbst vor. Wird das chinesische Konzept von „Geschichte“ in der Lage sein, ein Außerhalb seiner selbst auf Dauer anzuerkennen?

Mark Siemons ist Feuilletonkorrespondent der F.A.Z. in Berlin.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



Quelle: © Benoit Tessier, Reuters.

[Auslandsinformationen \(Ai\) 2|2017, S. 16-27](#)

Ein neues Zeitalter des Wettbewerbs

Der autoritäre Internationalismus und sein
zunehmendes Drohpotenzial – eine weltweite
Herausforderung für die Demokratie

Christopher Walker

Rückblickend wird klar, dass es die Demokratien dieser Welt viel zu lange versäumt haben, das Aufkommen einer neuen Epoche des Wettbewerbs zwischen autokratisch und demokratisch geführten Staaten zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Wettbewerb zeigt sich auf zahlreichen Gebieten, nicht zuletzt in der Geopolitik. Umfangreiche Investitionen in die eigenen, autokratischen Formen von *soft power* haben es Regimen wie Russland und China ermöglicht, dem Zusammenhalt und dem Ansehen der westlichen demokratischen Systeme nachhaltigen Schaden zuzufügen.

Nach einer Phase durchaus beachtlicher Erfolge für die Demokratie nach dem Kalten Krieg hat sich das Blatt gewendet. Weltweit verzeichnen einflussreiche, antidemokratische Kräfte Erfolge. In den letzten Jahren haben mächtige staatliche und nichtstaatliche Akteure an Eigendynamik gewonnen, die Gunst der Stunde genutzt und versucht, die liberale Demokratie zu untergraben.

Die demokratiefeindlichen Kräfte beschränken sich hierbei keineswegs auf ein einzelnes Land oder eine Region, wobei sie ihre Lebenskraft aus zahlreichen Quellen beziehen. Zu diesen zählt an erster Stelle eine Gruppe einflussreicher und hochambitionierter autoritär geführter Staaten, die sich unmittelbar als Gegenentwurf zu demokratischen Entwicklungen und Idealen in Stellung gebracht haben. Regime in Russland, China, dem Iran und anderen Ländern investieren ein hohes Maß an Ressourcen und geistiger Energie, um ihren Interessen auf globaler Ebene Gehör zu verschaffen. Ansprechpartner sind hierbei Regierungsformen, die auf politischer Monopolisierung und staatlicher Kontrolle beruhen. Ein weiteres Kriterium ist für sie, dass die tonangebenden autoritären Kräfte prioritär eine Schwächung der Demokratie anstreben und somit die Ideen konterkarieren, die George Kennan in seinem „X-Artikel“ dargelegt hat, in dem er eine Politik der Begrenzung des sowjetischen Einflussbereichs forderte.¹

Bei der Verfolgung ihrer Ziele zeigen sich diese Regime ausgesprochen anpassungsfähig, sie lernen voneinander und tauschen Know-how und Technologie aus. Sie unterdrücken nicht nur reformorientierte Ideen im eigenen Land, sondern arbeiten zudem ganz aktuell mit Nachdruck daran, ihren politischen Aktionsradius jenseits der eigenen Grenzen neu zu definieren. Angesichts der bislang demonstrierten Hartnäckigkeit autokratischer Systeme sind die Demokratien gut beraten, die Bedrohung der politischen Weltordnung durch diese rücksichtslos expansionsorientierten, korrupten Regime keineswegs zu unterschätzen.²

Zugleich verfolgen freiheitsfeindliche nichtstaatliche Akteure wie ISIS und andere islamistische Extremistengruppen eine ausgeklügelte Strategie zur Zerschlagung der geltenden politischen Ordnung auf globaler Ebene. Demokraten sind hierbei die prioritär erklärten Zielgruppen dieser radikalen Gruppen, deren Gewaltbereitschaft und deren Agieren die staatlichen Strukturen in einem Umfeld bedroht, das sich – nicht zuletzt in vielen Ländern des Nahen Ostens und Afrikas – durch jahrzehntelange autoritäre Missführung geschwächt sieht.

Die fortschreitende Erosion der Demokratie zeigt sich auch in Ländern, die vor nicht allzu langer Zeit als demokratische Hoffnungsträger galten. Der rasche Zerfall der demokratischen Stabilität in Ländern wie der Türkei, den Philippinen, Ungarn, Südafrika, Bangladesch und Tansania

zeigt die globale Dimension dessen, was man als einen sich rapide ausbreitenden „autoritären Virus“ bezeichnen könnte.

In ihrer Gesamtheit zeigen sich die auf die Zerstörung der Demokratie hinarbeitenden Kräfte heute machtvoller als je zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges. Bei ihrem Einsatz gegen die Demokratie haben die autoritären Kräfte ihre Lernfähigkeit sowie ihr Vermögen, die eigenen Repressions- und Manipulationsmethoden zu verfeinern, diesseits und jenseits der Grenzen ihres Operationsgebietes deutlich demonstriert. Die führenden autoritären Regime wenden beträchtliche Mittel auf, um die von ihnen präferierte Weltanschauung zu verbreiten und ihre Interessen durchzusetzen – über internationale Medien, die Entwicklung umfangreicher, staatlich gestützter digitaler Kapazitäten, staatsnahe politische Einrichtungen und kulturelles Engagement – Faktoren, deren Bedeutung die Demokratien bislang unterschätzt hatten. Schätzungen zufolge belaufen sich zum Beispiel Chinas Investitionen in die Nachrichtenbeschaffung auf internationaler Bühne auf sieben bis zehn Milliarden US-Dollar jährlich³ – Zahlen, die möglicherweise nicht den vollen Umfang der Ressourcen widerspiegeln, die das Land hierfür aufbringt. Angesichts der in den letzten Jahren beobachtbaren Abdrift des europäischen und US-amerikanischen Einflusses ist es für die tongebenden demokratischen Staaten von grundlegender Bedeutung, die eigene Strategie der Passivität ernsthaft zu überdenken, die sie zur Sicherung und Verteidigung demokratischer Ideale und Interessen verfolgt haben.

Ausweitung des autokratischen Einflussbereichs

Es liegt in der Natur autoritärer Regime, gemäßigten politischen Stimmen, die praktikable Alternativen zur vorherrschenden Politik und den politischen Führungen aufzeigen könnten, Artikulationsraum zu verweigern. Autoritäre Führungen zeigen kein Interesse daran, Macht abzugeben, zumal mit Blick auf die massive und ungeahndete Korruption, angesichts derer das politische Gebaren eben dieser Regime

zum brutalen Nullsummenspiel verkommt. In einem politischen Klima, in dem transparente Institutionen fehlen, die gegebenenfalls zur Rechenschaft gezogen werden könnten, schlägt staatliche Korruption zwangsläufig starke und tiefe Wurzeln. Es ist kein Zufall, dass sich Kleptokratie und die Knebelung staatlicher Strukturen gerade in Russland, China, Aserbaidschan, Angola und anderen Ländern mit ähnlichem Bedenklichkeitsgrad fest verankert haben.

Indes werden reformorientierte Politiker, Aktivistinnen und unabhängige Organisationen in einem seit dem Kalten Krieg nicht gekannten Ausmaß ins Visier genommen. Seit mehr als einem Jahrzehnt erhöhen repressive Regime zunehmend den Druck. Diese von *Freedom House* aufgezeigte Entwicklung zeigt sich großenteils in Ländern, die ohnehin als „nicht frei“ eingestuft werden – darunter solch einflussreiche Länder wie China, Russland, Saudi-Arabien und der Iran. In einem solch prononciert repressiven Umfeld dient das geltende Recht den herrschenden Kräften, die ihre Energie auf die nicht hinterfragbare Sicherung der politischen Macht konzentrieren, als Instrument und nicht als Richtschnur politischen Handelns. Staatlich kontrollierte Medien werden unter diesen Umständen zur Diskreditierung oppositioneller Stimmen genutzt, zur Unterdrückung eines kritischen Diskurses über das politische Konzept und Agieren der Machthaber sowie allgemein zur Schaffung einer parallelen Wirklichkeit für das Publikum. Im Nahen Osten, in Eurasien und in Afrika kann diese Art der politischen Manipulation und der Verdrängung gemäßigter Stimmen die Gesellschaft in einen gefährlichen Kreislauf des Extremismus stürzen – ein Effekt, der sich in so zahlreichen unfreien Gesellschaften bereits zu erkennen gibt. Angesichts der fortgesetzten Unterdrückung dieser Stimmen bis hin zur Zerschlagung unabhängiger Einrichtungen und alternativer Eliten werden sich diese Staaten im Falle des Sturzes ihrer autoritären Führung wesentlich größeren Schwierigkeiten gegenübersehen, wenn es um die Implementierung von Reformen geht.

Seit mehr als einem Jahrzehnt werden repressive Regime immer repressiver.

Mit der systematischen Schwächung des unabhängigen menschlichen und organisatorischen Potenzials im eigenen Lande durch die autokratische Führung zeigt dieser um sich greifende Autoritarismus auch international eine zersetzende Wirkung. Der Grund liegt darin, dass die zunehmend weltweit operierenden Regime, allen voran Moskau und Peking, bestrebt sind, das politische Umfeld jenseits der eigenen Grenzen und entgegen allen Interessen und Idealen der Demokratien umzugestalten. Dies Vorgehensweise ist hierbei unterschiedlich – ein Weg etwa sind Maßnahmen gegen kritische demokratische Institutionen, wie etwa die Medien, sowie ein bestimmtes Agieren bei Wahlen. Beim Kampf gegen die Demokratie haben autoritäre Regime ihre eigenen Wege. Russland nimmt gegenüber der Demokratie eine feindselige und kämpferische Haltung ein, so wie etwa auch die politische Führung im Iran und diejenige in Venezuela. Die chinesische Regierung verfolgt einen nuancierteren Ansatz bei der Unterdrückung demokratischer Entwicklungen, wiewohl auch sie sich seit der Machtübernahme durch Xi Jinping in diesem Punkt zunehmend aktiver zeigt.

Untergrabung demokratischer Institutionen und Normen

Körperschaften, die auf dem regionalen und internationalen Recht basieren, werden durch autoritäre Regime als Bedrohung wahrgenommen, die jene Einrichtungen überwacht, die für Menschenrechte und Demokratie einstehen und für die Sicherung demokratischer Standards von sensibler Bedeutung sind. Russland, Aserbaidschan und Kasachstan etwa haben versucht, die Arbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in puncto Menschenrechte und Demokratie zu untergraben, indem sie deren Budgets beschränkten und eine echte



Wahlbeobachtung – häufig durch den Einsatz von auch falsche Stimmabgaben duldenden „Zombie“-Wahlbeobachtern – behinderten.⁴ Das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der OSZE ist zur ständigen Zielscheibe autoritärer Regime unter den 57 OSZE-Staaten geworden. Selbst der



Propaganda 1.0: Früher noch in Stein gemeißelt, wird der Kampf um die Deutung historischer Ereignisse heute zunehmend auch im Internet ausgetragen. [Quelle: © Gleb Garanich, Reuters.](#)

Europarat, vor allem dessen Parlamentarische Versammlung, wurde Opfer eines Angriffs, der auf die Schwächung seiner Integrität in Fragen zu Demokratie und Menschenrechtsaktivitäten abzielte.⁵ Venezuela und mit ihm verbündete lateinamerikanische Länder wie Ecuador und Bolivien haben versucht, die Demokratietarbeit

der Organisation Amerikanischer Staaten und ihrer Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte zu blockieren.

Diese Regime bilden auch eine Anzahl autoritärer Clubs wie die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), den Golfkooperationsrat

und die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU), die danach streben, dem Autoritarismus mittels gesetzter Normen im Sinne von Souveränität, Nichteinmischung und staatlicher Vorherrschaft seine Präferenz zu sichern. Im Nahen Osten hat Saudi-Arabien erfolgreich einen Ansatz verfolgt, den der Gelehrte Frederic Wehrey als „politisches Stillhalten“ bezeichnet, und hierbei einen hohen politischen und wirtschaftlichen Aufwand betrieben, um jedwede Art echter politischer Reformen in der Region im Keim zu ersticken.⁶ Dieser Schritt ist Teil der regionalen Strategien, die Organisationen in ihrem weiteren Einflussbereich zur Stärkung der inneren Repression verfolgen, indem sie sich mit den Regimen die Nutzung politischer Kontrolltechniken teilen, mit ihnen „Beobachtungslisten“ von Dissidenten austauschen sowie Übereinkommen zur gewaltsamen Abschiebung von als Terroristen gebrandmarkten Exilanten und Flüchtlingen fördern.

Ein Paradebeispiel ist die Auseinandersetzung über die im Internet zur Geltung zu bringenden Regeln und Normen. In diesem Bereich arbeiten autoritäre Regime Hand in Hand und plädieren für eine staatliche Kontrolle des Internets, während Privatunternehmen, Zivilgesellschaft und andere nichtstaatliche Stellen von einer Entscheidungsfindung ausgeschlossen werden sollen. Diese Stoßrichtung auf internationaler Bühne ist als logische Konsequenz der staatlichen Unterdrückung jedweder Form unabhängiger Stimmen und Institutionen im Inland durch autoritäre Systeme zu sehen.

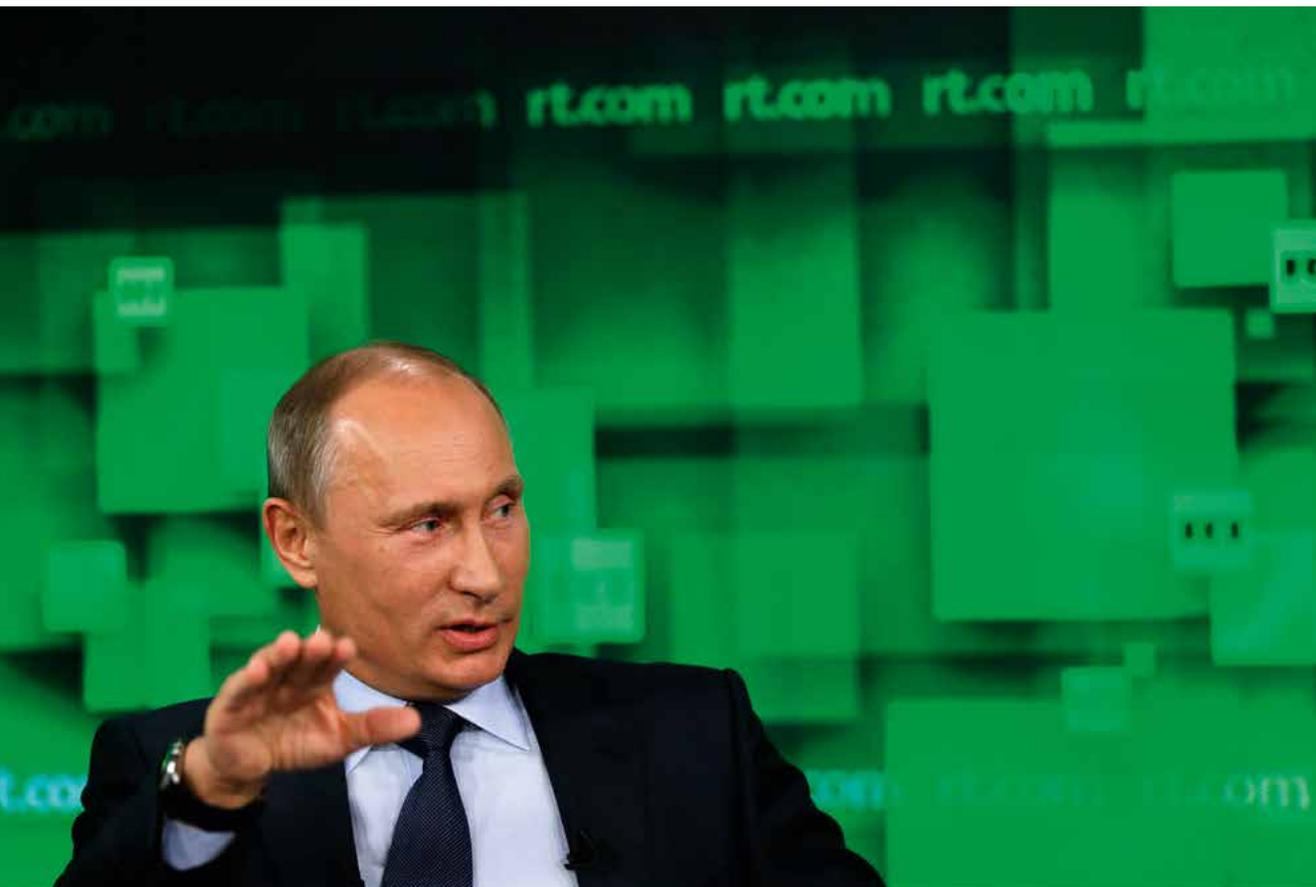
Mit ihrem Eintreten für eine „Internet-Souveränität“ und eine multilaterale Internet-Kontrolle (gegenüber einer Kontrolle durch multiple Interessengruppen) arbeiten autoritäre Regime zielstrebig daran, einen demokratischen Diskurs zu blockieren sowie unabhängige Stimmen im Internet verstummen zu lassen. Routinemäßig sind repressive Regierungen nun zudem bestrebt, restriktive lokale Standards für Plattformen wie Google, Facebook und YouTube mit dem Ziel durchzusetzen, den freien Fluss unabhängiger Nachrichten zu unterbinden. Das Forcieren einer stärkeren Kontrolle des Internets ist nicht nur bei hochrangigen zwischenstaatlichen

Organisationen wie der Internationalen Fernmeldeunion, der Zentralstelle für die Vergabe von Internetnamen und -adressen sowie der *Internet Assigned Numbers Authority* zu beobachten, sondern auch auf regionaler Ebene bei Organisationen wie der SOZ und dem Golfkooperationsrat.

Autokratische Regime versuchen das Internet zu kontrollieren und einzuschränken.

Während die Enthüllungen Edward Snowdens die Aufmerksamkeit auf den umfangreichen Überwachungsapparat der US-amerikanischen Sicherheitsbehörde *National Security Agency* (NSA) lenkten, haben Russland und China ihre eigenen weitreichenden Überwachungssysteme entwickelt, die jenseits des geltenden Rechts und ohne nennenswerte Transparenz operieren. In Russland nutzt der FSB (die Nachfolgebehörde des KGB) das System für operativ-investigative Maßnahmen (SORM) – ein staatliches System zur Überwachung jedweder Form elektronischer Kommunikation –, um alle über russische Netzwerke übermittelten oder empfangenen Daten einschließlich Telefongespräche, Besuche von Webseiten und E-Mails zu sammeln, zu analysieren und zu speichern. Russlands zentralasiatische Nachbarn haben diese auf die Unterdrückung der Freiheit ausgerichteten SORM-Standards übernommen, wobei noch von einer weiteren Verbreitung dieser demokratiefeindlichen Internet-Normen in der Region auszugehen ist. Die Regierungen Chinas und des Iran wiederum haben ihrerseits einige der weltweit repressivsten Techniken zur Manipulation und Überwachung des Internets entwickelt.

Der fortgesetzte Versuch, die Cyber-Normen im Sinne autoritärer Systeme umzugestalten, stellt hierbei lediglich einen Schritt im Rahmen einer umfassenderen Strategie dar, den globalen medialen Raum insgesamt unter Einfluss zu nehmen.



Russland heute: Über eigene Medienkanäle versucht insbesondere das Regime von Wladimir Putin, die globale Öffentlichkeit im eigenen Sinne zu beeinflussen. *Quelle:* © POOL New, Reuters.

Unterwanderung der Medienlandschaft

Da sich diese Regime des Stellenwerts von Informationen und Ideen bewusst sind, haben sie eine gewaltige Medienmaschinerie in Gang gesetzt, um die Zivilgesellschaft in den Augen einer größeren Öffentlichkeit systematisch zu diskreditieren – und zu delegitimieren. Darüber hinaus haben sie in internationale Mediengesellschaften mit dem Ziel investiert, Nachrichten über eigene Errungenschaften sowie das angebliche Versagen und die Dekadenz des Westens weltweit zu lancieren. Medienkonzerne wie RT in Russland und CGTN (bis 2017 CCTV) in China verwenden einen Großteil ihrer Sendezeit darauf, die westliche Welt und die Idee der Demokratie infrage zu stellen und anzugreifen. In der fragmentierten Medienwelt unserer Tage haben autoritäre

Regime gelernt, die modernen Medien für ihre Zwecke zu nutzen. Sie tätigen umfangreiche Investitionen und bedienen sich der Möglichkeiten der neuen Medienlandschaft, um Unsicherheit zu fördern und Misstrauen zu säen.

Lange haben es die Demokratien – so die Lehre aus den Erfahrungen der Vergangenheit – versäumt, das Aufkommen einer neuen Epoche des Wettbewerbs zwischen autokratisch und demokratisch geführten Staaten zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Wettbewerb zeigt sich auf zahlreichen Gebieten, nicht zuletzt in der Geopolitik. In den letzten Jahren hat Russland häufiger die Muskeln spielen lassen und hierbei auch seine Streitkräfte in Georgien, der Ukraine und Syrien eingesetzt. China hat eine zunehmend harte Haltung im Südchinesischen Meer eingenommen.

Und der Iran dient, gemeinsam mit Russland, als rettender Anker für Baschar al-Assad in Syrien.

Es waren indes umfangreiche Investitionen in moderne (nichtkinetische) Instrumente zur Einflussnahme, die diesen Regimen eine Offensive mit derart dramatischen Folgen ermöglicht haben. Vor allem China, Russland und der Iran investieren Milliarden US-Dollar in ihre eigenen Formen von *soft power* und „öffentlicher Diplomatie“. Im Westen verstehen Analysten diese Investitionen oft falsch, wenn sie glauben, sie dienten allenfalls dazu, das Image der betreffenden Länder aufzupolieren. Das mag für einige Entscheidungsträger in Peking, Moskau und Teheran zutreffen. Doch stellten allein diese Dimensionen angesichts des Ausmaßes an Korruption, Brutalität und Missmanagement in einem jeden dieser Länder eine gewaltige Aufgabe dar.

Das Ziel der Autokraten, die Integrität und das Ansehen der westlichen demokratischen Systeme herauszufordern, hat sich mit der Zeit zu erkennen gegeben. Vor allem Russland versucht, die Demokratien von innen heraus zu destabilisieren. In Deutschland ist der „Fall Lisa“, die Geschichte eines 13-jährigen russlanddeutschen Mädchens, das im Januar 2016 von einer Migrantengruppe in Berlin sexuell missbraucht worden sein soll, bezeichnend für das russische Vorgehen. Die Geschichte war schlichtweg unwahr – eine Erfindung radikaler russischer Medien. Erstmals kolportiert wurde sie auf einer kleinen Webseite für russische Auswanderer in Deutschland, dann aber durch den kremltreuen Kanal Eins aufgegriffen, der von vielen der vier Millionen Mitglieder zählenden russischsprachigen Gemeinde in Deutschland gesehen wird. Dank der Rückendeckung durch die staatliche russische Propagandamaschinerie mutierte die Geschichte zu einer beachtlichen Herausforderung für das politische System Deutschlands. Wenn auch nach Ansicht der meisten Beobachter dieser Versuch einer Manipulation durch die russischen Behörden ein Eigentor darstellte, ist der „Fall Lisa“ dennoch ein alarmierendes Beispiel für den Versuch einer autokratischen Beeinflussung eines demokratisch geprägten Umfelds.

Der Vorfall zeigt die Vielschichtigkeit des russischen Ansatzes: Moskaus digitale und traditionelle Medien werden genutzt, um Informationen im öffentlichen Raum zu verbreiten; vom Staat unterstützte Tarnorganisationen, häufig als „GONGO“ (*government organized non-governmental organizations*) bezeichnet, wollen Unsicherheit verbreiten, und andere Organe werden eingesetzt, um die politische Auseinandersetzung zu manipulieren. Russland tut sich beim skrupellosen Einsatz seiner *soft power* besonders hervor, doch auch andere autokratische Regime nutzen ihre Medien und andere Instrumente zur Einflussnahme im internationalen Rahmen.

Die russischen Versuche zur Beeinflussung der Öffentlichkeit beschränken sich indes nicht darauf, Unsicherheit zu stiften. Die Behandlung diverser Schlüsselthemen steht im Dienste der von Russland offen oder verdeckt unterstützten Informationsstrategie. Von Russland lancierte Nachrichten konzentrieren sich systematisch auf Themen wie den moralischen Verfall in Europa, die russlandfeindliche Haltung der NATO, den bevorstehenden Zusammenbruch des Westens sowie die Schwachpunkte der freiheitlichen Demokratie. Objektive und unabhängige Medien werden oft als unglaubwürdig dargestellt, und die Ukraine nach dem Euro-Maidan wird zynisch entweder als faschistischer oder als zum Scheitern bestimmter Staat beschrieben.

Je raffinierter die Kampagnen russischer Manipulation und Falschinformation werden, desto mehr nehmen sie das Prozedere von Wahlen in demokratischen Systemen ins Visier. Gerade weil Wahlprozesse in Demokratien offen und wettbewerbsorientiert sind und Wahlergebnisse knapp ausfallen können, sind Wahlen anfällig gegenüber äußerer Einflussnahme. Dies gilt umso mehr im digitalen Zeitalter – und Russland hat die Voraussetzung geschaffen, eben diese Verwundbarkeit auszunutzen.

Politiker auf beiden Seiten des Atlantiks haben festgestellt, dass sich Russland aktiv in die jüngsten Wahlen in Frankreich eingemischt hat. Kurz vor der Stichwahl zwischen den Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Macron



Hinterm Vorhang: Von „Netzfreiheit“ ist die Volksrepublik weit entfernt. Nicht umsonst ist stattdessen häufig von der „Great Firewall of China“ die Rede. [Quelle: © Aly Song, Reuters.](#)

und Marine Le Pen am 7. Mai wurde Macrons Wahlkampfmaschinerie Opfer eines massiven Hackerangriffs, der die Handschrift des Kremls trug. Marine Le Pen vertritt eine offen moskaufreundliche Haltung. Ihr *Front National* hat 2014 einen Kredit im Umfang von mehreren Millionen Euro bei der in Moskau ansässigen Ersten Tschechisch-Russischen Bank aufgenommen. Ähnliche Befürchtungen wurden im Hinblick auf die für September 2017 vorgesehenen Wahlen zum Deutschen Bundestag geäußert. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist bereits das Ziel einer durchaus ernst zu nehmenden Kampagne von Lügengeschichten und Verschwörungstheorien,

deren Verbreitung über radikale Internetseiten mit offensichtlichen Verbindungen zu russischen, auf die Lancierung von Falschinformationen konzentrierten staatlichen Stellen erfolgt.⁷

Autokraten üben in zahlreichen Ländern – einschließlich etablierten Demokratien – ihren Einfluss aus. In den Vereinigten Staaten wird über die von staatlichen chinesischen Konfuzius-Instituten ausgehenden Herausforderungen für Meinungsfreiheit und wissenschaftliche Integrität diskutiert⁸ sowie über die Korrumpierung des Nachrichtensektors durch eine Phalanx staatlich gestützter russischer und chinesischer Medien.

In gleicher Weise sehen sich die etablierten Demokratien innerhalb der Europäischen Union Angriffen von russischer Seite in den Bereichen Medien, Kultur und Politik ausgesetzt. Und auch der ideologische Einfluss Chinas in Europa nimmt – parallel zur Ausweitung der Wirtschafts- und Handelstätigkeit des Landes – zu.

Und doch forciert Russland, wie auch China und der Iran, seine Anstrengungen weiterhin. Neue Formen der Einflussnahme zeigen sich derzeit in Lateinamerika, Afrika und Europa, wo Beziehungsgeflechte und Allianzen unter den neuen Rahmenbedingungen stärker umkämpft sind. In großem Stil investieren die Autokratien in internationale Medien, politische Plattformen und Internetdienste – haben sie doch verstanden, dass dies die Felder sind, auf denen der Diskurs der Ideen Kontur annimmt und auf denen die politischen Konflikte unserer Tage ausgetragen und gewonnen werden.

Aktiv im Zuge dieses neuen weltweiten Wettstreits sind die Autokratien vor allem in Regionen, in denen junge, schwache oder nur eingeschränkt funktionierende Demokratien überwiegen sowie demokratische Standards und Werte vehement hinterfragt werden. Die rasche Zunahme des russischen Einflusses in den mitteleuropäischen EU-Staaten hat die Politik unvorbereitet getroffen. Zudem operiert Russland in zunehmendem Maße auf dem Balkan, während China seinen Einfluss in ähnlicher Form in Lateinamerika und Afrika erweitert hat, wo es die eigenen massiven Investitionen im Wirtschaftssektor durch breitgefächerte Initiativen in den Bereichen Medien, Kultur und Bildung flankiert. Mit seiner „16+1“-Initiative ist Peking gerade dabei, sein wirtschaftliches und politisches Engagement in elf EU-Ländern sowie fünf Balkanstaaten zügig zu erweitern.⁹

Politische Prioritäten als Antriebsmotor für die eigenen Interessen

China, der Iran und Russland verfolgen – selbstverständlich – eigene Interessen. Die Vorstöße dieses Regimes in den Bereichen Medien, Menschenrechte und internationale Institutionen

verdeutlichen hierbei, dass diese Interessen durch die politischen Überzeugungen der Autokraten geleitet werden, denen eine Vormachtstellung des Staates über alles geht. Dies wird alleine an der Art und Weise deutlich, wie die Regime in Peking, Teheran und Moskau gegenüber Medien und Zivilgesellschaft im eigenen Land verfahren. In einem Zeitalter der Globalisierung streben ambitionierte Regime, die im Inland ihre eigenen Regeln von Korruption und Knebelung durchsetzen, danach, autoritäres Agieren auch auf internationaler Bühne fest zu verankern. Dieses Bestreben der Autokratien, das internationale Aktionsfeld umzugestalten, berührt wiederum die Interessen der Vereinigten Staaten ebenso wie diejenigen der europäischen Demokratien einschließlich Deutschlands.

Der Umgang mit den neuen Rahmenbedingungen

Die deutliche Zunahme des autokratischen Einflusses fällt in eine Zeit, in der die Europäische Union und die Vereinigten Staaten ihr Engagement zugunsten einer Stärkung der Demokratie und der ihr zugrunde liegenden Ideale zurückfahren. Die führenden autokratischen Regime erweisen sich untereinander als solidarisch und koordinationsbereit – zumindest dann, wenn es darum geht, sich einer weiteren Verbreitung der Demokratie entgegenzustellen. Die Herausforderung durch die Regime in Moskau, Peking und Teheran gewinnt durch die Ausweitung ihres Einflusses über ihre Staatsgrenzen hinaus eine ganz neue Qualität.

Inzwischen verfestigt sich der Eindruck des Zweifels an einem globalen Gleichgewicht der Mächte, ja wir nähern uns womöglich einem neuralgischen Punkt, an dem sich die Waagschale zugunsten der autokratischen Kräfte neigt. Sollte es zu einem solchen Umschwung kommen, würde die Welt, in der wir leben, unzweifelhaft korrupter, instabiler und feindseliger gegenüber den Interessen der EU-Mitgliedsländer wie auch denen der Vereinigten Staaten werden. Die neue Herausforderung durch die demokratiefeindlichen Kräfte bedarf einer ernsten, konzertierten und längerfristig angelegten Reaktion.

Angesichts der wirkmächtigen Kräfte, denen sich die Demokratie gegenüber sieht, wird ein Ansatz kaum erfolgreich sein, der lediglich auf einen Erhalt des Status Quo zielt. Sollten sich die gegenwärtigen Trends als nachhaltig erweisen, werden sie zu einer ernsthaften Herausforderung der freiheitlichen Ordnung, in die die Demokratien so viel investiert haben. Dringend bedarf es eines entschlossenen Auftretens, um das Heft des Handelns erneut in die Hand zu nehmen und so demokratische Institutionen und Normen zu verteidigen, den Bereich der Medien zu schützen sowie gemäßigten, reformorientierten Stimmen Gehör zu sichern.

Beinhalten sollte dies erstens die *Bekräftigung demokratischer Ideale und Standards* als Teil einer zielgerichteten Anstrengung, sich mit der autokratischen Herausforderung ideell auseinanderzusetzen. Die führenden Demokratien müssen ihre Ideale erklären und ihre Standards in deutlicher Form abgrenzen. Ansonsten werden dies andere anstelle der Demokratien tun. Autokratische Regime investieren Hunderte von Millionen Dollar in ihre international ausgerichtete Medieninfrastruktur und modernisieren gleichzeitig ihre eigenen Kapazitäten zur Verbreitung autokratischer Sichtweisen und Interessen. Die Demokratien ignorieren dieses Ungleichgewicht und die sich daraus ergebende Gefahr. Sie müssen sich weit mehr als bisher für eine Stärkung des unabhängigen Journalismus und eines moderneren internationalen Nachrichtenwesens einsetzen, das objektive Berichterstattung und Informationen in unfreie Gesellschaften überträgt.

Zweitens wäre die *Wiederbelebung der Demokratie und der Funktion wichtiger Organisationen im Bereich der Menschenrechte*, darunter OSZE und Europarat, zu nennen. Autokratische Regime haben im vergangenen Jahrzehnt konzertierte Anstrengungen zur Aushöhlung solcher Institutionen unternommen. Die der OSZE und dem Europarat angehörenden demokratischen Länder müssen der Demokratie mindestens jenen Stellenwert einräumen, den die Autokratien ihrem autokratischen System in ihren jeweils eigenen regionalen Organisationen wie SOZ und

Golfkooperationsrat beimessen. Die Annahme dieser Herausforderung drängt zunehmend bei der Verteidigung von Freiheit und Normen im Bereich des Internets – ein Feld, auf dem sich die Interessen der Autokraten decken und auf dem die Regime in Peking, Moskau, Teheran und Riad autoritäre Normen zu verbreiten suchen.

Bedeutsam wäre drittens die *Schaffung von Gegengewichten* als Reaktion auf die regionalen Aktivitäten Russlands, Chinas und des Iran, die ihre Machtbasis in den Nachbarländern – und darüber hinaus – ausdehnen. Zusätzlich zur Unterstützung der Reformbemühungen jener Kräfte, die innerhalb der tongebenden Länder Russland, China und dem Iran Hilfe suchen, gilt es, sich in Ländern wie dem Irak, dem Libanon, dem Jemen und Afghanistan zu engagieren und Aktivisten sowie Institutionen Hilfe bei der Suche nach Alternativen zu jenen Gruppen zu bieten, die den iranischen Einfluss in der Region forcieren. Und es gilt, unabhängige Organisationen und Menschen in Ländern in direkter Nähe zu Russland zu unterstützen und dergestalt sicherzustellen, dass sich alternative Wege und deren positive Auswirkungen als Gegengewicht zum abgeschotteten, korrupten und zunehmend expansionistischen russischen Regime aufbauen.

Demokratien müssen eine besser fundierte, längerfristige Antwort auf die autoritäre Internationale finden.

Viertens wäre eine *Immunisierung demokratischer Gesellschaften* gegenüber dem schädlichen Einfluss immer raffinierter operierender fremder Mächte durch breit gefächerte Ansätze zur Aufklärung einer kritischen Öffentlichkeit vonnöten. Die Demokratien haben die Bedrohung der nationalen Sicherheit bei Weitem unterschätzt, die sich aus dem autokratischen Export manipulierter Medien, subversiver Tätigkeiten im Internet und diversen Formen von Korruption, darunter einer länderübergreifenden, vernetzten Kleptokratie, ergibt. Es bedarf einer ernsthaften,

umfassenden Antwort auf diese sich an diversen Fronten zeigende Herausforderung. Initiativen zur Aufklärung der Massen und Eliten gehören ebenso hierzu wie systemische Anstrengungen zur Stärkung demokratischer Gesellschaften gegenüber hochflexiblen Erscheinungsformen von Gefährdung und Piraterie im Internet, aber auch ein deutlich geschärftes Verständnis für die Bedrohung, der die Demokratien durch moderne Kleptokratien ausgesetzt sind, zu deren wesentlichen Merkmalen eine direkte Verbindung zu autokratischen Regierungssystemen zählt.

Das Phänomen des autoritären Internationalismus ist nicht über Nacht entstanden, vielmehr hat es über Jahre hinweg seine Gestalt angenommen. Jedoch ist inzwischen deutlich geworden, dass der wachsende Ehrgeiz der Autokraten die Demokratie strategisch gesehen in hohem Maße verwundbar gemacht hat. Und eben dies ist der Grund, warum die Demokratien eine fundiertere, längerfristige Antwort finden müssen, wollen sie gegen diese ernst zu nehmende Herausforderung mit ihren zahlreichen Facetten bestehen und ihr erfolgreich begegnen.

Christopher Walker ist Vice President for Studies and Analysis am National Endowment for Democracy in Washington D.C.

- 1 Vgl. Walker, Christopher 2015: The New Containment: Undermining Democracy, *World Affairs*, 178:1, S. 42-51.
- 2 Vgl. Diamond, Larry / Plattner, Marc F. / Walker, Christopher 2016: Authoritarianism goes global: The challenge to democracy, S. 3-19.
- 3 Vgl. Brady, Anne-Marie 2015: China's Foreign Propaganda Machine, *Journal of Democracy* 26:4, S. 51-59.
- 4 Vgl. Walker, Christopher / Cooley, Alexander 2013: Vote of the Living Dead, *Foreign Policy.com*, 31.10.2013, in: <http://atfp.co/2rPx6Gk> [13.05.2017].
- 5 Vgl. Freedom Files Analytical Center 2017: European Values Bought and Sold: An Exploration into Azerbaijan's Sophisticated System of Projecting its International Influence, Buying Western Politicians and Capturing Intergovernmental Organizations, in: <http://bit.ly/2sGuLxm> [13.05.2017].
- 6 Vgl. Wehrey, Frederic 2015: Saudi Arabia's Anxious Autocrats, *Journal of Democracy*, 26:2, S. 71-85.
- 7 Vgl. Nardelli, Alberto; Silverman, Craig 2017: Hyperpartisan Sites and Facebook Pages are Publishing False Stories and Conspiracy Theories About Angela Merkel, *Buzzfeed*, 14.01.2017, in: <http://bzfd.it/2rYE12c> [13.05.2017].
- 8 Vgl. Peterson, Rachele 2017: Outsourced to China: Confucius Institutes and Soft Power in American Higher Education, *The National Association of Scholars*, New York.
- 9 Die 16 Länder sind Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Montenegro, Polen, Rumänien, Serbien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn.



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.05.2018, S. 20](#)

Chinas Tor zur Welt

Christoph Hein

Handelskonflikt hin oder her – am Rande der Taklamakan-Wüste stellt China die Weichen für den Welthandel der Zukunft. Ein riesiger Güterbahnhof wird zum Zentrum der „Neuen Seidenstraße“.

Zhanalya lacht schüchtern, dann versteckt sie sich hinter ihrer Mutter. Dort fühlt sie sich sicher. Sicherheit zählt viel in der Einöde Ostkasachstan, an der Grenze zu China. Im Winter kann es hier minus 20 Grad werden, im Sommer brennt die Sonne mit 45 Grad auf die Steppe. Am Rand der Taklamakan-Wüste, dem „Meer des Todes“, wie die Chinesen sie nennen, ist das Leben hart. Die Halbnomaden und Hirten der Gegend leben noch in Jurten und einfachen Hütten. Zhanalya aber schaut aus dem Küchenfenster auf ihren brandneuen Spielplatz.

„Wir haben hier Zentralheizung, einen Fernseher, und Miete müssen wir auch nicht zahlen“, sagt ihr Vater stolz. Zhanbek Altybasarov hat sich schnell entschieden, die neue Stelle am Ende der Welt anzunehmen; sie lockte mit enormen Vorteilen. Seit ein paar Monaten ist er nun der technische Direktor des entlegensten Hafens der Welt: in Khorgos, dort, wo die Stränge der „Neuen Seidenstraße“ Chinas zusammenlaufen. Gut 200 Arbeiter wurden mit ihren Familien hier angesiedelt, um den zentralen Containerumschlagplatz für die Eisenbahnverbindung Chinas mit Europa zu betreiben. Khorgos, nur hundert Kilometer von dem Fleck der Erde entfernt, der am weitesten von jedem Meer liegt, wird zum Nabel des großen chinesischen Plans. „Wir studieren dauernd den Verlauf der alten Seidenstraße, um daraus zu lernen“, sagt Zhaslan Khamzin, der mit 35 Jahren schon den Trockenhafen Khorgos Gateway leitet. „Ich sehe das als riesige Aufgabe. Würde es mir nicht gelingen, das Potential von Khorgos für unser Land zu heben, fühlte ich mich schuldig.“

Hinterließen die Horden des mongolischen Herrschers Dschingis Khan Anfang des 13. Jahrhunderts Knochen und rauchende Ruinen, wollen die Chinesen nun blühende Landschaften mit Häfen,

Autobahnen und Kraftwerken jenseits ihrer Grenzen bauen. Nicht grundlos hatte Chinas Präsident Xi Jinping die Initiative One Belt, One Road (Obor) 2013 ausgerechnet an der Universität von Astana, der Hauptstadt Kasachstans, verkündet – der Weg der Chinesen nach Europa läuft durch Zentralasien. Schon fünf Jahre später hat Peking enormen Einfluss auf politischer und militärischer Ebene in der Region gewonnen: Chinesen heben in Pakistan Kohleminen aus, sie bauen in Thailand Schnellbahnen, in Sri Lanka Häfen und auf Vanuatu den Regierungssitz des Ministerpräsidenten. Mehr als 900 Projekte planen sie, mehr als eine Billion Dollar soll aufgewendet werden. „Läuft alles nach Plan, wird China bei uns bis zu neun Milliarden Dollar investieren“, sagt Askar Yeshekanov. Der Vizedirektor der Freihandelszone „Khorgos-Eastern Gate“ sitzt an einem riesigen hölzernen Konferenztisch im zweiten Stock des Verwaltungsgebäudes neben dem Umschlagplatz. Noch ist sein Freihafen nicht mehr als eine Betonfläche. Davor steht eine Videoleinwand; auf der spielt in Dauerschleife ein Film, der die Eisenbahntrassen zwischen China und Europa zeigt. „Beijing“ flimmert auf der einen Seite der Route auf, dann „Hamburg“ und „Düsseldorf“: die Endpunkte nach 7500 Kilometern durch China, Kasachstan, Russland, Weißrussland, Polen und Deutschland. Es ist die längste Frachtverbindung auf Schienen der Welt. Fast in ihrer Mitte, in Khorgos, werden die Container mit Hilfe von drei großen chinesischen Kränen umgeladen. Die Spurweiten der Eisenbahnen im Reich der Mitte und in Kasachstan sind unterschiedlich.

„Wir brauchen knapp vier Stunden zwischen dem Grenzübertritt eines Containers und dem Weiterleiten hier“, sagt Altybasarov stolz. „Viel schneller können wir trotzdem wohl nicht mehr werden, sonst wird es



gefährlich.“ Allein die Geschwindigkeit zu halten wäre schon etwas. Denn 1300 Kilometer im Norden, in Astana, schmiedet Kanat Alpysbayev große Pläne. Der Mann im 38. Stockwerk des Railway Towers ist der Präsident der Eisenbahngesellschaft KTZ des riesigen Landes und damit auf dem Sprung zu höheren politischen Weihen. Immerhin trägt KTZ mit gut 130 000 Mitarbeitern rund 8 Prozent zur gesamten Wirtschaftsleistung Kasachstans bei. „Wir werden den Frachtverkehr mit China sehr rasch steigern“, gibt der frühere Manager von General Electric die Richtung vor. „In den nächsten zwei Jahren wollen wir den Umsatz im Gütertransport von einer Milliarde auf fünf Milliarden Dollar hochfahren.“ 30 Milliarden Dollar habe das Land in den vergangenen zehn Jahren in den Ausbau gepumpt. Dass ein Großteil davon aus China kommt, will er nicht sagen.

China ist nicht nur der größte Investor im russisch geprägten Kasachstan, sondern auch sein größter Handelspartner und Helfer. Gerade geben die Chinesen den Nachbarn 2000 Eisenbahnwagons für Schüttgut, um damit Weizen nach China zu transportieren. „China zahlt auch für die Terminals und Lagerhäuser“, erzählt Yerzhan Kulakov, Vizepräsident von KTZ Express. Und die Transportgebühren senkten die Chinesen um die Hälfte; so sollen bald 300 000 Container Weizen über die Grenze rollen. Hatte das Handelsvolumen der fünf größten

zentralasiatischen Länder mit der Volksrepublik im Jahr 2000 gerade einmal eine Milliarde Dollar betragen, war es 2013 schon auf 50 Milliarden Dollar angeschwollen.

Die großen Versprechen, die Alpysbayev macht, fußen auf Plänen, die in einem anderen Turm geschmiedet werden – am Rhein im fernen Bonn, bei der Deutschen Post. Denn DHL hat schon 2008 erkannt, welche Möglichkeiten im Landtransport von und nach China liegen; und heute sprechen selbst die Postler von einem „aggressiven Investitionsklima“ entlang der Belt-and-Road-Länder. „Wir haben 2013 als Erste bewiesen, wie reibungslos der Verkehr über diese Schienenstrecke laufen kann“, sagt Zafer Engin, der sich von Schanghai aus für DHL um die Zugverbindung kümmert. „Der Containertransport per Bahn birgt enorme Vorteile: die Lieferzeit beträgt nur 16 Tage statt 45 über See per Containerfrachter. Und zugleich kostet der Transport auf der Schiene nur ein Fünftel dessen per Luftfracht.“ Dass der Bahntransport doppelt so viel Kohlendioxid ausstößt wie das Verschiffen, mag niemand bei DHL bestätigen.

Dennoch seien die Vorteile der Bahnstrecke so offensichtlich, dass sie das Zeug habe, „den internationalen Handel vollkommen zu verändern“, heißt es. „Das aber erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Organisationen, Regierungen und Ländern.“ Die ist in Khorgos mit Händen

zu greifen. Die Container von Shanghai Shipping, Yang Ming Line, Wootin Logistics und China Railway Express stapeln sich. Den Kasachen helfen chinesische Fachleute vom staatlichen Hafen Lianyungang und der Containerreederei Cosco. China hält – natürlich – 49 Prozent am Trockenhafen. Einfach sei es nicht, mit den Chinesen zu arbeiten, sagt Khamzin. „Aber wir brauchen die Leute, ihre Erfahrung, ihre Professionalität. Wir sind ein junges Land, gerade mal 27 Jahre unabhängig.“ Auf Dauer ließen sich durch eine Kombination der Verkehrsarten Verbindungen bis nach Japan und Korea aufbauen, hofft er. Dann hätte Eisenbahnchef Alpysbayev recht behalten: „Wir hängen hier nicht vom Wachstum nur in China ab, sondern vom globalen Wirtschaftswachstum“, beharrt er.

Längst ist die Seidenstraße auf Schienen im Dauerverkehr belegt. Die drei Stränge verlaufen nördlich des alten Karawanenweges von Urumqui durch die usbekischen Oasenstädte Samarkand, Bukhara und Khiva. Damals waren die Kamele und Pferde mit Seide, Porzellan und Pistazien beladen. Heute werden in Khorgos Container mit Computern aus der Fabrik von Hewlett Packard in Chongqing genauso verladen wie solche mit Autoteilen, Möbeln oder Kleidung. Für John Deere sendet DHL Züge mit Mähreschern. Einst zogen die Karawanen in der ständigen Angst vor Überfällen von Räubern und Sklavenhändlern. Heute stellen die Chinesen viele Container in offene Waggon, in denen eigentlich Weizen oder Kohle gefahren werden. So lassen sich die tief darin stehenden Boxen an keinem Bahnhof öffnen, die Ware kann nicht gestohlen werden. Jeden Container überwacht DHL per GPS von seinem Kontrollzentrum in Malaysia aus; Position, aber auch Temperatur und Feuchtigkeit werden gemeldet. „Bald werden wir auch Kameras an den Containern haben, die festhalten, wer sie öffnet“, sagt Engin. Aber schon heute sei der Transport ungefährlich.

Auch deshalb ist der Verkehr stark gestiegen: Rollten 2015 erst 545 Züge von China gen Westen, waren es 2017 schon 2397. In die andere Richtung waren es nach 247 vor zwei Jahren im

vergangenen Jahr 1276. DHL hält ein Zehntel in dem zersplitterten Markt. Bis 2020, schätzt Engin, sollen es 5000 Frachtzüge jährlich über die drei Korridore im Süden, in der Mitte und im Norden werden – fast 14 an jedem Tag. Für Yeshenkhanov, den Direktor der Freihandelszone, ist all das viel mehr als eine Fata Morgana. Bald soll hier eine Stadt mit hunderttausend Menschen aus dem Steppenboden wachsen. Eine Tierfutterfabrik und ein Chemiewerk hat China versprochen. Das ist erst der Anfang: „Wir haben einen Flughafen ausgewiesen. Investoren aus China, Japan und Singapur zeigen Interesse.“ DHL prüft, ob sich eine Partnerschaft zwischen der Deutschen Post, KTZ und Atlas Air rechnet. Bahnchef Alpysbayev hat erklärt, Kasachstan erwarte 51 Projekte aus China.

Kommt es so, wird es der kleinen Zhanalya bald noch bessergehen. Im öden Niemandsland zwischen Kasachstan und China, keine 30 Kilometer vor Khorgos, bauen die Chinesen Einkaufstempel und Hoteltürme für die Kasachen. Die beladen ihre verrosteten Busse und Kleinwagen mit Säcken voller Billigkleidung, gefälschten Nike-Schuhen und warmen Decken aus dem Reich der Mitte. Vom fernen Astana aus suchen sie Investoren für einen Vergnügungspark für chinesische Touristen. Bislang ragen davon nur Betonskelette in die Luft. Zhanalya aber lernt schon heute in der Schule Mandarin.

Christoph Hein ist Wirtschaftskorrespondent der F.A.Z. für Südasien / Pazifik mit Sitz in Singapur.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



Promotionskolleg „Sicherheit und Entwicklung im 21. Jahrhundert“

Die Konrad-Adenauer-Stiftung vergibt seit Oktober 2017 Stipendien im Rahmen des neu eingerichteten internationalen Promotionskollegs „Sicherheit und Entwicklung im 21. Jahrhundert“ unter der Leitung der Chemnitzer Professorin und stellvertretenden Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung Frau Professor Dr. Beate Neuss. Zweimal im Jahr (zum 15. Juli bzw. 15. Januar) können sich gesellschaftlich engagierte deutsche und ausländische Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler aus dem Bereich Sozial- und Geisteswissenschaften bewerben.

Nähere Informationen zur Bewerbung, dem Auswahlverfahren sowie zur Förderung finden Sie unter www.kas.de/pkse.



Quelle: © Dorey Soren Reuters.

[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.08.2018, S.18](#)

Wie reagieren auf Chinas Offensive?

Gabriel Felbermayr

Die „neue Seidenstraße“ vom Gelben Meer bis zum Atlantik birgt riesiges ökonomisches Potential, aber auch Gefahren. Europa muss sich aktiv einbringen, sonst verliert es den Anschluss, und China kann Zentralasien kolonisieren.

China investiert gewaltige Summen in Asien, Europa und Afrika. Durch die „Belt and Road Initiative“ (BRI) sollen 1000 Milliarden Dollar in Infrastrukturprojekte investiert werden. Das Projekt der „neuen Seidenstraße“ bezeugt den wiedererlangten Status Chinas als wirtschaftliche und politische Großmacht, die ihren Einfluss auf dem eurasischen Superkontinent und in der Welt geltend macht. Die Gürtel-Offensive BRI hat keine geringere Ambition als die Schaffung eines eurasischen Wirtschaftsraumes, der vom Gelben Meer an der Ostküste Chinas bis an den Atlantik reicht. Eurasien umfasst 92 Länder, mit etwa 4,6 Milliarden Menschen und einer Wirtschaftsleistung von 50 Billionen Dollar im Jahr, fast 60 Prozent des Weltsozialproduktes. Dazu kommt der afrikanische Kontinent, der in den BRI-Planungen ebenfalls eine wichtige Rolle spielt.

Die Verbesserung der Verbindungen der beiden starken Pole des eurasischen Raumes – die Ostküste Chinas und Westeuropa – birgt gigantische Wohlfahrtspotentiale. Sie birgt aber auch enorme Gefahren für unsere Zukunft. Denn wer diesen Raum wirtschaftlich dominiert, beherrscht die Weltwirtschaft der Zukunft.

Wer nächtliche Satellitenaufnahmen der Welt betrachtet, sieht, dass die Welt sehr ungleich beleuchtet ist. Der chinesische Osten strahlt hell; je weiter der Blick vom Gelben Meer in den Westen schweift, umso matter werden die Farben, bis sich 2000 Kilometer im asiatischen Landesinneren Dunkelheit ausbreitet. Westlich des Urals tauchen dann punktuell helle Flecken auf, die umso heller und größer werden, je näher man den Grenzen der Europäischen Union kommt. Am stärksten leuchtet das Satellitenbild in den Ballungszentren Westeuropas.

Das kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-Einkommen in den reichsten Küstenstädten Chinas, zum Beispiel in Suzhou am Jangtsekiang, liegt nur mehr knapp unter jenem in München. Betrachtet man das Bruttoinlandsprodukt in laufenden Dollar, so liegen die Vereinigten Staaten und die EU noch jeweils um 40 Prozent vor China. Gemessen in Kaufkraftparitäten, hat das Reich der Mitte schon eine deutlich höhere Wirtschaftskraft als jeweils die EU und Amerika. Aber egal wie man genau misst, die Trends sind klar. Die gängigen Langfristprognosen, zum Beispiel die der OECD, sehen China im Jahr 2045 bei 25 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung; die Europäische Union läge dann bei etwa 15 Prozent, und die Vereinigten Staaten bei 18 Prozent.

Mit diesem Anteil läge China wieder bei jenem Wert, den die wirtschaftshistorische Forschung für das Spätmittelalter schätzt. Damals kam das Reich der Mitte auf zirka 100 Millionen Einwohner und auf 25 bis 30 Prozent der globalen Wirtschaftskraft. Im Vergleich dazu entfielen auf die heutigen G-7-Länder damals gerade mal 10 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung, und ihre Bevölkerung machte 60 Millionen Menschen aus. Nach den Opiumkriegen war der Anteil Chinas am Weltbruttoinlandsprodukt gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf nicht viel mehr als vier Prozent geschrumpft; in den frühen 1980er Jahren, nach Maos verheerenden Experimenten, machte der Anteil bloß 2 Prozent aus. China war bettelarm.

Seither hat China einen gewaltigen Aufholprozess hingelegt, der als „große Konvergenz“ (Richard Baldwin) beschrieben wird. Aus historischer Perspektive kann man sagen, dass China seinen in den vergangenen Jahrhunderten verlorenen Status nun wieder zurückgewinnt.

Die Satellitenbilder zeugen aber auch von einer großen Ungleichheit der wirtschaftlichen Entwicklung im eurasischen Raum. Der Westen Chinas, vor allem die Provinz Xinjiang mit ihrer uigurischen Bevölkerung, ist weiterhin bettelarm. Die ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken an Chinas Grenze, wie Tadschikistan, Kirgistan oder Usbekistan, gehören zu den ärmsten der Welt. Gleiches gilt für Afghanistan und Pakistan. Russland, einst dominante Macht im zentralasiatischen Raum, ist, ökonomisch gesehen, wenig mehr als eine Regionalmacht; der OECD-Prognose zufolge wird Russland im Jahr 2045 nicht einmal mehr als 3 Prozent der globalen Wirtschaftskraft aufbringen.

Der Raum zwischen Chinas Ostküste und Westeuropa ist derzeit also wirklich nicht viel mehr als ein Zwischenraum. Er ist unterentwickelt und mancherorts eine Brutstätte islamistischer Fanatiker. Seine politische Instabilität ist eine Bedrohung für die Sicherheit Chinas, aber auch, sicher in geringerem Ausmaß, Europas. In gewisser Weise spielt Zentralasien für China eine ähnliche Rolle wie Afrika für Europa: grassierende Armut, politische Instabilität und die Folgen des Klimawandels fordern pragmatische Strategien der wirtschaftlichen Entwicklung.

China kann hierbei auf eine lange Tradition des Einflusses in Zentralasien zurückblicken. Im späten 13. Jahrhundert reichte das Reich der Mongolen von der südchinesischen Insel Hainan bis nach Mitteleuropa. Und die Pax Mongolica ermöglichte für einige wenige Jahrzehnte, einen bisher ungekannten wirtschaftlichen Austausch innerhalb Eurasiens. Die historische Figur von Marco Polo und seine Reise nach Peking, an den Hof von Kublai Khan, dem Begründer der Yuan Dynastie, steht stellvertretend für diese Episode. In dieser Zeit kamen auch wichtige technologische Impulse aus China nach Europa, etwa der Buchdruck, das Papiergeld oder das Schießpulver. Für Italien, aber auch für Städte entlang der Transitrouten – der Seidenstraße – war das eine Periode vergleichsweise großen Wohlstands. Spätestens mit dem Fall Konstantinopels im Jahre 1453 ging diese Phase aber zu Ende; die Seidenstraße verlor ihren wirtschaftlichen Wert,

und Europas Fernhandel orientierte sich um: Statt die asiatischen Märkte auf dem Landweg im Osten zu suchen, suchte man sie auf dem Seeweg im Westen zu erreichen.

Seit dem Ende der Sowjetunion hat sich der Handel der EU mit Asien, allen voran China, extrem dynamisch entwickelt. 2017 betrug das Handelsvolumen der EU mit dem historischen „Großchina“ (die Volksrepublik, Hongkong, Macau, Taiwan, die beiden Koreas und die Mongolei) zirka 770 Milliarden Euro. Das europäische Handelsvolumen mit Nordamerika (Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko) belief sich ziemlich genau auf denselben Wert, wächst aber wesentlich weniger dynamisch. In den nächsten zehn Jahren könnte der China-Handel um weitere 80 Prozent zulegen; jener mit Nordamerika um vergleichsweise magere 30 Prozent. Und während der Ausbau der eurasischen Infrastruktur den China-Handel noch weiter beleben könnte, überwiegen wenigstens derzeit die hemmenden Faktoren im transatlantischen Handel.

Die „Belt and Road Initiative“ hat das Potential, den eurasischen Handel zu transformieren. Noch wird er fast zur Gänze auf dem Seeweg und in kleinerem Maß per Flugzeug abgewickelt. Mit Zügen wird dem Wert nach noch nicht einmal drei Prozent des Warenhandels zwischen der EU und China transportiert.

Aber der Landweg wird wichtiger. Allein von 2014 bis 2017 hat sich der auf der Schiene abgewickelte China-Handel der EU wertmäßig verfünffacht, während der Gesamtgüterhandel um knapp 20 Prozent zugelegt hat. Verglichen mit Seetransport, dauert ein Schienentransport von den Küstenstädten Ostchinas bis an den Rhein halb so lang, ist ökologisch vorteilhafter und kommt viel billiger als Flugfracht. Gelänge es, die Schienenkapazitäten so auszubauen, dass ein deutlich höherer Anteil des europäischen Asien-Handels mit Zügen abgewickelt würde, könnten beide Seiten ökonomisch profitieren. Chinesische Fabriken könnten sehr viel umfassender als bisher in die industriellen Wertschöpfungsnetzwerke Europas eingebaut werden.

Die Transportkosten (inklusive Versicherungskosten) machen im Durchschnitt derzeit etwa acht Prozent des Warenwertes im EU-China-Handel aus; gelingt eine Halbierung und legt man gängige Handelselastizitäten zugrunde, so könnte der langfristige Zuwachs im Güterhandel bei zirka 25 bis 30 Prozent liegen. Wir sprechen hier von zusätzlichem Handel im Ausmaß von 200 Milliarden Euro und mehr, und zwar in jedem zukünftigen Jahr.

In einer Zeit, in der sowohl die Eurozone als auch China enorme Sparüberschüsse in Form von Leistungsbilanzüberschüssen aufweisen – gemeinsam fast 600 Milliarden Dollar – und in der die wissenschaftliche Literatur immer stärker nachweist, dass mangelnde Infrastruktur für die Bremsung des Welthandels deutlich wichtiger ist als die verbleibenden – und sogar die neuen – Zollbarrieren, gibt es an der prinzipiellen Sinnhaftigkeit der geplanten Infrastrukturinvestitionen wenig Zweifel. Vielmehr stellt sich die Frage, wie die wirtschaftlichen Potentiale, die sich durch die infrastrukturelle Erschließung Eurasiens ergeben, verteilt werden.

Welche Anteile kann sich Europa sichern? Was bleibt für die Transitstaaten? Klar ist, wenn Europa sich nicht mit Geld und politischem Gestaltungswillen einbringt, und zwar massiv, wird China kaum Anreize verspüren, offene Systeme zu schaffen, von denen alle profitieren. Dann wird die Verteilung der Gewinne für Europa – und wohl auch für seine Anrainerstaaten – nicht vorteilhaft sein. Nicht selten wird behauptet, das BRI-Projekt sei für das Reich der Mitte das Vehikel, um den nahen chinesischen Westen in eine Art Kolonialbeziehung zu zwingen, mit dem Ziel der Ausbeutung und nicht der wirtschaftlichen Entwicklung. Ähnliche Behauptungen werden allerdings auch im Kontext der europäischen Afrika-Politik oder der Lateinamerika-Politik der Vereinigten Staaten gemacht. Diese Unterstellungen sind nicht ganz unbegründet, wie die Geschichte zeigt. Gegenseitige moralische Anschuldigungen sind aber kein guter Ausgangspunkt für eine solide europäische Ostpolitik.

Natürlich verfolgt China keine altruistische Außen- oder Außenhandelspolitik, ganz so, wie die anderen Mächte auch. Es investierte große Summen und geht erhebliche wirtschaftliche Risiken ein, um seinen Einfluss und seinen Wohlstand zu mehren. Es geht bei der Verfolgung seiner langfristigen Ziele strategisch vor. Das kann man China kaum vorwerfen. Umgekehrt muss sich Europa fragen, warum es auf die drängenden Fragen, die sich an seiner Ostgrenze auftun, keine Antworten bereithält: An der Peripherie häufen sich Krisen – in der Ukraine, in Moldau, in der Türkei, in Syrien. Was passieren soll, wenn der letzte Diktator Europas, der weißrussische Präsident Lukaschenka abdankt, weiß keiner. Ob und wie schnell der Westbalkan in die EU integriert werden soll, ist auch noch unklar. Wen wundert es, wenn angesichts solcher Visionslosigkeit die genannten Länder froh sind, wenn sie mit Chinas Hilfe konkrete Projekte mit sichtbarem Nutzen für die eigene Bevölkerung umsetzen können.

Die 16 + 1 Initiative, in der China mit 16 mittel- und osteuropäischen Ländern, darunter elf EU-Mitgliedern, wirtschaftliche Kooperationsprojekte voranbringen will, ist nicht nur ein Beispiel für das wachsende Machtbewusstsein Pekings, sondern auch der Ausdruck der außenpolitischen Schwäche der EU. Am Ende könnte es möglicherweise sogar für Deutschland besser sein, wenn China Osteuropa stabilisiert, als wenn die Länder sich selbst überlassen bleiben.

Europa darf die ökonomischen Trends nicht missachten. China, das fast dreimal so viel Bevölkerung hat wie ein durch den Brexit verkleinertes EU-Europa, wird sich mit der Rolle eines Schwellenlandes nicht zufriedengeben. Sein Aufstieg wird weitergehen, und erst im der Mitte dieses Jahrhunderts den Höhepunkt seiner relativen wirtschaftlichen Macht erreichen. Sich dagegen zu stemmen wäre sinnlos. Was wir brauchen, ist eine Art „Entente“, eine Verständigung, ein *modus vivendi*, in dem sich alle wiederfinden. Europa muss aufhören, in China politischen Wandel herbeiführen zu wollen, ohne dafür die Kraft zu haben. Wenn man in der „Belt and Road Initiative“ offene Verfahren bei der Vergabe der

Aufträge und beim Betrieb der Infrastruktur haben will, dann kommt man mit reinen Moralpredigten nicht weiter; was es braucht, ist eine maßgebliche finanzielle Beteiligung. Und um eine solche vernünftig zu strukturieren, braucht es eine ernsthafte Oststrategie, die sich an den Interessen der EU orientiert, aber den Ausgleich mit China im Blick hat. Sonst droht in der Tat die Kolonialisierung Zentralasiens und vielleicht sogar Osteuropas durch China.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D., leitet das Ifo-Zentrum für Außenwirtschaft und lehrt an der Universität München.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



[Auslandsinformationen \(Ai\) 1|2017, S. 70–83](#)

Kommt es zum Showdown?

Die Grenzstreitigkeiten im Südchinesischen
Meer und das Ringen um Asiens Zukunft

David Arase

Der Streit um das Südchinesische Meer stellt eine Herausforderung für Frieden und Wohlstand weltweit dar. China beansprucht mit der Neunpunktlinie etwa 90 Prozent des Seegebiets und setzt damit Frieden und Freihandel in der Region aufs Spiel. Der vorliegende Beitrag untersucht, welche Auswirkungen die jüngsten Entwicklungen wie das Urteil des Ständigen Schiedshofs und die Präsidentschaft Donald Trumps auf den Status quo haben könnten.

Drei Entwicklungen in der zweiten Jahreshälfte 2016 haben zu einer Neudefinition der Konfliktlinien um das Südchinesische Meer geführt. Zunächst urteilte im Juli 2016 der Ständige Schiedshof, dass unter anderem der historische, auf der Neunpunktlinie basierende Anspruch Chinas keine rechtliche Grundlage habe. Sodann hat die Amtseinführung Rodrigo Duterte als Präsident der Philippinen am 30. Juni 2016 das Land im Konflikt um das Südchinesische Meer neu positioniert. Schließlich gab die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im November 2016 einen stärker auf Konfrontation ausgerichteten Kurs gegenüber Chinas Forderung nach Ausweitung von Hoheits- und Kontrollrechten im Südchinesischen Meer zu erkennen. Jede einzelne dieser Entwicklungen birgt mit Blick auf das Südchinesische Meer Konfliktpotenzial. In der Summe werden sie wohl die strategische Rivalität zwischen China und den USA verschärfen, ein stärkeres Engagement externer Akteure fördern und die Region weiter polarisieren.

Die Bedeutung des Südchinesischen Meeres

Das Südchinesische Meer als flaches halbgeschlossenes Gewässer inmitten der südostasiatischen Seeregion ist auf nationaler, subregionaler, supraregionaler sowie globaler Ebene von entscheidender wirtschaftlicher und geopolitischer Bedeutung. Aus seinen Gewässern stammen zehn Prozent der weltweiten jährlichen Fischfangmenge, darüber hinaus verfügt es über große, noch unerschlossene submarine Gasvorkommen, die von anliegenden energiebedürftigen Volkswirtschaften benötigt werden. Und schließlich

weist das Meer eine seltene und wertvolle maritime Biodiversität auf, die durch immer forcierter durchgeführte Wirtschaftsoperationen und Landnahmeaktionen bedroht ist.

Von entscheidender geoökonomischer und geopolitischer Bedeutung, stellt das Südchinesische Meer die indopazifische Integration und ein weltweites Wirtschaftswachstum sicher. Es verbindet nicht nur die Volkswirtschaften Südostasiens mit den nordostasiatischen Märkten, sondern über die Straße von Malakka und die Sundastraße auch die Volkswirtschaften des pazifischen Gürtels mit den Küsten des Indischen Ozeans und des Persischen Golfs. Der asiatische Anteil der gesamten indopazifischen Großregion macht allein 40 Prozent des weltweiten BIP in Kaufkraftparitäten aus. Die Einbeziehung Südasiens in die bestehenden, auf das Südchinesische Meer zielenden Netzwerke in den Bereichen Logistik und Produktion schafft ein Wachstum, das in den kommenden Jahrzehnten zum Motor der Weltwirtschaft werden soll. Über 40 Prozent des indischen Handels werden bereits durch das Südchinesische Meer abgewickelt, und der Umstand, dass mehr als eine von fünf Billionen US-Dollar des Gewinns der über dieses Meer verschifften Handelsgüter auf die USA entfallen, verdeutlicht die globale Bedeutung der freien Schifffahrt im Südchinesischen Meer.

Geopolitisch betrachtet ist die Aufrechterhaltung der freien Schifffahrt in eben diesem Meer im Interesse der Weltgemeinschaft. Das Recht der Staaten, See- und Luftraum frei und ungehindert

Abb. 1: Südchinesisches Meer mit Anrainerstaaten und Gebietsansprüchen



Quellen: Eigene Darstellung nach Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Territorialkonflikte_im_Chinesischen_Meer [30.03.2017]; © Natural Earth Data, <http://naturalearthdata.com> [30.03.2017].

zu nutzen, gewährleistet das Wirtschaftswachstum in Südostasien, dem indopazifischen Raum und weltweit. Es garantiert darüber hinaus die Sicherheit und politische Stabilität vieler Staaten, die in sensibler Weise von über das Südchinesische Meer angelieferten Nahrungsmitteln, Energie und Handelsgütern abhängen. Tatsächlich liegt die Kontrolle von Sicherheit, Wohlstand und Unabhängigkeit im gesamten indopazifischen Raum bei derjenigen politischen Macht, die die Passagierrechte im Südchinesischen Meer verwaltet. Und schließlich hat die Frage der sich im

Südchinesischen Meer stellenden freien Hochseeschifffahrt, wie im Folgenden ausgeführt, Auswirkungen auf die Rechtsgrundlage der bestehenden Weltordnung. Daher berührt der derzeitige Streit um das Südchinesische Meer Asien ganz wesentlich und schließt die Interessen der Weltgemeinschaft ein.

Die Frage der freien Schifffahrt

Chinas fortgesetztes Streben nach staatlichen Hoheitsansprüchen und alleiniger Kontrolle

über das Südchinesische Meer hat seit 2014 seinen Ausdruck im Bau von sieben künstlichen Inseln durch die Volksrepublik inmitten dieses Meeres gefunden. Diese Entwicklung, verbunden mit der Behauptung, China habe ein Recht zu bestimmen, wer und was das Südchinesische Meer frei passieren darf, veranlassten die US-Marine dazu, dort 2015 Operationen zum Schutz der freien Schifffahrt (FONOPS) zu starten.¹ Diese signalisieren, dass die Vereinigten Staaten die Souveränität Chinas im Südchinesischen Meer nicht anerkennen und die US-Marine in den dortigen Hochseegebieten das Recht auf freie Schifffahrt, wie vom Völkerrecht vorgesehen, verteidigt.

China hat sich mit Nachdruck der amerikanischen Position widersetzt. Um eigene Ansprüche durchzusetzen und die Hoheitsansprüche im Südchinesischen Meer zu verteidigen, hat das Land 2016 auf einigen der genannten Inseln Waffensysteme installiert. Ungeachtet dessen haben die Vereinigten Staaten im Februar dieses Jahres einen Kampfverband von Flugzeugträgern ins Südchinesische Meer entsandt.² Somit droht eine bewaffnete Auseinandersetzung beider Mächte über die Frage, ob sich in diesem Meer internationales Recht oder Chinas nationale Interessen durchsetzen.

Die Frage der freien Schifffahrt im Südchinesischen Meer ist unabhängig von derjenigen des Besitzes örtlicher Inseln oder von Exklusivrechten an wirtschaftlichen Ressourcen mit Blick auf China und die Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres zu betrachten. Kern der Streitigkeiten ist Chinas expansiver Anspruch auf Hoheitsrechte innerhalb seiner Neunpunktlinie. Da der immer nachdrücklicher erhobene Anspruch des Landes auf Hoheitsrechte die Aufmerksamkeit weg von Wirtschafts- und Landbesitzfragen auf solche der freien Schifffahrt lenkt, werden wohl andere Staaten mit einem Interesse an einer freien Hochseepassagen dem Streit um das Südchinesische Meer mehr Aufmerksamkeit widmen.

In den vergangenen Jahren haben Japan, Indien und Australien ihre klare Unterstützung für ein

international garantiertes Recht auf freie Schifffahrt im Südchinesischen Meer erklärt und dort Marineoperationen durchgeführt.³ Darüber hinaus haben sowohl Großbritannien als auch Frankreich 2016 jeweils Einheiten ins Südchinesische Meer entsandt, um ihre Interessen in dieser Frage zu demonstrieren.⁴

Das Urteil des Ständigen Schiedshofs

Die philippinischen Bemühungen um Verhandlungen mit China über Eigentums- und Fischereirechte am Scarborough-Riff, in China Huangyandao genannt, führten 2012 lediglich zur einseitigen und gewaltsamen Vereinnahmung des Riffs durch China. Das Atoll liegt nur 230 Kilometer vor der Küste der philippinischen Insel Luzon – d.h. zweifelsfrei innerhalb dessen ausschließlicher Wirtschaftszone von 370 Kilometern. Jedoch liegt es rund 870 Kilometer von der nächsten chinesischen Küste, die der Insel Hainan, entfernt.

China hat keine Hoheitsansprüche auf Inseln im Südchinesischen Meer – so das Urteil des Ständigen Schiedshofs in Den Haag.

Die Regierung des philippinischen Präsidenten Benigno Aquino hat im Januar 2013 den Ständigen Schiedshof um ein verbindliches Schiedsverfahren gegenüber China ersucht, wie es das durch beide Länder unterzeichnete und ratifizierte Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vorsieht. Die Philippinen baten den genannten Schiedshof um eine Beurteilung des Konflikts zu Seegrenzen und Rechtsansprüchen im Bereich des Scarborough-Riffs und der Spratly-Inseln, die aus dem Überlappen der ausschließlichen Wirtschaftszone der Philippinen und den aus der Neunpunktlinie abgeleiteten chinesischen Ansprüchen resultieren. Dieser Schritt fand ein hohes Maß an Beachtung, da sich die philippinische Klage mit Befürchtungen



Widerstand: Bis zu Duterte Amtsantritt war die Haltung zu Chinas Machtansprüchen auf den Philippinen recht eindeutig. [Quelle: © Eric De Castro, Reuters.](#)

anderer Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres deckt, deren Forderungen nach Einrichtung ausschließlicher Wirtschaftszonen sich mit chinesischen Ansprüchen auf Basis der Neunpunktlinie überschneiden.

Der Ständige Schiedshof erklärte sich bereit, den philippinischen Antrag zu verhandeln, was zu einem Schiedsspruch führte, der Chinas Neunpunktlinie für ungültig erklärte, d.h. urteilte, dass diese Linie keine völkerrechtliche Grundlage habe. China verurteilte den Spruch und kündigte an, ihn zu ignorieren. Diese gerichtliche Feststellung und Chinas Reaktion darauf geben zu erkennen, wie nach Ansicht Chinas die regionalen Beziehungen in einem neuen Zeitalter chinesischer Vorherrschaft zu gestalten seien.

Die großräumige Abgrenzung der Neunpunktlinie

Chinas Neunpunktlinie, wie eine 2009 den Vereinten Nationen übergebene Landkarte zeigt, umfasst das Scarborough-Riff und verläuft nur 70 Kilometer vor der philippinischen Küste.⁵

Ähnlich nahe kommt die Linie den Küsten von Brunei, Malaysia, Vietnam und den indonesischen Natuna-Inseln. Letztere liegen etwa 1.600 Kilometer von der Küste der chinesischen Insel Hainan entfernt. Die Neunpunktlinie umfasst damit rund 90 Prozent des Südchinesischen Meeres.

Bei der Auslegung der einschlägigen Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS) befand der Ständige Schiedshof unter anderem, dass Chinas historisch basierter Anspruch auf die Neunpunktlinie keine Rechtsgrundlage habe, keine Landmasse in der Spratly-Gruppe eine natürliche Insel sei, die eine ausschließliche Wirtschaftszone bilden könne, und dass es nur einige felsige Landmassen mit dem Recht auf eine Zwölfmeilenzone gäbe. Ferner stellte der Schiedshof fest, dass China kein Recht habe, auf Riffen oder Sandbänken in der ausschließlichen Wirtschaftszone eines anderen Staates künstliche Inseln zu errichten, und dass das Land sich letztlich nicht auf die Neunpunktlinie berufen könne, um die wirtschaftlichen Rechte eines Anrainerstaats innerhalb dessen ausschließlicher Wirtschaftszone zu beschneiden.

Die Bedeutung des Scarborough-Riffs

Das Schiedsgerichtsurteil befasste sich nicht mit der Frage, wem das Scarborough-Riff oder andere Landmassen im Südchinesischen Meer eigentlich gehören, da derlei Besitzfragen nicht durch das Seerechtsübereinkommen berührt seien. Jedoch urteilte das Gericht auch, dass das Scarborough-Riff sich innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone der Philippinen befinde, so dass es China ohne Einwilligung der Philippinen nicht in eine künstliche Insel umgestalten könne. Und er stellte fest, das Scarborough-Riff sei keine natürliche Insel (d.h. es ermögliche in natürlichem Zustand keine dauerhafte menschliche Ansiedlung) und könne somit nicht zu einer ausschließlichen Wirtschaftszone erklärt werden. Dem Eigentümer des eine gezeitenabhängige Erhebung darstellenden Riffs stehe allenfalls eine Zwölfmeilenzone zu. Unabhängig von der Besitzerfrage haben laut Schiedshof jedoch beide Parteien dort traditionelle Fischereirechte.⁶

Angesichts der unnachgiebigen Reaktion Chinas auf den Spruch des Ständigen Schiedsgerichts mögen juristische Ansätze zur Lösung des Konflikts im Südchinesischen Meer wenig erfolgversprechend anmuten. Dennoch sind derlei Ansätze zur Aufrechterhaltung internationaler Rechtsbestimmungen nötig. Und der Schiedsspruch scheint Chinas Strategie mit Blick auf die Ansprüche der Volksrepublik im Südchinesischen Meer verändert zu haben, wenngleich nicht die langfristigen Ziele und das Auftreten des Landes. In einem nach dem Schiedsspruch herausgegebenen chinesischen Weißbuch zur nationalen Sicherheit wurde die Neunpunktlinie nicht erwähnt. Stattdessen scheinen chinesische Ansprüche im Südchinesischen Meer nun auf Abgrenzung und Eigentumsrechte an Landmassen abzielen. Obwohl die von dem Land vorgebrachten Rechte auf Grenzziehung sich nicht grundlegend verändert haben, liegen sie nunmehr auf der Linie des UNCLOS-Grundsatzes, wonach „das Land die See regiert“.

Neben dem Recht auf Land und wirtschaftliche Ressourcen im Südchinesischen Meer beansprucht China nun auch verstärkt, die dortige

internationale Schifffahrt regulieren zu dürfen, verschiebt aber nun die Grundlage für dieses Recht von der Frage nach Landbesitz innerhalb der Neunpunktlinie in Richtung Eigentum an Landmassen im Südchinesischen Meer. Durch die Forderung nach ausschließlichen Wirtschaftszonen und Hoheitsgewässern im Umfeld natürlicher Inseln für alle von ihm beanspruchten Landmassen im Bereich der Spratly-Inseln – unter denen der Ständige Schiedshof keine gefunden hat, die er als natürliche Inseln eingestuft hätte – reklamiert China nach wie vor eine „nicht verhandelbare Hoheitsgewalt“ über das Südchinesische Meer. Durch Warnungen, Blockaden und ggf. auch Gefährdungen amerikanischer Kriegsschiffe auf der Fahrt durchs Südchinesische Meer unterstreicht China sein souveränes Recht darauf, frei zu bestimmen, ob und wie andere Staaten die lebenswichtigen Luft- und Schifffahrtsrouten in dem Meer nutzen dürfen.

Die Wahl Rodrigo Duterte

Das Land, das am ehesten imstande ist, Vorteile aus dem Spruch des Ständigen Schiedshofs zu ziehen und Druck auf China auszuüben, damit dieses seine Ansprüche im Südchinesischen Meer stärker mit den Normen des Seerechtsübereinkommens in Einklang bringt, sind die Philippinen. Es scheint jedoch, dass die Chance auf eine Durchsetzung eigener Interessen vom neuen philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte gegen die Zusage chinesischer Wirtschaftshilfe vergeben wurde.

Unter Duterte suchen die Philippinen eine engere Zusammenarbeit mit China.

Duterte gewann die philippinischen Präsidentschaftswahlen 2016 mit dem Versprechen, die Geißel der durch den Drogenhandel generierten sozialen Missstände mit allen notwendigen Mitteln auszurotten. Nach seiner Amtsübernahme rief er – jenseits der Legalität – zur Tötung

von Drogenhändlern und Kriminellen auf, so wie er es als Bürgermeister von Davao auf der Insel Mindanao getan hatte. Weniger erwartet kam Dutertes Abkehr von Aquinos Linie hinsichtlich der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und China. Während Aquino für eine stärkere Zusammenarbeit mit den USA auf diplomatischer und verteidigungspolitischer Ebene eingetreten war und sich gegen Chinas umfassende Ansprüche der Neunpunktlinie ausgesprochen hatte, verunglimpfte Duterte die Vereinigten Staaten und suchte eine engere wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit China.

Kurz nach der Amtsübernahme unterstrich Duterte seine neue Linie, indem er den US-Botschafter und Präsident Obama beleidigte. Er stellte den Bedarf an einer strategischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten infrage und fuhr die Verteidigungskooperation im Rahmen des von Aquino 2014 unterzeichneten Abkommens zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Verteidigung zurück. Zudem rückte er von Aquinos Forderung ab, China solle sich strikt an das Urteil des Ständigen Schiedshofes halten. Stattdessen forderte er von der Volksrepublik etwa Eisenbahnen auf Mindanao, Arbeitsgenehmigungen für philippinische Staatsbürger, die derzeit noch illegal in China arbeiten, eine Beendigung der Beteiligung chinesischer Staatsbürger beim Transport und Verkauf von Narkotika auf den Philippinen sowie eine Nicht-einmischung in den philippinischen Fischfang im Südchinesischen Meer. Im Gegenzug zu Dutertes Bereitschaft, Souveränitätsstreitigkeiten mit China hintanzustellen, verpflichtete sich China während eines Peking-Besuchs Dutertes, dessen Gesuch um Wirtschaftshilfen in Höhe von 13,5 Milliarden US-Dollar an die Philippinen nachzukommen.

Dutertes Hang zum Populismus ist für die philippinische Öffentlichkeit durchaus attraktiv. Zwar wurde er mit 39 Prozent der Stimmen in einem dreistufigen Wahlgang gewählt, erfreute sich aber während seines China-Besuchs 2016 einer Zustimmung von 92 Prozent, wenn auch seine Zustimmungsrate im letzten Viertel des genannten Jahres bei durchschnittlich 83 Prozent lag.

Dutertes Abneigung gegen die US-Militärpräsenz auf den Philippinen wird den Vereinigten Staaten den Zugang zu philippinischen Stützpunkten erschweren, sobald die Geltung des internationalen Seerechts im Südchinesischen Meer militärisch durch die USA mit abgesichert werden müsste. Zudem vermag sich China durch seine Weigerung, das Urteil des Ständigen Schiedshofs anzuerkennen, einer internationalen Untersuchung seiner Ambitionen im Südchinesischen Meer zu entziehen. Dies lässt vermuten, dass eine durch die strategische Spannung zwischen den USA und China stärker polarisierte Region letztendlich China begünstigen könnte.

Übereinkunft über das Scarborough-Riff

Während seines Besuchs in China erarbeitete Duterte eine informelle Übereinkunft zum Streit um das Scarborough-Riff. Im Gegenzug für die China eingeräumte Möglichkeit, weiterhin seine Hoheitsrechte dort zu beanspruchen, gestattete China philippinischen Fischern das Einfahren in die Fischfanggebiete um das Riff. Die Volksrepublik hat das Riff untersucht, wie sie es auch bei den Landmassen tat, die es im Gebiet der Spratly-Inseln besetzt hatte, bevor es auf ihnen sieben künstliche Inseln errichtete. Daraus lässt sich schließen, dass Chinas Übernahme des Scarborough-Riffs 2012 Teil seiner Strategie war, eher das Südchinesische Meer zu kontrollieren als die Fischereifrage zu klären.

Die Lage des umstrittenen Riffs nahe den Hochseeregionen des Bashi-Kanals in der Luzon-Straße würde es China ermöglichen, diesen sensiblen Knotenpunkt zwischen dem Südchinesischen Meer und dem westlichen Pazifik zu kontrollieren. Das Land strebt danach, den Zugang der US-Marine zum Südchinesischen Meer hier zu kontrollieren und der auf Hainan stationierten Südflotte eine sichere Passage ins westpazifische Operationsgebiet zu gewährleisten.⁷ Die Südflotte umfasst unter anderem vier jüngst in Dienst gestellte U-Boote mit ballistischen Nuklearraketen. Dieses Waffensystem ist für Ziele im Pazifik ausgelegt, von denen aus die Vereinigten Staaten durch Raketen erreichbar wären. Auch Chinas zweiter Flugzeugträger

wird nach seiner Fertigstellung in diese Flotte eingegliedert. Sollte Duterte es China ermöglichen, einen neuen Stützpunkt auf dem Scarborough-Riff zu errichten, wäre die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, die freie Schifffahrt im Südchinesischen Meer zu gewährleisten, ebenso gefährdet wie die Zukunft des philippinisch-amerikanischen Bündnisses.

Die neue Regierung Trump

Die Regierung Trump signalisierte eine deutlich auf Konfrontation ausgerichtete Position, als Außenminister Rex Tillerson in einer Abschlussanhörung vor dem Kongress verlautbarte, er könne sich vorstellen, den Zugang Chinas zu seinen künstlichen Inseln im Südchinesischen Meer zu blockieren. Seitdem waren keine derart scharfen Aussagen mehr zu vernehmen, doch es gibt glaubhafte Hinweise auf ein in Zukunft geplantes, entschiedenes Operationsprogramm zum Schutz der freien Schifffahrt, ggf. sogar in Zusammenarbeit mit anderen gleichgesinnten Staaten.

Seit dem Amtsantritt von US-Präsident Trump mehrten sich die Anzeichen einer drohenden Konfrontation im Südchinesischen Meer.

Donald Trump steht für eine neue, populistische und nationalistische Orientierung in der US-Außenpolitik, die im Gegensatz zur liberalen, auf internationale Kooperation fixierten Ausrichtung der Regierung Obama steht. Er glaubt, China stelle eine Bedrohung wichtiger US-Interessen dar, auf die man reagieren müsse, um so dem unkooperativen Kurs des Landes auf vielerlei Gebieten zu begegnen. Trumps Berater glauben, Chinas wirtschaftlicher Fortschritt gehe auf Kosten der Fertigungsindustrie, der Löhne und des Arbeitsmarktes sowie der Urheberrechte und der Handelsbilanz der Vereinigten Staaten. Sie sind ferner der Ansicht, Chinas wachsende

militärische Macht und dessen Ehrgeiz fordere die amerikanische Vorherrschaft in Asien heraus und berühre wichtige Interessen der nationalen Sicherheit. Schließlich, und im Gegensatz zu den Vorgängerregierungen seit Nixon, ist es die Auffassung der Regierung Trump, die Vereinigten Staaten müssen China keine Zugeständnisse machen, um bessere und engere Beziehungen aufbauen zu können.

Das Handeln der Vereinigten Staaten spiegelt womöglich nicht Trumps Tonfall wider, doch zeigen erste Maßnahmen, dass die neue Richtung der US-Politik unmissverständlich ist. Sie findet ihren Ausdruck in der engen Beziehung, die sich zwischen Trump und dem japanischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe entwickelt, die sich seit Trumps Wahl bereits zweimal getroffen haben, sowie der Tatsache, dass seine ersten Besuche in Übersee US-Verteidigungsminister Mattis nach Südkorea und Japan geführt haben. Im Gegensatz hierzu ist es zwischen den Vereinigten Staaten und China lediglich zu flüchtigen Briefwechseln und Telefonaten zwischen Trump und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping sowie zu einer begrenzten Fühlungnahme auf höchster Ebene gekommen. Dies lässt den Schluss zu, dass die Vereinigten Staaten ihre Beziehungen zu Japan und anderen US-Verbündeten in Asien stärker gewichten werden als das Verhältnis zu China. Zudem hatte Trump durch seine Kritik an den niedrigen Verteidigungsausgaben Südkoreas und Japans bereits in seinem Wahlkampf aufgekommene Befürchtungen zerstreut, er wolle sich von Sicherheitsverpflichtungen in Asien zurückziehen.

Trump telefonierte im Februar mit Xi Jinping, kurz bevor er Abe traf, um diesem zu versichern, er werde die „Ein-China-Politik“ seiner Vorgängerregierungen respektieren. Diese Politik stand nie im Einklang mit Chinas „Ein-China-Prinzip“. Die „Ein-China-Politik“ der USA nimmt lediglich „zur Kenntnis“, dass die Chinesen in Taiwan und China darin übereinstimmen, dass es nur ein China gäbe, besagt aber auch, dass die USA eine friedliche Beilegung dieser Frage wünschen. Diese Formulierung war von Nutzen, um Differenzen zu überspielen, die ansonsten zu einem bewaffneten Konflikt um Taiwan führen könnten.

Jedoch enthält sie keinerlei rechtlich bindenden Verpflichtungen – so wie der *Taiwan Relations Act* von 1979, der den US-Präsidenten dazu verpflichtet, sich gegen jede Gewaltanwendung bei der Lösung der Taiwanfrage zu verwahren und die Selbstverteidigungsbemühungen Taiwans bis zu einer friedlichen Lösung der Frage durch Taiwan und China zu unterstützen.

Trumps Telefonat mit Xi war somit weniger ein Zugeständnis an China als vielmehr ein pragmatischer Zug, um das Verhältnis zu China aufrechterhalten, während das politische Handeln in eine andere Richtung ging, um zu zeigen, dass Chinas Ansehen im Kalkül der US-Politik gesunken war. Der Schlüssel zur Zukunft der amerikanisch-chinesischen Beziehungen unter Trump wird das Verständnis sein, das sich aus dem ersten ernsthaften Treffen zwischen Trump und Xi Jinping ergibt.

Was kommt nach Obamas Bemühen um strategisches Gleichgewicht?

Die jüngsten Besuche von Verteidigungsminister James Mattis und Außenminister Rex Tillerson zeigen, dass das Verfolgen strategischer Interessen in Asien für die USA von unverändert hoher Bedeutung ist. Allerdings wird die Regierung Trump dabei nicht an die Politik gebunden sein, die die Asien-Strategie der Regierung Obama bestimmt hatte. Viele Aspekte des Trump'schen Konzepts müssen sich noch herauskristallisieren, jedoch wird es im Hinblick auf Methode und Ziel wahrscheinlich von größerem, eng definiertem Eigennutz und Realismus geprägt sein.

So zeigten etwa Tillersons Besuche in Tokio, Seoul und Peking Mitte März, dass die Politik der „strategischen Geduld“ Obamas im Hinblick auf die nukleare Abrüstung Nordkoreas der Vergangenheit angehört. Mit dem schnellen Einsatz der THAAD in Südkorea im März 2017 sowie der dreiwöchigen Operation eines Kampfverbands um den Flugzeugträger „USS Carl Vinson“ im Südchinesischen Meer im Februar/März 2017 signalisierte die Trump-Regierung ihren Willen, in Kooperation mit gleichgesinnten Staaten

entschlossener zu handeln als die Vorgängerregierung, um regionale Stabilität und US-amerikanische Interessen in Asien zu verteidigen.

Mit Blick auf wirtschaftliche Angelegenheiten hat Trump das transpazifische Freihandelsabkommen zu den Akten gelegt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass gezielte Maßnahmen zur Marktöffnung, einschließlich Vereinbarungen zur bilateralen und regionalen Handelsliberalisierung, nicht Teil der neuen US-Strategie in Asien sein werden. In der neuen Regierung gibt es Befürworter eines solchen Kurses. Auch der japanische Premierminister Shinzo Abe lotet derzeit mit Trump die Möglichkeit eines bilateralen Freihandelsabkommens aus, das, sollte es den schon verhandelten TPP-Bedingungen entsprechen, schnell abgeschlossen und anschließend für dritte Parteien geöffnet werden könnte – wiederum mit ähnlichen Beitrittsbedingungen wie im Zusammenhang mit TTP vereinbart. So könnte ein substanzielles, multilaterales Abkommen zur Liberalisierung des asiatischen Handels im 21. Jahrhundert unter Führung der USA und Japans nach wie vor zustande kommen. Die konkreten Aussichten eines solchen Vorhabens dürften bis zum nächsten APEC-Treffen im November 2017 an Kontur gewonnen haben.

Die Ausrichtung bilateraler Beziehungen zu China

Besorgt über Trumps zunehmende Nähe zu Japans Premierminister Shinzo Abe besuchte Staatsrat Yang Jiechi Ende Februar die USA und stattete nach Rücksprache mit Trumps Beratern auch dem Präsidenten einen Höflichkeitsbesuch ab. Dabei war Yang insofern erfolgreich, als er ein inoffizielles zweitägiges Treffen zwischen Trump und Präsident Xi Anfang April in Florida arrangieren konnte.

Im Gegenzug besuchte Außenminister Rex Tillerson auf seiner Reise nach Tokio und Seoul im März auch Peking. Hauptdiskussionspunkt war dabei Nordkoreas wachsendes Potenzial, andere Länder mit Atomwaffen bedrohen zu können. Dieser Bedrohung ist Südkorea vorläufig durch die Zustimmung entgegengetreten, mit dem THAAD ein anti-ballistisches

Raketensystem zu installieren – ein Schritt, den China entschieden ablehnt und der für Südkorea nun eine Reihe von Wirtschaftssanktionen chinesischerseits zur Folge hat.⁸

Tillerson punktete bei seinem Peking-Besuch jedenfalls insofern bei seinen Gastgebern, als er die US-chinesischen Beziehungen öffentlich mit Worten charakterisierte, die den Chinesen gefallen haben dürften. Dennoch zweifelt kaum ein Beobachter daran, dass Tillerson eben diesen Gastgebern hinter den Kulissen einen

Kurswechsel in der US-amerikanischen Asienpolitik präsentiert hat, der Peking alles andere als willkommen sein dürfte. Um ein erfolgreiches inoffizielles Treffen zwischen US-amerikanischer und chinesischer Führung zu erreichen, müsste China wahrscheinlich zusätzlich symbolische, von den Vereinten Nationen autorisierte Sanktionsmaßnahmen gegen Nordkorea verhängen, gefolgt von einem Treffen beider Akteure in Florida, wo sich in intensiven Diskussionen die zukünftige Richtung der bilateralen Beziehungen allmählich herauskristallisieren dürfte.



Twitter-Trump: Der amerikanische Präsident steht für eine in vielerlei Hinsicht neue, populistische und deutlich nationalistischere Orientierung in der US-Außenpolitik. Quelle: © Jon Woo, Reuters.

Das Wesen der strategischen Rivalität im Südchinesischen Meer

Souveränität ist ein exklusives Nullsummenkonzept staatlicher Zwangsgewalt und politischer Autorität, das dem Staat eine Sicherheitsgewähr bietet. Für China erhöht die Eingliederung des Südchinesischen Meeres unter seine Souveränität die eigene Sicherheit und stellt einen kritischen Schritt in Richtung unbestreitbarer Herrschaft in Asien dar. Souveränität im Südchinesischen Meer bedeutet, dass China rechtmäßig jeden anderen Staat ausschließen kann, auch die Vereinigten Staaten, wenn es seinem nationalen Interesse dient. Das Land hätte damit ein Druckmittel gegenüber allen anderen Staaten, die vom Zugang zum Südchinesischen Meer abhängen oder daraus Nutzen ziehen. Insofern vermag eine effektive Kontrolle dazu beizutragen, der chinesischen Marine und Handelsflotte den Zugang zum Indischen und Stillen Ozean zu sichern.

Eine strategische Rivalität zwischen China und den USA ist nicht unvermeidlich.

Der Aufstieg der chinesischen Militärmacht bedeutet nicht, dass eine strategische Rivalität mit den Vereinigten Staaten unvermeidlich ist. Sollten sich letztere und China auf Regeln einigen können, die für sie beide und alle anderen Staaten gelten, könnte die militärische Macht beider Staaten miteinander harmonisierbar sein und in diesem Sinne ihre Wirkung entfalten.

Strategische Rivalität erwächst weniger aus gleicher Leistungsfähigkeit als vielmehr aus unterschiedlichen Vorstellungen von internationaler Ordnung. Wenn Staaten grundlegend unterschiedliche internationale Regelungen anstreben, werden sie notfalls versucht sein, zur Beilegung von Differenzen militärische Macht zu entfalten und diese anzuwenden. Im Südchinesischen Meer sind divergierende Ansichten zur regionalen Führung die Wurzel strategischer Rivalität.

Die freie Schifffahrt im Südchinesischen Meer ist ein zentrales nationales Anliegen der USA. Sie und die internationale Rechtsordnung stellen Grundpfeiler des Freihandels und der liberalen Weltordnung dar, die die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut haben und heute erhalten wollen. Sollten der US-Marine der Zugang zum und das Patrouillieren im Südchinesischen Meer verwehrt werden, wären die USA nicht imstande, Sicherheit und Wohlergehen wichtiger Verbündeter wie Japan, Südkorea, die Philippinen, Australien und Thailand zu erhalten. Dies gilt darüber hinaus für jeden anderen Staat, der auf sichere und verlässliche Luft- und Seeverkehrswege im Südchinesischen Meer angewiesen ist.

Dem Bekenntnis Chinas zu freier Schifffahrt im Südchinesischen Meer folgt zeitnah der Zusatz, diese Schifffahrt müsse im Rahmen des chinesischen Souveränitätsdiktats erfolgen, d.h. in Übereinstimmung mit innerstaatlichem chinesischem Recht. Wenn die Vereinigten Staaten sagen, sie verteidigen die freie Schifffahrt, meinen sie damit jene, die durch internationale Rechtsvorschriften geregelt wird und über die unparteiische internationale Justizbehörden entscheiden. So theoretisch dieser Unterschied erscheinen mag – im Südchinesischen Meer kann er von entscheidender politischer Bedeutung sein, die nicht zuletzt Kriege zwischen Staaten auszulösen vermag.

Fazit

Das Urteil des Ständigen Schiedshofs hat gezeigt, dass Chinas Neunpunktelinie keine Rechtsgrundlage hat, die Aktionen des Landes zur Absicherung ausschließlicher wirtschaftlicher Vorrechte sowie der Bau künstlicher Inseln in den ausschließlichen Wirtschaftszonen anderer Staaten illegal sind und Chinas künstliche Inseln keine neuen Hoheits- oder auf ausschließliche Wirtschaftszonen bezogenen Rechte schaffen. Das Urteil untergräbt demnach Chinas Pochen auf Souveränität und unterstützt indirekt die Bemühungen der Vereinigten Staaten zur Verteidigung der freien Schifffahrt im Südchinesischen Meer. All dies stellt einen eindeutigen Rückschlag für China dar.



Ausblick: Die Regierung Trump verspricht auch in Asien einen neuen und entschiedeneren Ansatz im Hinblick auf die Verteidigung US-amerikanischer Interessen. [Quelle: © Aly Song, Reuters.](#)

Die Bereitschaft Duterte, sich über das Urteil des Ständigen Schiedshofs hinwegzusetzen und das strategische Bündnis mit den USA hintenanzustellen, beflügelt die chinesischen Bestrebungen, eine einseitige und gewaltsame „Nationalisierung“ des Südchinesischen Meeres voranzutreiben, in dreifacher Weise: Zum einen lenkt sie die Aufmerksamkeit vom Urteil des Ständigen Schiedshofs ab, der entschieden hat, dass das Vorgehen Chinas und die historisch-rechtlichen Argumente, auf die sich Peking zur Rechtfertigung seines Vorgehens im Südchinesischen Meer beruft, unrechtmäßig sind. Zum anderen untergräbt es die bestehenden Rechtsnormen und schwächt den politischen Willen der südostasiatischen Kläger, die sich Chinas Provokationen entgegengestellt haben.

Und schlussendlich würde es die Möglichkeiten der USA erheblich einschränken, die freie Schifffahrt im Südchinesischen Meer zu verteidigen und die Sicherheit der Philippinen zu gewährleisten, sollte Duterte es China erlauben, das Scarborough-Riff erneut zu beanspruchen und – zumal mit Blick auf die sieben schon von China errichteten künstlichen Inseln – zu militarisieren.

Die Regierung Trump verspricht einen neuen, entschiedeneren Ansatz im Hinblick auf die Verteidigung US-amerikanischer Interessen in Asien. Im Südchinesischen Meer wird dies seinen Ausdruck in einer Forcierung der Operationen zum Schutz der freien Schifffahrt sowie gemeinsamer diplomatischer Anstrengungen finden, deren Ziel es ist, gleichgesinnte Staaten zur gemeinsamen

Verteidigung einer an festen Regeln orientierten liberalen Ordnung zu bewegen – selbst wenn die Philippinen unter Duterte von ihren Bündniszusagen zurücktreten sollten. Obwohl die Tragweite jeder dieser Einzelentwicklungen für sich betrachtet auf der Hand liegt, ist deren Bedeutung im Zusammenspiel für die Zukunft des Südchinesischen Meeres nur schwer abschätzbar.

Das Urteil des Ständigen Schiedshofs und das energische Auftreten der USA könnten Anrainerstaaten und externe Akteure dazu bewegen, sich stärker für die Verteidigung der freien Schifffahrt zu engagieren.

Andere Staaten mit Ansprüchen im Südchinesischen Meer werden abwarten, wie weit Duterte bei seiner Neupositionierung zwischen China und den USA geht. Sollte sich Duterte in Chinas strategischen und wirtschaftlichen Einflussbereich begeben, werden die USA den Zugang zu den Militärbasen auf den Philippinen verlieren, was wiederum Folgen für das strategische Gleichgewicht in der Region haben würde. Sollte China seine Zusagen indes nicht einhalten, hätte Duterte den Chinesen ohne jede Gegenleistung wertvolle strategische und maritime Positionen überlassen und dabei törichterweise die USA verprellt.

Das unmissverständliche Urteil des Ständigen Schiedshofs und ein energisches Vorgehen der US-Marine könnten Anrainerstaaten und externe Akteure vom Wert eines verstärkten Engagements in der Verteidigung der freien Schifffahrt überzeugen. Dies könnte China dazu bewegen, seine Ambitionen stärker in Einklang mit internationalen Normen zu bringen – zu einem Zeitpunkt, zu dem es sich selbst als verantwortungsvolle globale Führungsmacht mit Interesse am Allgemeinwohl zu inszenieren sucht, während die USA unter Trump von der Verteidigung

multilateraler Institutionen abrücken. In der Tat bietet sich Spielraum für China, die eigenen stark nationalistisch formulierten Ansprüche noch aggressiver zu verfolgen, um seine Ziele im Südchinesischen Meer möglichst zügig zu erreichen und somit einen regionalen Showdown zu forcieren. Sollten die USA und China nicht zu einer wie auch immer gearteten strategischen Übereinkunft gelangen, wäre eben dieses Szenario die Folge. Währenddessen könnten sich andere Akteure gezwungen sehen, sich für eine Seite zu entscheiden – falls oder sobald sich eine Konfrontation abzeichnet.

David Arase, Ph.D., ist Professor für Internationale Politik am Hopkins-Nanjing Center an der Johns Hopkins University School of Advanced International Studies.

- 1 LaGrone, Sam 2016: U.S. Warship Conducts South China Sea Freedom of Navigation Operation, USNI News, 21.10.2016, in: <https://shar.es/1QgJuh> [23.02.2017].
- 2 Osborne, Samuel 2016: US aircraft carrier strike group begins patrols in South China Sea, Independent, 19.02.2017, in: <http://ind.pn/2ocaMra> [23.02.2017].
- 3 Gutierrez, Jason 2016: South China Sea dispute: US, Japan, India To Hold War Games Near Disputed South China Sea, International Business Times, 03.03.2016, in: <http://bit.ly/2njknYJ> [23.02.2017]; Satake, Tomohiko 2016: Japan and Australia ramp up defence engagement in the South China Sea, East Asia Forum, 26.04.2016, in: <https://goo.gl/mZdXTi> [23.02.2017].
- 4 Nguyen, Quoc-Thanh 2016: France Unveils Its Defense Strategy in the South China Sea and Beyond, The Diplomat, 27.09.2016, in: <http://bit.ly/2nn6Lwd> [23.02.2017]; Brunnstrom, David 2016: British fighters to overfly South China Sea; carriers in Pacific after 2020: envoy, Reuters, 02.12.2016, in: <http://reut.rs/2gF5ii4> [23.02.2017].
- 5 US-Außenministerium 2016: Limits in the Seas, No.143. China: Maritime Claims in the South China Sea, Büro für Ozeane sowie internationale Umwelt- und Wissenschaftsangelegenheiten, 05.12.2014.
- 6 Ständiger Schiedshof 2016: PCA Press Release: The South China Sea Arbitration (The Republic of the Philippines v. The People's Republic of China), Pressemitteilung, 12.07.2016, in: <http://bit.ly/2oejDc7> [23.02.2017].
- 7 Klipper, Robert 2016: Why China Might Seek to Occupy Scarborough Shoal, The Diplomat, 29.03.2016, in: <http://bit.ly/2mStZ1n> [23.02.2017].
- 8 Jian, Cai 2017: China justified to sanction South Korea, Global Times, 13.03.2017, in: <http://bit.ly/2oCJ1nY> [30.03.2017]; Mullen, Jethro 2017: China's 'unofficial' sanctions rattle South Korea, CNN Money International, 03.03.2017, in: <http://cnmmon.ie/2lHatAc> [30.03.2017].



[Auslandsinformationen \(Ai\) 3|2017, S. 46 – 57](#)

Nicht ohne Drohpotenzial – Chinas Wasser-Diplomatie

Der Mekong als Instrument der Politik

[Rabea Brauer / Frederick Kliem](#)

Wasser ist in Asien zu einem neuralgischen, nicht-traditionellen Sicherheitsthema geworden. Eine zunehmend stockende Wasserversorgung als Resultat des Dammbauprogramms der Wassermacht China bedroht die Sicherstellung der Ernährung ebenso wie die der sozioökonomischen Grundlagen. Mit seiner Macht, „den Hahn zuzudrehen“, hat das Land ein wirkungsvolles politisches Instrument in die Hand bekommen. Der Mekong verdeutlicht exemplarisch die Notwendigkeit der Region, zu einer auf Regeln beruhenden Zusammenarbeit in den das Wasser betreffenden Fragen zu kommen.

Im natürlichen Wasserkreislauf der Erde kommt Flüssen seit jeher die Rolle einer unerschöpflichen Ressource zu. Sie sind ein integraler Faktor des ökologischen und sozioökonomischen Agierens in den von ihnen versorgten Regionen und stellen oftmals das wichtigste Element der Ernährungs-, Wirtschafts-, und Energiesicherheit dar. Der vorliegende Artikel veranschaulicht am Beispiel des Mekong in Südostasien, dass die politische Wirklichkeit indes anders aussieht. Dies beginnt mit der Tatsache, dass grenzüberschreitende Ströme faktisch unter der Kontrolle desjenigen Staates stehen, der sich als Quellgebiet des betreffenden Stroms in einer geografisch vorteilhaften Lage befindet. Ziel der folgenden Ausführungen ist es, einen Einblick in die chinesischen Infrastrukturprojekte der Wasserkraftgewinnung entlang des Mekong zu geben und hierbei sowohl die ökologischen sowie sozioökonomischen als auch, dies vor allem, die geopolitischen Folgen zu beleuchten. Dies verknüpft zwei Herausforderungen – die der regionalen Kooperation in nicht-traditionellen Sicherheitsfragen in Asien und das von Hegemonialstreben geprägte Auftreten Chinas im asiatisch-pazifischen Raum.

„Whiskey wird getrunken. Um Wasser wird gekämpft.“¹ – Asiens unruhige Gewässer

Das chinesische Auftreten als aufstrebende Großmacht in der asiatisch-pazifischen Region ist zu einer der sensibelsten Herausforderungen der Regional-, wenn nicht gar der Weltpolitik

geworden. Die Art und Weise, in der China seinen Aufstieg inszeniert – sei es in revisionistischer oder in kooperativer Form hinsichtlich der derzeitigen, seit dem Ende des Kalten Kriegs bestehenden regionalen Ordnung – wird ein entscheidender Faktor bei der Frage sein, ob die Region mittelfristig in Richtung Instabilität und Konflikt abdriftet. Derzeit strebt China danach, den im Kern stabilen Status quo durch die Ausweitung der eigenen Kontrollmöglichkeiten zu seinen Gunsten zu verändern, wobei der Wasserfrage eine entscheidende Bedeutung zukommt. Wasser ist somit zum hochpolitischen Instrument geworden, zum Hauptschauplatz der sicherheitspolitischen Auseinandersetzung in Ostasien.

Wasser und China – die beiden Stichworte lenken den Blick zunächst auf das Südchinesische Meer. Doch das Problem um Asiens unruhige Gewässer ist komplexer. Auf den ersten Blick bestehen kaum Verbindungslinien zwischen Mekong und Südchinesischem Meer. Und dennoch – beide sind Teil derselben geopolitischen Strategie, geben doch beide Chinas Ambitionen zu erkennen, sich in der Region als bestimmende Macht zu etablieren und den Nachbarländern – nicht nur, aber ganz offenbar in Südostasien – die eigenen Regeln aufzuzukroyieren. Das fragwürdige chinesische Vorgehen im Südchinesischen Meer wurde in den letzten Jahren durchaus mit Aufmerksamkeit verfolgt, sind doch Pekings revisionistische Absichten hier am offenkundigsten. Individuelle Territorialansprüche, militärische Stützpunkte und Befestigungen sowie der Zugang

zu Ressourcen etwa wären zu nennen. Trotz der Rückendeckung durch die USA sowie der diplomatischen und juristischen Unterstützung weiterer Teile der internationalen Gemeinschaft haben es kleinere südostasiatische Länder nicht vermocht, sich gegen die wachsende Dominanz Chinas, dessen relativen Machtzuwachs und dessen Strategie, Nachbarstaaten in internationalen Institutionen zu entzweien, zur Wehr zu setzen.² Doch ähnlich wie im Südchinesischen Meer verfügen die von der als Drohung wahrgenommenen Wasser-Diplomatie Chinas betroffenen Länder entlang des Mekong kaum über Kapazitäten, dem „Reich der Mitte“ die Stirn zu bieten.

Die „Mutter aller Gewässer“ – einzigartiges Ökosystem und Lebensader für Millionen

Der längste Fluss Südostasiens, der Mekong, durchfließt sechs Staaten, wobei er einen Oberlauf (China und Myanmar) und einen Unterlauf (Laos, Thailand, Kambodscha und Vietnam) hat. Im tibetischen Hochland entspringend, fließt er über rund 4.500 Kilometer talabwärts durch das südliche China, bevor er in Vietnam sein Delta erreicht und ins Südchinesische Meer mündet. Hierbei passiert der Fluss fünf südostasiatische Länder und wird in beiden Einzugsgebieten aus zahlreichen Nebenflüssen gespeist.

Abb. 1: Mekong und Umgebung



Quelle: Eigene Darstellung nach Natural Earth ©.

Der Thai-Name des Flusses, Mae Nam Kong („Mutter aller Gewässer“), ist bezeichnend für die Bedeutung des Mekong. Sein Ökosystem steht im Einklang mit den Jahreszeiten und hängt wiederum von diesen ab. Die Hochwasserphase ist entscheidend für den natürlichen Wasserkreislauf sowie die Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Aktivitäten in den Unterlaufregionen. Während der Trockenzeit ist die Schneeschmelze in China für über 24 Prozent des Wasservolumens verantwortlich. Zumal während der Monsunzeit überschwemmt der Wasserlauf die Feuchtgebiete Indochinas und trägt zu einer Biodiversität bei, die allenfalls mit der des Amazonas vergleichbar ist. Trotz der jahreszeitlichen Schwankungen des Wasserspiegels stellt der Mekong eine wichtige Handelsroute mit herausragender Bedeutung für die Volkswirtschaften der Anrainerstaaten dar. Die Feuchtbiotope wiederum hängen vom Monsunzyklus ab, da sich vor allem die Wasserfauna in der Trockenzeit zwischen Seen wie dem Tonle Sap in Kambodscha entwickelt und während der Regenzeit in die nährstoffreichen Ebenen der Feuchtgebiete zurückzieht.³ Der Mekong mit seinem einzigartigen Ökosystem stellt daher eine Lebensader nicht nur für die natürliche Flora und Fauna dar, sondern auch für etwa 60 Millionen an seinen Ufern angesiedelten Menschen. Dies bedeutet, dass alle Anrainerstaaten zumindest eins verbindet – ihre Abhängigkeit von einer intakten Funktionsweise des Flusssystemes.

In Kambodscha beispielsweise trägt die Süßwasserfischerei Schätzungen zufolge mit sieben bis zwölf Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei und bildet die Grundlage für die Ernährungssicherung und Lebensmittelversorgung, wobei zwei Drittel des Eiweißverbrauchs der Bevölkerung durch Fisch gedeckt wird.⁴ Der größte See Südostasiens, der Tonle Sap, wird vom Mekong gespeist und bildet seit den Zeiten des Königreichs Angkor die Hauptfangquelle für Fisch in Kambodscha. Während der Trockenzeit wächst der See auf das Vierfache seiner Größe an, indem er Schmelzwasser aus dem tibetischen Hochland aufnimmt. Somit speist der Tonle Sap-Fluss jenen See, dessen Abfluss er eigentlich ist. Der Mekong wiederum stellt ein einzigartiges ökologisches Phänomen dar, in dessen Region der Nebenfluss somit halbjährlich die Fließrichtung wechselt. Von Menschenhand vorgenommene Eingriffe bedrohen in der Oberlaufregion des Mekong diesen hochkomplexen, lebensrelevanten ökologischen Prozess und haben ihn bereits irreversibel geschädigt.

Ein ähnliches Beispiel ist die durch den Reisanbau bestimmte Landwirtschaft Vietnams, der über 80 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche des Landes okkupiert. Das Mekong-Delta gilt dabei als die „Reisschale“ Vietnams, der mehr als die Hälfte der vietnamesischen Gesamtproduktion sicherstellt. Über 50 Prozent des inländischen Kalorienbedarfs werden durch Reis gedeckt. Darüber hinaus verdankt das Land dem Mekong-Delta ebenfalls seinen Status als fünftgrößter Reisproduzent der Welt sowie als einer der fünf größten Reisexporteure.⁵

Die Zählung der „Mutter aller Gewässer“: Staudammprojekte am Mekong

Mit nahezu 50 Prozent seines Flusslaufs durchfließt der Mekong chinesisches Hoheitsgebiet, wo der Fluss *Lancang* genannt wird. Hier steigt er vom tibetischen Hochland bis zur Provinz Yunnan über 4.000 Meter ins Tal hinab und stellt somit eine hervorragende Quelle für Wasserkraftgewinnung dar. Fließendes Wasser lässt sich mithilfe von Wasserkraftwerken über stromerzeugende Turbinen in elektrische Energie

umwandeln, wobei dem kontrollierten Ablassen von Stauseen eine unterstützende Funktion zukommt.

In den zwei vergangenen Jahrzehnten hat die chinesische Regierung entlang des Hauptstroms und der Nebenflüsse sowohl auf eigenem Territorium als auch in anderen Ländern (vorwiegend in Laos, Kambodscha und Thailand) zahlreiche großdimensionierte Wasserstaudämme entweder selbst gebaut oder finanziert. Zur Zeit der Erstellung des vorliegenden Beitrags wurden alleine auf chinesischem Gebiet entlang des Mekong acht gigantische Talsperren errichtet, mehr als 20 weitere befanden sich im Bau oder im Planungsstadium. Laos und demnächst auch Kambodscha sind im Begriff, die eigene Infrastruktur mit Blick auf die Wasserkraftnutzung deutlich auszubauen.

Nachhaltige Entwicklung als Ziel von Wasserkraftnutzung?

Die Errichtung von Staudämmen ist ein zweischneidiges Schwert. Die Gewinnung von Wasserkraft eröffnet den ärmeren Ländern Indochinas ein beträchtliches Entwicklungspotenzial, wobei die Regierungen der Länder verständlicherweise Kapital aus ihrer geografischen Lage am Flusssystem schlagen wollen. In zunehmendem Maße wird hier der Energiebedarf durch die vergleichsweise kostengünstige Wasserenergie gedeckt – mehr noch, Produktionsüberschüsse sind für den Export bestimmt. Vor allem Laos, eines der am wenigsten entwickelten Länder Asiens, sieht den Gewinn als ein Mittel zur Entwicklungsförderung und Armutsbekämpfung. Mit seiner vorteilhaften geografischen Lage und den großen, meist durch China finanzierten Wasserstaudämmen strebt Laos danach, zur „Batterie Südostasiens“ zu werden.⁶ Die auf Energieerzeugung ausgerichteten Projekte machten 2015 nahezu die Hälfte aller ausländischen Direktinvestitionen des Landes aus, wobei China als Hauptinvestor gilt.⁷

In Kambodscha investieren chinesische Staatsunternehmen, gestützt durch chinesische Finanzinstitute, in besonders hohem Maße. Hierbei profitieren sie von ihrem Ruf,

Infrastrukturprojekte auch ohne ärgerliche Verzögerungen aufgrund von Menschenrechts- und Umweltbedenken zu liefern. Wasserkraft ist eines der Hauptanlageziele, wie sich am Beispiel des gigantischen *Lower Sesan 2*-Damms zeigt. Das chinesische Staatsunternehmen *Hydro-Lancang* plant, den *Lower Sesan 2* ungeachtet erheblicher umweltbezogener Bedenken und rund 5.000 von Umsiedlung bedrohter Dorfbewohner bis 2019 fertigzustellen. Kambodschas langjähriger Staatschef Hun Sen bleibt unbeirrt und vergibt weiterhin umfangreiche Aufträge zur Infrastrukturentwicklung seines Landes nebst Grund und Boden an zahlreiche chinesische Staatsunternehmen.⁸

Wasserkraft stellt bereits jetzt den größten Posten im chinesischen Portfolio der erneuerbaren Energien dar.

Darüber hinaus wächst der Energiebedarf in Asien kontinuierlich, so auch die Nachfrage nach erneuerbarer Energie anstelle fossiler Brennstoffe. In der Erzeugung erneuerbaren Stroms ist China weltweit führend und wird diesen Vorsprung mittelfristig wohl weiter ausbauen. Wasserkraft stellt bereits jetzt den größten Posten im chinesischen Portfolio der erneuerbaren Energien dar und wird in der Gesamtenergieproduktion lediglich von der Kohlekraft übertroffen. Wenngleich Fragen nach einer dubiosen Finanzierungslage bleiben, sind Investitionen in Wasserkraft sowie eine Forcierung der Wirtschaftsentwicklung angesichts des steigenden Energiebedarfs und der offensichtlichen Auswirkungen des Klimawandels somit im Kern lobenswert.

Nicht alles läuft glatt am Mekong

Solch positive Gesichtspunkte verblassen indes angesichts der immer deutlicher werdenden Hinweise auf die negativen ökologischen und sozio-ökonomischen Auswirkungen der Staudämme am Mekong. Die Bauprojekte werfen Fragen

nach der künftigen Sicherung der Ernährungslage und dem Umweltschutz auf. Nichtregierungsorganisationen zufolge geben die großen Staudammprojekte bereits einen schädlichen Dominoeffekt zu erkennen – von Auswirkungen auf die Tierwelt sowie Veränderungen in der Wasserströmung und bei der Sedimentablagerung (etwa Tonle Sap) ist die Rede, aber auch von Küstenerosion und einer zunehmenden Versalzung landwirtschaftlicher Nutzflächen.⁹ Überraschenderweise haben sich weder Laos noch Kambodscha in nennenswerter Form darum bemüht zu eruieren, ob ihre jeweils eigenen Ansätze als nachhaltige Entwicklungsstrategien gelten können.

Neben der ökologischen ist die politische Komponente nicht minder besorgniserregend. Zu den unbeabsichtigten Folgen gehört eine wachsende Unruhe in den angrenzenden Nachbarländern, vor allem in dem flussabwärts gelegenen, besonders unter den Folgen leidenden Vietnam. Doch auch das weitere Umfeld im Verbund der Südostasiatischen Nationen (ASEAN) zeigt sich besorgt. Kambodscha und Laos sind bereits Ausführungsorgane der chinesischen Taktik eines *Divide et impera* (Teile und herrsche) in Südostasien, wobei China nicht ohne Erfolg auf eine Spaltung innerhalb des ASEAN-Verbunds hinwirkt, der danach strebt, ein gemeinsames Vorgehen der ASEAN auf regionaler Ebene zu verhindern. Seine Rolle als größter ausländischer Investor kommt Peking hierbei durchaus gelegen.¹⁰

Wie der Experte Brahma Chellaney aufzeigt, stellen die chinesischen Wasserkraftwerksprojekte sowie die Mekong-Staudämme bereits eine direkte Belastung für sowohl die Quantität als auch die Qualität der Süßwasserzufuhr in Südostasien dar.¹¹ Peking ist somit bereits in der Lage, durch die eigene Position Druck auf die flussabwärts gelegenen Anrainerstaaten auszuüben und sie sogar zu unterjochen. Bei den ASEAN-Gipfeltreffen 2012 und 2016 instrumentalisierten Kambodscha und Laos das Konsensprinzip der Regionalorganisation, indem sie die beabsichtigten Resolutionen anderer Verbundmitglieder, besonders Vietnams, zur chinesischen Aggression im



Hahn zu: Durch seine Staudämme kontrolliert China de facto die Süßwasservorräte der flussabwärts gelegenen Staaten. [Quelle: © Pring Samrang, Reuters.](#)

Südchinesischen Meer instrumentalisierten und de facto blockierten. Dies verdeutlicht, wie Peking die ohnehin zunehmend von Differenzen gezeichnete ASEAN weiter spaltet. Der konkrete Bau sowie die Finanzierung von Staudämmen in Laos und Kambodscha sind hierbei nur ein weiteres zum Einsatz kommenden Instrument aus der chinesischen Werkzeugkiste des *Divide et impera*. Diverse, strategisch bewusst platzierte Staudämme sowohl in Laos als auch in Kambodscha, wie etwa *Lower Sesan 2*, ermöglichen eine gezielte Unterbrechung der Wasserversorgung und isolieren Vietnam als ggf. präferiertes Zielgebiet.

China wirbt bislang erfolgreich für seine Wasserkraftprojekte als Mittel zur Wirtschaftsentwicklung, zur Förderung erneuerbarer Energien sowie zur Verringerung des Kohlenstoffausstoßes – ein Schritt, der durchaus zur *Belt and Road*-Initiative (BRI) des Landes passt. Gewiss ist China nicht das einzige Land,

das den natürlichen Flusslauf manipuliert. Auch Laos hat für sein eigenes Dammbauprogramm bereits Kritik hinnehmen müssen. Und Thailand hat ohne Rücksprache den Flussverlauf verändert, um die eigenen Landwirte zu unterstützen.

Die Anwendung politischen Drucks ist indes nicht der Hauptgrund für die Dammbauvorhaben. Doch ist China das Land, das eben diese Strategie nicht nur um der eigenen Wirtschaftsentwicklung willen verfolgt, sondern auch, um die eigene Fähigkeit zur Kontrolle des Wassers politisch zu nutzen. Hierbei ist Peking in der Lage, den „Hahn“ im wortwörtlichen Sinne „zuzudrehen“. In dem Maße, in dem die regionalen Spannungen auf diversen politischen Bühnen – im Südchinesischen Meer etwa – zunehmen, steigt der Wert von Laos und Kambodscha im Rahmen des von Peking orchestrierten regionalen Machtgefüges. Die Kehrseite der Medaille mag sich umso klarer zu erkennen geben, als China angesichts seiner Kontrollkapazitäten in Wasserfragen

darüber hinaus Druck auf die flussabwärts gelegenen Länder ausübt und diese als willfähriges politisches Instrument nutzt.

Vietnam – Zielscheibe der chinesischen Wasserkontrollpolitik?

Sicher – die chinesische Strategie zielt in der Gesamtheit ihrer Aspekte auf den größten Teil der Indochinesischen Halbinsel, doch im Kern ist sie vor allem in Vietnam spürbar. Der mächtige, lebenswichtige und von Menschenhand nie gezähmte Mekong fließt von China talabwärts nach Vietnam. Entscheidend für den Einfluss eines Landes über den weiteren Verlauf des Flusses ist die Frage, wie weit entfernt dieses Land von der Quelle eben dieses Flusses liegt, der es durchfließt. Vietnams geografisches Schicksal ist es, das am weitesten flussabwärts gelegene Land zu sein, in dem der Mekong in sein Mündungsdelta übergeht – einst sein Joker, heute seine Tragik. In Südvietnam zeigen sich die ökologischen und sozioökonomischen Folgen der Flussmanipulation am deutlichsten. Gerade Politiker und Diplomaten in Hanoi sind es, die das Drohpotenzial der von Peking verfolgten Wasserdiplomatie besonders fürchten und hautnah spüren. Hier ist man sich über die folgenschwere politische Verwundbarkeit sowie die Gefahr politischer Übertragungseffekte durch die chinesische Wasserkontrolle in hohem Maße bewusst. Die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen sind von tief verwurzelten, historischen Konflikten und gegenseitigem Misstrauen geprägt. In der öffentlichen Wahrnehmung bestehen tiefe antichinesische Ressentiments, die bisweilen politisch instrumentalisiert werden und dadurch die innere Stabilität gefährden. Die daraus resultierende populistisch agierende Opposition im Land zwingt Hanoi regelmäßig zu harschen Reaktionen auf internationaler Bühne, was die ohnehin schon angespannten Beziehungen weiter verkompliziert.

2016 waren Millionen Bewohner am Unterlauf des Mekong von der schlimmsten Dürre betroffen, die Südostasien im Verlauf der letzten Jahre getroffen hat. Ein bedrohlich niedriger Wasserstand des Flusses führte zu einem Mangel an

Trinkwasser. Vor allem in Vietnam hatte die eingeschränkte Wasserversorgung verheerende Folgen für den Reisanbau, zumal das nahezu wasserleere Delta durch das Südchinesische Meer versalzt wurde. Auch in Kambodscha war der niedrige Wasserstand des Mekong deutlich spürbar, als der Wasserspiegel des Tonle Sap auf den tiefsten Stand seit 50 Jahren fiel. Peking zögerte nicht, das Wetterphänomen *El Niño* verantwortlich zu machen, erklärte sich aber angesichts einer verzweifelten Anfrage aus Hanoi zur Hilfe bereit. In einem Akt scheinbaren Wohlwollens kündigte Peking an, der Wasserknappheit durch ein Öffnen des Damms des *Jinghong*-Kraftwerks begegnen zu wollen, und entließ daraufhin große Wassermengen flussabwärts.

Das chinesische Außenministerium erklärte, „China und die ihm benachbarten Mekong-Anrainerländer auf der Indochinesischen Halbinsel“ seien „befreundete Nachbarn [...], die ihre Lebensgrundlage in dem gleichen Fluss sähen“. Von daher verstünde es sich „von selbst, dass Freunde einander da helfen, wo Hilfe nötig sei“.¹² Eine alternative Lesart wäre jedoch, dass China keineswegs so selbstlos gehandelt hat, wie es zu tun vorgab. Zum einen war der Schritt der Dammöffnung für Peking mit keinerlei Kosten verbunden, zum anderen milderte er in nur geringem Maße die Auswirkungen einer ökologischen Katastrophe ab, die zumindest teilweise durch den Bau von Staudämmen durch China selbst verursacht worden war.¹³ Vor allem aber führte die auf den ersten Blick scheinbar wohlwollende Geste Hanoi vor Augen, welch starken Einfluss Peking auf die wirtschaftliche, ökologische und sozioökonomische Sicherheit Vietnams hat.

Gewiss wäre es unfair, Peking lediglich niedere Beweggründe zu unterstellen, doch die Öffnung der *Jinghong*-Schleusen demonstrierte die chinesische Macht über eine lebenswichtige, grenzüberschreitende Ressource. Und sie signalisierte sehr deutlich, in welchem Maße das wirtschaftliche und humanitäre Wohlergehen der flussabwärts gelegenen Anrainerstaaten vom Wohlwollen Chinas abhängt. Vor dem Hintergrund der durch Peking beeinflussten Spannungen innerhalb der ASEAN erhielt Vietnam



Wirtschaftsmacht China: Die angestrebte Intensivierung der ökonomischen Beziehungen rund um den Mekong wird nicht ohne Peking gehen. [Quelle: © Reuters.](#)

eine direkte Kostprobe des Einflusses, den China mittels der eigenen Wasserkontrolle auf seine Politik ausübt. Dieser Hebel dürfte wohl Teil der von Peking in allen politisch bedeutsamen Fragen der Region verfolgten strategischen Linie sein. Hier würde die Schlussfolgerung durchaus Sinn machen, dass Peking seine strategischen Ziele mittels seiner auf Drohgebärden basierten Wasserdiplomatie mit Leichtigkeit zu erreichen vermag.

Wie den Mekong verwalten?

Geht es um die Ratifizierung internationaler Abkommen, agiert Peking generell zurückhaltend. So hat es auch alle internationalen Vereinbarungen zur Wasserbewirtschaftung abgelehnt, wie etwa den VN-Vertrag von 1997.¹⁴ 1992 rief die Asiatische Entwicklungsbank (*Asian Development Bank*, ADB) die Großregion Mekong (*Greater Mekong Sub-region*, GMS) als erstes lokales Projekt zu einer umfassenden Verwaltung des Mekong ins Leben. Die GMS führte alle

sechs Anrainerstaaten mit dem Ziel einer Forcierung der Wirtschaftsbeziehungen rund um den Mekong zusammen. Aus ADB-Mitteln sollten GMS-Projekte unter Einschluss eines breiten Bündnisses aus für die sozioökonomische Entwicklung relevanten Industriezweigen ermöglicht werden. Sicherheitsbezogene und politische Fragen schafften es indes nicht auf die Tagesordnung.

Als weitere renommierte Verwaltungsbehörde ist die Mekong-Kommission (*Mekong River Commission*, MRC) zu nennen. Sie stellt das ausführende Organ eines Abkommens zwischen Vietnam, Thailand, Laos und Kambodscha dar. Trotz einiger Strukturreformen in jüngerer Zeit einschließlich diverser Maßnahmen zur Steigerung der finanziellen und operativen Effizienz¹⁵ verfügt die MRC über keinerlei Durchsetzungsbefugnisse, ist chronisch unterfinanziert und schließt China als wichtigstes Land aus. Die Stärke der Mekong-Kommission liegt in der ökologischen und sozioökonomischen Forschung,

doch angesichts ihrer strukturellen Defizite ist ihr Einfluss in der Sache selbst kaum nennenswert.¹⁶

Mit der von China vorgeschlagenen Initiative, der Lancang-Mekong-Kooperation (LMC), verlor die Mekong-Kommission in jüngster Zeit weiter an Bedeutung. Im Gegensatz hierzu umfasst die 2016 gegründete LMC alle sechs Anrainerstaaten und ist zudem mit rund 11,5 Milliarden US-Dollar für Entwicklungsprojekte finanziell gut aufgestellt. Mit der LMC hat China somit eine institutionelle Alternative lanciert und damit die unterfinanzierte MRC weiter ins politische Abseits gedrängt.

Aus chinesischer Sicht¹⁷ stellen selbstinitiierte multilaterale Regelwerke eine sinnvolle Komponente der BRI sowie eine substanzielle Ergänzung infrastruktureller Direktinvestitionen in der Region dar. Jedoch zementiert eine institutionelle Neuordnung Pekings Rolle auf der wirtschaftlichen und politischen Bühne der asiatisch-pazifischen Region. So wie die neue Asiatische Investitionsbank für Infrastruktur (*Asian Infrastructure Investment Bank*) oder der geplante chinesische Seegerichtshof zielt auch die von China initiierte LMC darauf ab, bestehende Mechanismen nicht zu ergänzen, sondern zu ersetzen.

Aus derart kritischer Sicht zeigt sich die Lancang-Mekong-Kooperation als weiteres Instrument Chinas, die etablierte regelbasierte Ordnung in der Region zu seinen Gunsten zu verändern, nicht aber durch Eigenengagement zu verstärken. Hierbei ruft das Land großzügig landesfinanzierte Institutionen und Regelungen ins Leben mit der Absicht, eher die eigenen Ordnungsvorstellungen durchzusetzen als sich bereits etablierten Ordnungssystemen unterzuordnen. Es war wohl kaum ein Zufall, dass die Öffnung der Schleusen des *Jinghong*-Staudamms kurz vor der Einberufung der LMC erfolgte. Dieser wasserdipломatische Schritt stärkte Pekings Ausgangsposition bei den Verhandlungen über neue LMC-Regelwerke hinsichtlich einer Verwaltung des Mekong erheblich. Der vietnamesische Vorsitzende der Mekong-Kommission, Dr. Pham Tuan Phan, erklärte, die

Lancang-Mekong-Kooperation sei „nur ein weiteres Regelwerk für den Mekong“, mit der es nunmehr 15 sich überlappende Mechanismen gäbe. Obleich nicht klar war, wie die Kooperation die eigene Rolle künftig sehen würde, hieß es, man wolle „die Mekong-Kommission nicht kopieren, sondern auf ihr aufbauen“. Dennoch – bereits jetzt ist offensichtlich, dass es für schon bestehende Mechanismen keinen Platz in der Lancang-Mekong-Kooperation geben und diese alleine durch ihre Finanzausstattung faktisch das machtvollste Instrument sein werde.¹⁸

Der Mekong – die „Süßwasser“-Variante des Südchinesischen Meeres

Gewiss – mit Blick auf die Konfliktlage am Mekong ist weder mit einer unmittelbar bevorstehenden Militarisierung noch mit deren Ausdehnung ins Südchinesische Meer zu rechnen. Und sie ist eine höchst eigene Form von Konflikt. Dennoch – dies versucht der vorliegende Beitrag aufzuzeigen – weist manches in beunruhigender Weise auf eine breit angelegte chinesische Strategie zu einer schrittweisen Expansion der eigenen relativen Macht, aber auch der institutionellen Hegemonie in der Region hin.

Sowohl am Mekong als auch im Südchinesischen Meer werden Chinas Ambitionen erkennbar, sich in der Region als bestimmende Macht zu etablieren.

Eine Verwaltung des Mekong ist angesichts dessen aus mindestens zwei Gründen bedeutsam. Zum einen wird die Region künftig wohl stärker durch Industrialisierung, Ressourcenverbrauch und -knappheit, Verschmutzung sowie unvorhersehbare Umweltveränderungen betroffen sein. Zum anderen stärken Dammbauprojekte am Mekong die jetzt schon asymmetrische Machtposition Chinas gegenüber seinen südostasiatischen Nachbarn in signifikanter Form. Neben

ökologischen Folgeerscheinungen stellt die Manipulation fließender Gewässer an sich bereits ein Hebelinstrument dar, das in unruhigen Zeiten nur allzu leicht zum Einsatz gelangen kann.

Chinas Plan ist durchdacht. Der Mekong ist sicher keine Bühne für militärische Zusammenstöße, sehr wohl jedoch für einen Ausbau der chinesischen Einflussphäre. Innerhalb dieser vermag die Hegemonialmacht politische Entscheidungen anderer Akteure auch ohne den Einsatz eines militärischen Drohszenarios zu beeinflussen.¹⁹ Wasserdiplomatie mit Drohpotenzial sowie Direktinvestitionen im Bereich der Wasserkraftgewinnung sind für Peking neue außenpolitische Instrumente geworden. Sie verleihen eine De facto-Vetomacht über ein Agieren des Auslands, das den Interessen Chinas zuwiderläuft, ohne auf direkte Eskalation zurückgreifen zu müssen.

Andererseits – die flussabwärts gelegenen Länder verfügen nicht ansatzweise über einen Plan. Ihrer Politik fehlen ein langfristig angelegtes Denken sowie die Machtmittel, ein solches durchzusetzen. Vor allem mangelt es an multilateraler Zusammenarbeit. Insbesondere Vietnam ist besorgt darüber, dass die chinesische Wasserinfrastruktur nicht nur sozioökonomischen und ökologischen Schaden anrichtet, sondern dass China künftig noch größeren Druck auf Südostasien auszuüben vermag, als es in der Lage ist, einzelne ASEAN-Staaten zu isolieren und unter Druck zu setzen. Zu der hohen Gefährdung der Ernährungssicherung und der Umwelt kommt somit die Macht Chinas, in Zukunft Regeln und Ordnung der Region diktieren und den institutionellen Zusammenhalt in Südostasien weiter schwächen zu können.

Bislang hat sich China kooperativ gezeigt und Wasser jeweils dann bereitgestellt, wenn es vonnöten war. Auch wurden die von China initiierten Institutionen und Investitionsinitiativen in der Region weitgehend positiv aufgenommen. Doch hat Peking dadurch einen politischen Akzent gesetzt, dass es seine Macht zu erkennen gab und die Staudammprojekte direkt mit den BRI verknüpft sowie jene Institutionen geschaffen hat, mit deren Hilfe das Land die eigenen

Spielregeln in der Region durchzusetzen beabsichtigt. Gewiss, es ist damit zu rechnen, dass es gelegentlich zu Widerspruch seitens einiger Staaten kommen wird. Angesichts der chinesischen Neigung zum Unilateralismus ist es, wie verschiedentlich auf internationalen Bühnen bereits eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wahrscheinlich, dass China mit seiner Wasserdiplomatie drohen wird, um Zugeständnisse zu erzwingen, bzw. massiven Druck auf Regierungen ausüben wird, falls es zu Divergenzen, etwa Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen Meer, kommen würde.

Institutionelle Neuordnung als Wegweiser in Richtung eines regelbasierten Verwaltungssystems

Wasserkraft ist eine kostengünstige Quelle für erneuerbare Energie, und in einer Region mit stetig steigender Nachfrage wird sie künftig die Palette der nicht-fossilen Energieträger ergänzen. Zudem kann sie einen potenziell befruchtenden Einfluss in Richtung einer Transformation für auf dem Entwicklungsweg befindliche Länder bedeuten und diese dabei unterstützen, zu Volkswirtschaften mittleren Einkommens aufzuschließen.

Der vorliegende Beitrag versuchte die Bedeutung des Mekong für die ökologische und sozioökonomische Sicherheit, aber mehr noch für die multilaterale Zusammenarbeit in Asien zu beleuchten. Selbst auf der Ebene der großen Wasserenergieprojekte besteht unter den Anrainerstaaten des Mekong keine effektive Kooperation zu Fragen rund um den Fluss. Angesichts mangelnder Kooperation von 15 sich überlappenden und zersplitterten Institutionen bedarf die Mekong-Region dringend eines Institutionengerüsts auf dem Gebiet der multilateralen Zusammenarbeit in der Wasserfrage. Und sie benötigt einen Verhaltenskodex für ein effektives, keine der Parteien diskriminierendes Dammbauprogramm.

Das Wohlergehen der Menschen steigt und fällt mit dem Wohlergehen des Mekong, was dem Fluss eine noch sensiblere Rolle zuweist als dem Südchinesischen Meer. Angesichts des Fehlens einer regelbasierten Ordnung ist die chinesische

Wasserdiplomatie mit ihrem Drohpotenzial somit ein nicht ungefährliches Instrument der Politik, dessen enge Einbindung in einen institutionellen Rahmen unerlässlich ist, auch um Auswirkungen auf andere Bereiche im diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungsgeflecht entgegenzuwirken. Nicht minder alarmierend sind die ökologischen Auswirkungen. Von daher ist für die Region ein offener Dialog aller relevanten Akteure in einer einheitlich agierenden Gruppe vonnöten.

Es gibt Anregungen, dem kaum überlebensfähig erscheinenden GMS neues Leben einzuhauchen.²⁰ Theoretisch ist dies durchaus vernünftig, gehören doch alle sechs Anrainerstaaten, im Gegensatz zur Mekong-Kommission, der GMS an, die im Übrigen von China finanziell unabhängig agiert. Jedoch sind deren Erfolgsaussichten gering, eben weil eine Unabhängigkeit von China gegeben ist. Peking wiederum würde die Lancang-Mekong-Kooperation wohl kaum ad acta legen. Wiederum theoretisch gesprochen lässt eben dies die LMC als realistischere Variante erscheinen, wobei sich umgehend – und zu Recht – Fragen nach der Gleichheit unter den Mitgliedern stellen. Um einen Erfolg der Kooperation zu sichern, müsste China seine Bereitschaft zu erkennen geben, sich als vernunftgelenktes, verantwortungsbewusstes Mitglied in die regionale Gemeinschaft einzubringen.

China kann langfristig kaum Interesse daran haben, seine Nachbarn durch Drohgebärden einzuschüchtern.

Es ist – positiv betrachtet – keineswegs unvorstellbar, dass die Region innerhalb der Lancang-Mekong-Kooperation zu einer Zusammenarbeit findet und auf ein transparentes, auf Regeln beruhendes Verwaltungsprojekt des Mekong hinarbeitet. China kann langfristig kaum Interesse daran haben, seine Nachbarn durch Drohgebärden einzuschüchtern. Mit einer aggressiven, zeitweise auf Manipulation beruhenden Vorgehensweise

in der Wasserfrage riskiert China die weitere Spaltung der Region und forciert möglicherweise gar die Bildung einer Allianz gegen seinen unausweichlich steigenden Einfluss in Asien. Vielmehr stellt eine Kooperation mit Blick auf den allen gemeinsamen Mekong innerhalb der LMC eine große Chance für China dar, die Glaubwürdigkeit des von Präsident Xi des Öfteren propagierte Rhetorik eines friedlichen Aufstiegs Chinas und der vermeintlichen „Schicksalsgemeinschaft“ in der Praxis zu untermauern.²¹

Jenseits aller geostrategischen Erwägungen liegt ein ökonomisches und ökologisches Wohlergehen der Region darüber hinaus im ureigenen Wirtschaftsinteresse Pekings, soll dem BRI der Erfolg beschieden sein. Südostasien wiederum muss seine Anstrengungen forcieren, Peking an den Verhandlungstisch zu bringen und das Land davon zu überzeugen, dass seine Rolle als verantwortungsvoller Akteur entscheidend für dessen eigenen Aufstieg ist.

In einem solchen Szenario könnte die Lancang-Mekong-Kooperation als umfassendes multilaterales *Track-1*-Forum fungieren, in dem alle Akteure gleichberechtigt eine gemeinsame Ressource verwalten. Für Peking wiederum böte sich so ein praktisches Mikromanagement-Instrument im weiteren Rahmen des BRI-Projekts. Und für die flussabwärts gelegenen Anrainer schließlich eröffnete es eine Chance, auf Regeln basiertes Vertrauen aufzubauen und Versorgungssicherheit in der Wasserfrage zu garantieren, ohne die positiven Effekte der Wasserkraftentwicklung aufs Spiel zu setzen.

Doch gibt es Spielraum auch für *Track-2*-Initiativen über die MRC, die sich der Forschung widmen, wissenschaftliche Impulse geben und den Entscheidungsprozess der Lancang-Mekong-Kooperation unterstützen sollten. Vertreter der Mekong-Kommission haben klar den Wunsch, ihre Kräfte mit denen der LMC zu bündeln, artikuliert.²² Diese könnte somit als beratendes Gremium zum Zustand des Flusses sowie zu ökologischen und sozioökonomischen Folgen des Infrastrukturausbaus, aber auch als ideengebender *Think Tank* fungieren. Dies wäre wohl

die vielversprechendste Option. Angesichts des Fehlens einer Ordnungsmacht, wie etwa der US-Marine im Südchinesischen Meer, wäre dies auch die einzige Chance für die Region, die „Mutter aller Gewässer“ auf friedliche Weise sowie auf der Grundlage von auf Gleichheit und Langfristigkeit beruhenden Regeln zu verwalten.

Rabea Brauer ist Leiterin des Teams Asien und Pazifik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Frederick Kliem ist Senior Programme Manager des Regionalprogramms Politikdialog Asien / Singapur der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 Mark Twain soll diesen Satz des Öfteren geäußert haben, wobei Uneinigkeit über den Zusammenhang besteht.
- 2 Näheres zum Konflikt im Südchinesischen Meer findet sich bei Arase, David 2017: Kommt es zum Showdown? Die Grenzstreitigkeiten im Südchinesischen Meer und das Ringen um Asiens Zukunft, in: Auslandsinformationen 1/2017, S.70-83, <http://kas.de/wf/de/33.48642> [20.09.2017].
- 3 Vgl. Campbell, Ian C. 2012: Biodiversity of the Mekong Delta, in: Renaud, Fabrice G. / Kuenzer, Claudia (Hrsg.): The Mekong Delta System, Dordrecht, S. 293.
- 4 Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen 2011: Fishery and Aquaculture Country Profiles: The Kingdom of Cambodia, in: <http://bit.ly/2hgUM1o> [19.07.2017].
- 5 Vgl. Weltbank 2017: The World Bank In Vietnam, in: <http://bit.ly/2ydkwmn> [19.07. 2017]; Ricepedia 2012: Country Profile Vietnam, in: <http://bit.ly/2xe4Jqq> [19.07. 2017].
- 6 Delauney, Guy 2010: Laos hydropower a ‚battery‘ for power-hungry region, BBC News, 10.12.2010 in: <http://bbc.in/2ycNanD> [19.07.2017].
- 7 Vgl. Laotisches Ministerium für Planung und Investitionen, Abteilung Investitionsförderung 2017: Statistics, in: <http://bit.ly/2yd1FHT> [19.07.2017].
- 8 Vgl. z. B. Shaffer, Leslie 2017: China is stepping up its game in emerging Asia as US pulls back, CNBC, 11.05.2017, in: <http://cnb.cx/2faMzeM> [19.07.2017].
- 9 Vgl. z. B. International Rivers: Mekong Mainstream Dams, in: <http://bit.ly/2fjaiNw> [19.07.2017].
- 10 Vgl. z. B. Cambodian Investment Board 2016: Investment Trends, in: <http://bit.ly/2xR6HOP> [19.07.2017].
- 11 Vgl. Chellany, Brahma 2011: Water: Asia's New Battleground, Washington D.C., S. 130.
- 12 Außenministerium der Volksrepublik China 2016: Foreign Ministry Spokesperson Lu Kang's Regular Press Conference on March 15, 2016, in: <http://bit.ly/2fzMQZ2> [19.07.2017].
- 13 Vgl. South China Morning Post 2016: Chinese dams blamed for exacerbating Southeast Asian drought, 02.04.2016, in: <http://bit.ly/2fidFnW> [19.07.2017].
- 14 Vgl. Vereinte Nationen 1997: 12. Convention on the Law of the Non-Navigational Uses of International Watercourses, 21.05.1997, in: <http://bit.ly/2ydlNtF> [19.07.2017].
- 15 Vgl. Mekong-Kommission 2016: Strategieplan 2016-2020, in: <http://bit.ly/2w75Lks> [19.07.2017].
- 16 Vgl. Myint, Tun 2012: Governing International Rivers. Polycentric Politics in the Mekong and the Rhine, Cheltenham, S. 59-66.
- 17 Vgl. z. B. Guangsheng, Lu 2016: China Seeks to Improve Mekong Sub-Regional Cooperation: Causes and Policies, RSIS Policy Report, 02/2016, Nanyang Technological University, Singapur.
- 18 Vgl. Interview mit Dr. Pham Tuan Phan (MRC CEO) am 24.05.2017 in Kuala Lumpur.
- 19 Z. B. Etzioni, Amitai 2015: Spheres of Influence: A Reconceptualization, Fletcher Forum of World Affairs 29:2.
- 20 Vgl. Haefner, Andrea 2016: Negotiating for Water Resources. Bridging Transboundary River Basins, London, S. 54.
- 21 Außenministerium der Volksrepublik China 2013: Xi Jinping: Let the Sense of Community of Common Destiny Take Deep Root in Neighbouring Countries, 25.10.2013, in: <http://bit.ly/2fidPf2> [30.07.2017].
- 22 Vgl. N. 18.



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.04.2018, S. 3](#)

Wer anderen eine Brücke baut

Friederike Böge / Hendrik Kafsack / Stephan Löwenstein /
Michael Martens / Majid Sattar

China weitet seinen Einfluss in Europa aus, durch Investitionen erzeugt das Land Abhängigkeiten. Das führt dazu, dass Kritik an Peking immer mehr verstummt – Europa hat kein Gegenmittel.

Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise, im Frühjahr 2016, besetzte eine Gruppe von Migranten im griechisch-mazedonischen Grenzgebiet die Bahngleise der wichtigsten Nord-Süd-Verbindung des Balkans. Die mazedonische Regierung hatte kurz zuvor die Grenze geschlossen. Mehr als 12 000 Menschen saßen in Idomeni fest, jenem griechischen Dorf, das einige Wochen lang im Zentrum des internationalen Medieninteresses stand. Um die Öffnung der Tore zu erzwingen, legten die protestierenden Migranten den Bahnverkehr lahm. Doch sie hatten ihre Rechnung ohne China gemacht. Denn Peking entfaltete hinter den Kulissen eine rege diplomatische Tätigkeit, um Griechenlands Ministerpräsidenten Alexis Tsipras und dessen regierendes „Bündnis der radikalen Linken“, Syriza, dazu zu bringen, die Gleise bei Idomeni räumen zu lassen. Was sich dort hinter den Kulissen zutrug, sagt viel aus über den wachsenden Einfluss Chinas in Europa. Es ist eines von vielen Beispielen dafür, wie Peking in fernen Hauptstädten wie Athen, Prag oder Zagreb seine Interessen durchsetzt – und dabei in den jeweiligen Regierungen vielfach auf vorausseilenden Gehorsam trifft.

Die Antwort auf die Frage, warum sich die Chinesen so stark für einen gesperrten Grenzübergang am Balkan interessieren, führt in den Hafen von Piräus. Dort hat im Jahr 2009 eine der wenigen griechischen Erfolgsgeschichten der vergangenen Dekade ihren Anfang genommen: Das chinesische Staatsunternehmen Cosco Pacific erwarb für 35 Jahre die Konzession für den Containerumschlag. Cosco betreibt Häfen und unterhält zudem die weltweit drittgrößte Flotte von Containerschiffen. Als das Unternehmen damals in Piräus einstieg, gehörte der Frachthafen zu den 20 größten in Europa. Inzwischen liegt Piräus auf Platz acht und wächst seit Jahren deutlich schneller als die kontinentale Konkurrenz. Während der

Containerumschlag laut dem Branchendienst „Lloyd’s List“ bei den europäischen Marktführern zuletzt um gut ein Prozent (Rotterdam), vier Prozent (Antwerpen) und ein Prozent (Hamburg) im Jahr zulegte, waren es in Athen mehr als zwölf Prozent. Lloyd’s nennt Piräus „die größte Erfolgsgeschichte im Mittelmeer“.

Die geographischen Vorteile sind offensichtlich. Piräus ist der erste große europäische Hafen nach dem Suezkanal. Bei Lieferungen, die aus Asien kommen, ist es schneller und damit billiger, Ware für weite Teile Europas von Athen aus per Zug zu transportieren, als sie bis nach Rotterdam zu verschiffen und dort erst auf die Schiene umzuladen. Der amerikanische Computerhersteller Hewlett-Packard verlagerte sein Vertriebszentrum schon 2013 von Rotterdam nach Athen. Auch asiatische oder in Asien für den europäischen Markt produzierende Unternehmen wie Samsung und Dell sind an Piräus als Drehkreuz interessiert. Doch durch die Blockade in Idomeni geriet Coscos Geschäftsmodell in Gefahr. Hewlett-Packard und andere Kunden wichen kurzfristig auf den slowenischen Hafen Koper aus. Cosco musste fürchten, dauerhaft Marktanteile zu verlieren – und handelte. Ein Gesprächspartner mit guten Verbindungen in die Villa Maximos, den Sitz des griechischen Ministerpräsidenten, will erfahren haben, dass der chinesische Botschafter direkt bei Tsipras intervenierte und eine Räumung der Blockade durch die Polizei verlangte.

Ob es wirklich nur chinesischer Druck war, der Tsipras dazu bewog, der Polizei im Mai 2016 die Räumung des improvisierten Flüchtlingslagers von Idomeni zu befehlen, lässt sich nicht belegen. Es gibt aber Vorgänge, bei denen chinesische Interventionen noch deutlich sichtbarer sind. Da ist zum Beispiel den Fall des früheren griechischen Ministers für Handel und Schifffahrt,

Theodoris Dritsas. Der hatte sich im Frühjahr 2016, unter Berufung auf die traditionelle Syriza-Linie in der Migrationspolitik, öffentlich gegen eine Zwangsräumung des Lagers ausgesprochen. Schon zuvor hatte er den Zorn der Chinesen auf sich gezogen. Unmittelbar nach der Regierungsübernahme von Syriza im Januar 2015 hatte Dritsas alle weiteren Privatisierungspläne im Hafen von Piräus und insbesondere die Vorhaben von Cosco für beendet erklärt. Selbst schon vereinbarte Investitionen werde man einfrieren. Nur wenige Tage nach dieser Äußerung, versichert die Person mit Zugang zur Villa Maximos, habe nicht nur Chinas Botschafter in Athen, sondern auch der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang sich bei Tsipras gemeldet, um dagegen zu protestieren. Am 12. Februar 2015 teilte das chinesische Außenministerium mit, dass Li Keqiang am Vortag mit Alexis Tsipras telefoniert habe. Der chinesische Ministerpräsident habe seine Hoffnung ausgedrückt, dass Athen den in Griechenland tätigen chinesischen Unternehmen künftig „bessere rechtliche Garantien“ bieten werde. Tsipras nutzte die erstbeste Kabinettsumbildung, um den Minister aus seiner Regierung zu werfen.

Athen traf auch andere Entscheidungen, die in Peking gut ankamen. So verhinderte Griechenland im vergangenen Juni eine gemeinsame Erklärung der EU zur Menschenrechtslage in China vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf. Anfangs wollte auch Ungarn die Erklärung blockieren, zog seinen Widerstand dann aber zurück, so dass am Ende allein Griechenland das Veto aufrechterhielt. Die Organisation „Human Rights Watch“ nannte es eine „Schande“, dass Griechenland die EU als „Geisel“ genommen habe, um eine kritische Erklärung zu China zu verhindern. Das griechische Außenministerium bezeichnete die europäische Kritik an China hingegen als „nicht konstruktiv“. Und ein Sprecher des Außenamts in Peking bedankte sich prompt dafür, dass Athen eine „korrekte Position“ eingenommen habe. Es war nicht das erste Mal und blieb nicht das letzte Mal, dass einzelne EU-Länder Entscheidungen blockierten, die China nicht genehm waren. Griechenland, Ungarn, Kroatien und Slowenien hatten schon 2015 eine Stellungnahme der EU zu den chinesischen Ansprüchen

im Südchinesischen Meer verwässert. Der ungarischen Staatschef Viktor Orbán weigerte sich im vergangenen Frühjahr, einen Brief der EU zu unterzeichnen, in dem Menschenrechtsverletzungen in China verurteilt wurden. Zielt Peking gar darauf ab, die Europäische Union zu spalten und „die Einheit des Westens zu schwächen“, um den internationalen Einfluss des Westens zurückzudrängen und seinen eigenen auszubauen, wie eine gemeinsame Studie des Mercator Institute for China Studies und des Global Public Policy Institute im Februar konstatierte?

In keinem Land Europas ist der Einfluss Chinas wohl so sichtbar wie in der Tschechischen Republik. Viele maßgebliche Politiker in dem Land umgeben sich offiziell mit „China-Beratern“. Der frühere Ministerpräsident Bohuslav Sobotka, der kürzlich wegen einer innerparteilichen Niederlage bei den Sozialdemokraten (CSSD) seinen Rückzug aus der Politik erklärt hat, hatte in dieser Funktion Jaroslav Tvrdík, einen früheren Armeeoffizier. Der China-Berater von Präsident Miloš Zeman war bis vor kurzem ein Chinese namens Ye Jianming. Dieser ist zugleich Gründer und Vorsitzender einer undurchsichtigen Firma namens CEFC, der in der Tschechischen Republik unter anderem maßgebliche Anteile an Verkehrsunternehmen, einer Brauerei, einem Metallverarbeiter und dem Fußball-Traditionsklub Slavia Prag gehören.

Ye Jianming ist eine schillernde Persönlichkeit, über seinen genauen Werdegang kursieren unterschiedliche Versionen. Gewiss ist, dass er einst hoch in der Gunst Pekings stand, nunmehr aber gefallen ist. Wegen eines Finanzdelikts sei er, wie es heißt, in China verhaftet worden und wurde seither in Prag nicht mehr gesehen. Jetzt hat Zeman sogar seinen Kabinettschef Vratislav Mynár nach China geschickt, um zu sehen, was los ist. Begleitet wurde Mynár vom Vizechef von CEFC. Das ist kein anderer als Jaroslav Tvrdík, der den früheren Ministerpräsidenten beraten hat. Auch der bisherige Präsdentensprecher Miroslav Sklenár wechselte im Februar zur CEFC. Es ist offensichtlich, dass die Zeit von dessen Gründer Ye als Repräsentant in Prag vorbei ist. Nicht vorbei ist die Kooperation: Noch in

diesem Jahr soll ein tschechisch-chinesisches Wirtschaftsforum stattfinden, bedeutende Investitionen stünden in Aussicht, sagte Zemans Emisär der tschechischen Nachrichtenagentur CTK.

Nicht von ungefähr ist Zeman in seiner Amtszeit bereits dreimal nach China gereist – ebenso oft wie nach Russland. Die Beziehungen des tschechischen Staatsoberhauptes in den Westen sind hingegen unterkühlt. Vor einigen Tagen traf der Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses, Paul Ryan, bei einem Besuch alle maßgeblichen Politiker, vermied es aber, in die Prager Burg zu kommen, den Amtssitz des Präsidenten. Das wurde in der heimischen Presse durchaus als Ohrfeige für Zeman gewertet.

Berater sind gut, Kontrolle ist besser. So könnten sich die Motive dafür interpretieren lassen, dass China in der Tschechischen Republik größte Spionageaktivitäten entfaltet. Der tschechische Inlandsnachrichtendienst BIS konstatierte 2015, die chinesischen Dienste seien die aktivsten im Land und arbeiteten darauf hin, „den Einfluss Chinas auf die tschechische Politik und Wirtschaft zu erweitern“. In den folgenden Jahresberichten ist sogar von noch zunehmender Intensität und Aggressivität der Operationen, einschließlich Spionage, die Rede – ohne dass dabei ins Detail gegangen würde. „In Tschechien übt China seinen Einfluss mit Geld aus“, sagt Ivana Karásková, die in der tschechischen Ideenschmiede Association for International Affairs (AMO) in Prag ein Projekt zu Chinas Einfluss leitet. Besonders konkret lässt sich dieser Einfluss im Mediensektor erkennen. So hat sich nach Auswertung der AMO die Berichterstattung über China in den Fernsehsendern TV Barrandov und Tyden während der 18 Monate, in denen ihre Muttergesellschaft Empresa Media chinesische Miteigentümer hatte, signifikant verändert – über China sei nur mehr positiv berichtet worden.

Kritik an der Volksrepublik wird hingegen überall dort wenig goutiert, wo Peking Einfluss hat. Als der tschechische Botschafter Bedrich Kopecký im vergangenen Jahr gemeinsam mit elf Diplomaten aus anderen EU-Ländern, Australien, Kanada, Japan und der Schweiz einen Brief

unterschrieb, in dem China aufgefordert wurde, die Menschenrechte besser zu beachten, traf ihn der verbale Bannstrahl des heimischen Präsidenten. So einer habe auf einem so bedeutenden Posten nichts verloren, soll Zeman laut der Zeitung „Lidové Noviny“ gesagt haben. Allerdings kann Zeman – was er in der Vergangenheit auch getan hat – nur die Bestellung neuer Botschafter blockieren, aber keine abberufen. Kopecký ist in Peking immer noch auf Posten.

Wie China in Mitteleuropa vorgeht, unterscheidet sich von Land zu Land. Das hängt auch davon ab, wie weit sich maßgebliche Mitspieler finden. „China nutzt die jeweiligen Entfremdungserscheinungen gegenüber der EU – so wie es Russland tut“, sagt Ivana Karásková vom AMO. Dabei sei China erfolgreicher darin, sich örtliche politische und wirtschaftliche Eliten geneigt zu machen als Journalisten, Akademiker und Vertreter der Zivilgesellschaft. Ein wichtiger Unterschied zu den russischen Bestrebungen: Peking gehe es nicht darum, Länder in Richtung Austritt aus der EU, der Nato oder anderen westlichen Organisationen zu drängen. Es wolle über die mitteleuropäischen Länder, in denen es Fuß fasst, seinen Einfluss auf die Positionierung dieser Organisationen geltend machen.

Als Paradebeispiel für den wachsenden chinesischen Einfluss auf die EU-Politik gilt vielen in Brüssel das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im vergangenen Juni. Deutschland und Italien drangen damals gemeinsam mit Frankreich darauf, eine starke Stellungnahme für eine bessere Kontrolle chinesischer Investitionen in der EU abzugeben. Die Europäische Kommission sollte künftig eine entscheidende Rolle bei der Kontrolle von Übernahmen europäischer Unternehmen spielen. Am Ende konnten sich die Staats- und Regierungschefs nur auf die stark verwässerte Linie einigen, dass die Kommission eine solche Option zunächst einmal prüfen solle. Die Schuldigen dafür hatte zumindest der Staatssekretär im deutschen Wirtschaftsministerium, Matthias Machnig, schnell ausgemacht. Einige Länder hätten in den vergangenen Monaten und Jahren stark von chinesischen Investitionen profitiert, sagte er nach dem Treffen. Auf diese

übe die Regierung in Peking nun Druck aus. Tatsächlich aber wurde der Vorstoß von Frankreich, Deutschland und Italien von einer breiten Koalition gestoppt. Dazu gehörten die in Handelsfragen liberalen und damit Investitionskontrollen gegenüber skeptischen Staaten aus Skandinavien sowie Großbritannien, Irland und die Niederlande – aber eben auch Länder wie Spanien, Portugal, Griechenland, Malta und die Tschechische Republik, die zuletzt alle vom Engagement Chinas profitiert haben.

Ein direkter Einfluss der chinesischen Regierung auf die Brüsseler Ratsentscheidung lässt sich kaum belegen. Fakt ist, dass die Schlussfolgerungen des Gipfels angesichts des Widerstands der liberalen Staaten wohl auch ohne chinesischen Einfluss verwässert worden wären. „Die chinesische Regierung bestimmt nicht die Politik in Athen, Prag oder Madrid“, sagt ein EU-Diplomat. „Aber natürlich haben manche Staaten nach der Finanzkrise nach wie vor großen Nachholbedarf und brauchen Investoren – und da steht China eben bereit.“ Letztlich schütze Griechenland seine Interessen genauso wie Deutschland, wenn es wie 2012 auf die Drohung aus Peking, keine Airbus-Flugzeuge mehr zu bestellen, mit der Forderung nach einer Überarbeitung der EU-Emissionsregeln für den Flugverkehr reagiere. Das bedeutet nicht, dass die wachsende ökonomische Bedeutung Chinas in Brüssel nicht mit Sorge gesehen wird. Ein ranghoher EU-Beamter sagte, die einzigen Länder, an deren Abstimmungsverhalten im Ministerrat man eine klar prochinesische Haltung festmachen könne, seien Malta und Zypern.

Zu einiger Unruhe in der Kommission hat zuletzt die Vergabe eines Auftrags für den Bau einer Brücke durch die kroatische Regierung geführt. Die zu 85 Prozent aus EU-Fördermitteln finanzierte Brücke soll den südlichsten Teil Kroatiens und Dubrovnik mit dem übrigen kroatischen Festland verbinden. Den Zuschlag für den Bau erhielt nicht etwa ein europäischer Konzern, sondern ein Unternehmen aus China – ein Novum für ein überwiegend mit Hilfe von EU-Geld finanziertes Projekt. Die Kommission hätte es lieber gesehen, wenn der Auftrag nicht nach China gegangen

wäre, heißt es dort. Natürlich sei letztlich der Mitgliedstaat verantwortlich für die Auswahl. Die Kommission differenziere auch nicht zwischen Unternehmen aus der EU und Drittstaaten. Die EU-Regeln enthielten aber nicht ohne Grund Vorkehrungen, um sicherzustellen, dass ungewöhnlich niedrige Angebote zurückgewiesen werden könnten. Tatsächlich gab das chinesische Unternehmen ein Angebot für 279 Millionen Euro ab. Das nächsthöhere Angebot der österreichischen Strabag lag mit 351 Millionen Euro klar darüber.

Stichwort Österreich. Das Land, das sich gerne als „Brücke“ zwischen den westlichen und den östlichen EU-Staaten sieht, will ebenfalls am großen chinesischen Kuchen „mitnaschen“, wie es die heimischen Wiener Blätter charmant bezeichnen. Derzeit reisen Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzler Sebastian Kurz mit vier Ministern sowie zahlreichen Unternehmern und Wirtschaftsverbandsführern im Gefolge – insgesamt 200 Personen – durch China. Die Mitte-rechts-Regierung unter Kurz strebt laut Regierungsprogramm ausdrücklich die Teilnahme am „Seidenstraßen“-Projekt an, was in Peking von Staatschef Xi wohlwollend aufgenommen wurde. Mit dem Projekt will Peking weltweit massiv in die Infrastruktur ausgewählter Länder investieren.

Es gibt durchaus Sorgen in Brüssel angesichts des wachsenden Einflusses Chinas. Aber gibt es auch eine Strategie, wie sich die EU dazu verhalten soll? Die kroatische Brücke ist aus Brüsseler Sicht eines der derzeit wichtigsten EU-Verkehrsjektprojekte. China aber veranschlagt sie als Teil seiner Seidenstraßen-Initiative, die der frühere deutsche Außenminister Sigmar Gabriel als Versuch beschrieben hat, ein „umfassendes System zur Prägung der Welt im chinesischen Interesse“ zu etablieren. Es gehe nicht nur um eine wirtschaftliche Dimension, sondern um eine umfassende Systemalternative zum westlichen Modell. Peking sei das einzige Land mit einer wirklich globalen geostrategischen Idee. Weiter hatte Gabriel gesagt: „Uns ist vorzuwerfen, dass wir als Westen über keine Strategie verfügen, um eine Balance der weltweiten Interessen zu finden, die auf Ausgleich und gemeinsamen Mehrwert setzt

und nicht auf das Nullsummenspiel einseitiger Interessenausübung.“ Angela Merkel, obschon ein in Peking gerngesehener Partner, bleibt nur, China zu Teilhabe zu bewegen – wirtschaftlich durch Öffnung großer Infrastrukturprojekte für deutsche Investoren und politisch durch Verpflichtung des Landes zu internationalen Abkommen. Freilich ist der Erfolg bislang überschaubar. Derzeit kommt das Dilemma hinzu, dass der mittel- und langfristige Rivale China heißen mag, aktuell ist es aber das Amerika Donald Trumps. In der handelspolitischen Auseinandersetzung mit ihm ist Berlin mehr denn je auf Peking angewiesen – so wie auf seine Weise auch Griechenland.

Friederike Böge ist Politische Korrespondentin der F.A.Z. für Ostasien.

Hendrik Kafsack ist Wirtschaftskorrespondent der F.A.Z. in Brüssel.

Stephan Löwenstein ist Politischer Korrespondent der F.A.Z. für Österreich und Ungarn mit Sitz in Wien.

Michael Martens ist Korrespondent der F.A.Z. für südosteuropäische Länder mit Sitz in Athen.

Majid Sattar ist Politischer Korrespondent der F.A.Z. für Nordamerika mit Sitz in Washington.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



[Auslandsinformationen \(Ai\) 2|2018, S. 37 – 49](#)

Weitere Bühne im Wettstreit der Großmächte?

Wie China, Indien und die USA im
Indischen Ozean um Einfluss ringen

[Peter Rimmele / Philipp Huchel](#)

Weil seine geopolitische und geökonomische Bedeutung immer weiter zunimmt, droht der Indische Ozean zu einer weiteren Bühne der Rivalitäten zwischen den Großmächten Indien, USA und China zu werden. Neben dem Pazifik ist der Indische Ozean damit auch möglicher Schauplatz eines potenziellen Konfliktes zwischen alten und neuen Großmächten. Doch auch die Europäische Union und besonders Deutschland sollten sich stärker für ihre Interessen im Indischen Ozean einsetzen.

Während zur Zeit des Kalten Krieges vor allem der Atlantik und Pazifik als entscheidende Räume der geopolitischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Großmächten USA und Sowjetunion galten, ist im 21. Jahrhundert mit dem (Wieder-)Aufstieg Asiens, insbesondere Chinas und Indiens, ein wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Bedeutungszuwachs des Indischen Ozeans einhergegangen. Für einige Beobachter gilt der Indische Ozean als wichtigstes Weltmeer des 21. Jahrhunderts, als „Center Stage for the Twenty-first Century“¹. Das dem ehemaligen amerikanischen Admiral Alfred Thayer Mahan zugeschriebene Zitat „Whoever controls the Indian Ocean dominates Asia. [...] In the twenty-first century, the destiny of the world will be decided on its waters“² scheint auf den ersten Blick die Relevanz des Indischen Ozeans zu überschätzen. Diese Aussage trägt jedoch durchaus der wachsenden geökonomischen und geopolitischen Bedeutung Rechnung und hat das strategische Denken von Entscheidungsträgern in China und Indien geprägt.³

Seine besondere geopolitische Bedeutung erlangt der Indische Ozean durch seine Rolle als Transitzone für die Handelsströme der Weltwirtschaft sowie durch seine schmalen, leicht zu kontrollierenden Zugänge. Diese maritimen Nadelöhre sind nicht nur bedeutend für den Handel, sie sind auch kritische Punkte für die globale Energiesicherheit. Die zwei wichtigsten „maritime oil chokepoints“⁴ befinden sich im Indischen Ozean: die Straße von Hormuz und die Straße

von Malakka, durch die 2015 täglich 17 Millionen Barrel bzw. 15,5 Millionen Barrel Öl transportiert wurden, was einem Anteil von 30 bzw. 26 Prozent des weltweiten Handels mit Öl auf dem Seeweg entspricht.⁵ Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung des Indischen Ozeans werden gleichzeitig immer mehr Akteure in der Region aktiv. So hat der sprunghafte Anstieg von Piraterie vor der Küste Somalias ab 2005 gezeigt, wie verletzlich der internationale Seehandel ist, und eine Vielzahl von Nationen dazu bewegt, sich militärisch in der Region zu engagieren. Auch Deutschland hat sich seit 2008 an der Anti-Piraterie-*Operation Atalanta* zum Schutz der freien Seefahrt vor der Küste Somalias beteiligt. In den letzten Jahren ist vor allem China in der Region wirtschaftlich aktiver geworden und hat in jüngster Vergangenheit wohl auch zum Schutz von Investitionen und Interessen seine militärischen Aktivitäten deutlich ausgeweitet. In Indien wird dies als zunehmende Bedrohung eigener Interessen wahrgenommen, was zu einem Ausbau der wirtschaftlichen und militärischen Aktivitäten Indiens sowie einer verstärkten Zusammenarbeit mit anderen Staaten geführt hat. Und auch andere Staaten, wie beispielsweise die USA, Japan, Australien und Frankreich, wollen ihr Engagement angesichts zukünftiger Rivalitäten zwischen den Großmächten ausweiten oder haben dies bereits getan.

Der Indische Ozean ist für Deutschland aufgrund seiner exportorientierten Wirtschaft von enormer Bedeutung, da das Land auf einen freien

Seehandel und den ungehinderten Zugang zu den Absatz- und Rohstoffmärkten in Asien angewiesen ist. Die zunehmende Rivalität im Indischen Ozean zwischen den aktiver werdenden Großmächten in dieser Region bedroht die maritime Sicherheit und damit Deutschlands wirtschaftliches und sicherheitspolitisches Interesse an der Aufrechterhaltung maritimer Versorgungswege. So hielt auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei seinem Staatsbesuch in Indien im März 2018 in einem Interview fest, dass Deutschland „als global agierende Handelsmacht [...] ein überragendes Interesse an Frieden und Stabilität [...], immer stärker auch für einen offenen, sicheren Indischen Ozean“⁶ hat. Die strategische Priorität Deutschlands sollte es daher sein, sicherheitspolitische Kooperationen mit Partnerländern in der Region auszubauen und, wie im „Weißbuch zur Sicherheitspolitik“ von 2016 festgehalten, für den Aufbau und die Weiterentwicklung „ordnungsstiftender Vereinbarungen und Institutionen“⁷ im Indischen Ozean zu sorgen und sich auch aktiv an deren Aufrechterhaltung zu beteiligen. Während die geostrategische Bedeutung des Indischen Ozeans immer weiter zunimmt und dieser neben dem Pazifik immer mehr zur Bühne von Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten zu werden droht, sind demnach etablierte Institutionen zur Konfliktvermeidung von immenser Bedeutung.

70 Prozent des weltweiten Handels mit Öl passieren die Seewege des Indischen Ozeans.

Wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Indischen Ozeans

Die wirtschaftliche Bedeutung des Indischen Ozeans wird in den kommenden Jahren weiter anwachsen, obwohl dieser bereits jetzt als „the world’s preeminent energy and trade interstate seaway“⁸ gilt. Gegenwärtig passieren etwa 50 Prozent des weltweiten Containerverkehrs und 70 Prozent des weltweiten Handels mit

Öl die Seewege des Indischen Ozeans.⁹ Knapp 30 Prozent des weltweiten Handelsgeschäfts werden in dessen Häfen abgewickelt.¹⁰ Die hohen wirtschaftlichen Wachstumszahlen in den Anrainerstaaten – exemplarisch dafür steht das voraussichtliche Wachstum Indiens 2018 mit 7,4 Prozent – deuten darauf hin, dass die Bedeutung des Handels in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter zunehmen wird.¹¹ Insbesondere Indien ist auf den Handel über den Ozean angewiesen, da es aufgrund seiner geografischen Lage mit dem blockierten Zugang in Richtung Westen durch Pakistan und den Himalaya im Norden davon abhängig ist, 80 Prozent seines Öls über den Indischen Ozean zu importieren und 95 Prozent seines Handelsvolumens ebenfalls über diesen Seeweg zu verschiffen.¹² Mit Blick auf den Handel zwischen den Anrainerstaaten wird jedoch auch deutlich, dass dieser lediglich 20 Prozent der Handelsaktivitäten im Indischen Ozean ausmacht und dass für Länder außerhalb dieser Region, insbesondere für Europa sowie die ostasiatischen und pazifischen Staaten, der Indische Ozean von enormer Bedeutung für ihre Handelsbeziehungen ist. Demnach werden Handelsabkommen, beispielsweise das der EU mit Japan und Südkorea oder das geplante Abkommen zwischen der EU und Indien, diese Hauptschlagader des Welthandels zukünftig weiter anschwellen lassen.

Auch für die Energiesicherheit spielt der Indische Ozean eine enorme Rolle. Durch die Straße von Hormuz, die den Persischen Golf mit diesem verbindet, fließen täglich nicht nur knapp 30 Prozent des weltweiten Seehandels mit Öl, sondern ebenfalls 30 Prozent des auf dem Seeweg gehandelten Flüssiggases. 80 Prozent davon gehen in die asiatischen Märkte, wobei China, Japan, Indien, Südkorea und Singapur die größten Abnehmer sind. Die Straße von Malakka, gelegen zwischen Indonesien, Malaysia und Singapur, verbindet den Indischen Ozean mit dem Südchinesischen Meer und dem Pazifischen Ozean. Für China stellt diese das wohl wichtigste Nadelöhr dar, da rund 80 Prozent der chinesischen Erdölimporte durch die Straße von Malakka transportiert werden.¹³ Doch nicht nur für China ist diese Verbindung von enormer Bedeutung, sondern für

eine Vielzahl von Ländern, da rund die Hälfte der weltweit operierenden Schiffe einen Umweg nehmen müssten, sollte die Straße von Malakka gesperrt sein.¹⁴ Dass die Bedeutung der Straßen von Hormuz und Malakka eher zu- als abnehmen wird, ist auch dem wachsenden Energiebedarf Chinas und Indiens geschuldet. Um das Jahr 2030 wird China die USA als weltgrößten Ölverbraucher wahrscheinlich überholen. Und für Indien gilt, dass sein Ölverbrauch ab 2025 stärker als der Chinas wachsen wird.¹⁵

Der Indische Ozean verfügt über große Fischbestände und Bodenschätze.

Neben seiner hohen Bedeutung als Transitzone für Handelsüter und Energieträger verfügt der Indische Ozean auch über große Fischbestände und Bodenschätze. Zwischen 1950 und 2010 hat sich der Fischertrag mit 11,5 Millionen Tonnen mehr als verdreizehnfach und die Aquakultur in der Region ist seit 1980 um das Zwölfwache gewachsen. Zwar sind die küstennahen Regionen größtenteils überfischt, jedoch sind vor allem in der Tiefsee noch große Fischbestände vorhanden. Außerdem sind beträchtliche Mineralressourcen auf dem Meeresboden zu finden. Neben Manganknollen, die Nickel, Kobalt und Eisen enthalten, sind im Indischen Ozean auch Sulfidablagerungen vorhanden, die Kupfer, Eisen, Zink, Silber und Gold beinhalten. Auch verschiedene Seltene Erden sind im Indischen Ozean vorhanden, selbst wenn deren Gewinnung heute noch nicht kommerziell durchführbar ist.¹⁶ Unter anderem sind China und Indien bei der Erkundung und Ausbeutung dieser Ressourcen aktiv und auch Deutschland führt seit 2015 Erkundungen von Sulfidvorkommen im südwestlichen Teil des Indischen Ozeans durch.¹⁷

Zunehmende geökonomische Konkurrenz durch Konnektivitätsinitiativen

Vor allem die Etablierung von Initiativen für eine verbesserte Konnektivität in der Region

des Indischen Ozeans verändert das wirtschaftliche und politische Gesamtbild der Region derzeit nachhaltig. Die Nutzung des wirtschaftlichen Potenzials, die Beseitigung des bisherigen Mangels an Infrastrukturinvestitionen, eine stärkere ökonomische Integration und der Gewinn an Einfluss sind Ziele dieser Initiativen. Die Hauptakteure sind dabei China und Indien, was zu einem verstärkten geökonomischen Wettbewerb zwischen den beiden Ländern geführt hat.

Die Maritime Seidenstraße Chinas

Die derzeit wohl bedeutendste Konnektivitätsinitiative wurde 2013 von China ins Leben gerufen. Die sogenannte Maritime Seidenstraße ist eine Entwicklungsstrategie zur Förderung der Infrastrukturkonnektivität in Südostasien, Ozeanien, dem Indischen Ozean und Ostafrika zugunsten chinesischer Interessen. Diese ist die maritime Komponente der *Belt and Road Initiative* (BRI), welche sich in ihrer anderen Komponente an Land auf die Infrastrukturentwicklung in Zentralasien in Richtung Europa konzentriert. Dabei überlappen sich wirtschaftliche und strategische Interessen Chinas. Letztlich ist das Ziel die Stärkung des eigenen Einflusses in Asien. Aus ökonomischer Perspektive erhofft sich China unter anderem eine Steigerung seines Exports, die Öffnung bestehender oder neuer Märkte, den Export chinesischer technischer Standards, eine Senkung der Transportkosten durch verbesserte Konnektivität und die Möglichkeit, Überkapazitäten zu beseitigen. Politisch und strategisch sollen unter anderem eine Anbindung der bisher wirtschaftlich schwachen chinesischen Westregionen erreicht, Versorgungswege verkürzt und die Abhängigkeit von einem Transport durch Nadelöhre, wie die Straße von Malakka, reduziert werden. Außerdem ist es der Versuch Chinas, eine stärkere Anbindung der Staaten an sich zu erreichen und eine regionale Führungsrolle zu übernehmen. Als Mittel setzt China dafür massive Investitionen sowie den Ausbau von Hafenanlagen, den Bau von Öl- und Gaspipelines sowie Infrastrukturprojekte entlang seiner maritimen Versorgungsrouten ein. Von Kritikern des Projekts wird sowohl die Frage nach

Abb. 1: Konnektivitätsinitiativen Chinas und Indiens



Quelle: Eigene Darstellung nach Center for Strategic & International Studies (CSIS), N. 18.

der Wirtschaftlichkeit derartiger Projekte aufgeworfen als auch, ob diese lediglich den geopolitischen Absichten Chinas dienen.¹⁸ Dabei steht unter anderem die Befürchtung im Raum, dass China ursprünglich für kommerzielle Zwecke geplante Anlagen auch militärisch nutzen könnte. Zusätzlich wird auch kritisiert, dass diese Großinvestitionen in der Art strukturiert sind, um diese als Hebel einzusetzen und damit Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik hoch verschuldeter Empfängerländer auszuüben.¹⁹

Wie stark sich dabei ökonomische und strategische Absichten überschneiden, wird an einer Reihe von Infrastrukturinvestitionen deutlich. Der Ausbau des Hafens von Gwadar in Pakistan ist Teil des *China-Pakistan Economic Corridor* (CPEC), der die chinesische Provinz Xinjiang mit dem Indischen Ozean verbinden soll, um damit eine bessere Anbindung der Provinz zu erreichen und deren Wirtschaft zu fördern. Gleichzeitig aber befindet sich der Hafen geografisch nahe an der Hauptversorgungslinie

für Chinas Erdölimporte aus dem Persischen Golf. Dieser kann trotz der offiziellen Verlautbarungen, lediglich einem wirtschaftlichen Zweck zu dienen, auch durch die chinesische Volksbefreiungsarmee militärisch genutzt werden, was bereits der Fall war. Auch in anderen Häfen, in die China investiert hat und angekündigt hatte, diese ausschließlich wirtschaftlich zu nutzen, folgten Besuche und Stationierungen von Kriegsschiffen und U-Booten, etwa im Hafen von Colombo oder in Dschibuti.

Im Seidenstraßen-Projekt überschneiden sich Chinas wirtschaftliche und strategische Interessen.

Die hohen Zinssätze für chinesische Kredite haben dazu geführt, dass eine Reihe von Staaten durch die Seidenstraßen-Projekte bei China hochverschuldet ist. Das Paradebeispiel wie China diese Verschuldung nutzen kann, um mehr Rechte und damit mehr Kontrolle zu erlangen, hat sich in Sri Lanka gezeigt. Dort hat die Regierung auf Drängen Chinas die Schulden in Eigentumsanteile am Hafen von Hambantota umgewandelt und diesen für 99 Jahre an China vermietet, wodurch China letztlich die komplette Kontrolle über das zuvor finanzierte Infrastrukturprojekt erhält. Ähnliche Fälle haben sich auch bei den Investitionen in den Ausbau der Hafenanlagen von Gwadar in Pakistan, Payra in Bangladesch, Kyaukphyu in Myanmar sowie auf den Malediven ereignet. Dies bestätigt letztlich die von Kritikern zuvor genannte Befürchtung, China könnte über die gewährten Kredite Druck auf die verschuldeten Staaten ausüben. Der zunehmende Druck durch China zeigt sich auch darin, dass bei der Ausschreibung von Verträgen in diesen Hafenanlagen nur chinesische Firmen berücksichtigt werden, wodurch ein freier und fairer Wettbewerb praktisch ausgeschlossen ist.²⁰

Die fragmentierte Reaktion Indiens

Indien hat versucht, den wachsenden Einfluss Chinas in seiner Nachbarschaft und im Indischen Ozean mit eigenen Konnektivitätsinitiativen zu konterkarieren und damit seinem schwindenden Einfluss entgegenzuwirken. Verglichen mit der *Belt and Road Initiative* sowie ihrer Komponente „Maritime Seidenstraße“ sind diese aber deutlich kleinformatischer, fragmentierter und eher von reaktivem Charakter.²¹ Im Wesentlichen sind diese Aktivitäten wiederaufgenommene oder ausgebauter frühere Initiativen Indiens, was auf die schwachen finanziellen Möglichkeiten des Landes, fehlende personelle Kapazitäten sowie mangelnde administrative Fähigkeiten zurückzuführen ist. Indiens Premierminister Narendra Modi hat 2015 für Indiens Agieren im Indischen Ozean das Narrativ *Security and Growth for All in the Region* (SAGAR) geprägt. Das Ziel Indiens sei es demnach, ein Klima des Vertrauens und der Transparenz zu schaffen, die Einhaltung internationaler maritimer Regeln und Normen durch alle Länder zu gewährleisten, friedliche Konfliktlösungen anzustreben und die maritime Zusammenarbeit zu steigern.²²

Konkret hat sich Indien dabei zunächst auf seine nähere Nachbarschaft konzentriert, um diese laut Weltbank am wenigsten integrierte Region der Welt stärker miteinander zu verbinden.²³ Die durch den Gegensatz zwischen Pakistan und Indien gelähmte *South Asian Association for Regional Cooperation* (SAARC) hat Indien zugunsten der *Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation* (BIMSTEC) seit 2015 weitgehend vernachlässigt. Dieser bereits seit 1997 bestehenden Organisation der Anrainerstaaten der Bucht von Bengalen wurde 2016 durch Indien wieder neues Leben eingehaucht. Sie soll vor allem dazu dienen, die Länder Indien, Bangladesch, Myanmar und Thailand ökonomisch, aber auch politisch stärker miteinander zu verbinden. Neben angestrebten Investitionen in Infrastruktur wurden zuletzt bei einem Treffen der nationalen Sicherheitsberater auch Sicherheitsfragen, insbesondere zur maritimen Sicherheit, diskutiert. Eine Aufwertung erfuhr auch die seit Anfang der 1990er Jahre





Beschränkte Mittel: Indiens Möglichkeiten, dem wachsenden chinesischen Einfluss etwas entgegenzusetzen, sind begrenzt. Quelle: © Danish Siddiqui, Reuters.

bestehende *Look East-Politik*, die Modi 2014 zu einer *Act East-Politik* aufwertete, um die Zusammenarbeit mit Ländern wie Japan sowie den Mitgliedstaaten der *Association of Southeast Asian Nations* (ASEAN) zu stärken. Zusätzlich treibt Indien innerhalb des Landes den Ausbau von Hafenanlagen voran. Im Rahmen des *Sagar Mala* Projekts will Indien sechs Megahäfen bauen und, an diese angeschlossen, spezielle Wirtschaftszonen schaffen. Zusätzlich sollen den Häfen mehr Autonomierechte gewährt werden, die den Handel erleichtern könnten.

Das derzeit wohl ambitionierteste Projekt stellt die Investition in den Hafen von Chabahar im Iran dar. Indien will hier unter Umgehung Pakistans eine Verbindung zu den Ländern

Zentralasiens, unter der Bezeichnung *India-Central Asia Transport Corridor*, sowie nach Russland, unter dem Namen *North-South Transport Corridor*, herstellen. Bisher ist jedoch lediglich eine Getreidelieferung nach Afghanistan erfolgt; weitere Erfolgsmeldungen sind ausgeblieben.²⁴ Größter Rückschlag dürfte für Indien sein, dass der Iran vor Kurzem auch China und Pakistan angeboten hat, die Hafenanlagen zu nutzen.²⁵

Eine zuvor kaum denkbare Neuerung in der indischen Außenpolitik stellt die Zusammenarbeit mit anderen Staaten bei Projekten in der südasiatischen Nachbarschaft Indiens dar. Projekte wie die Kooperation mit *United States Agency for International Development* (USAID) in Afghanistan oder die Zusammenarbeit mit den USA beim Bau

von Überlandleitungen in Nepal waren vor einigen Jahren noch nicht vorstellbar.²⁶ Weitere Projekte sind der gemeinsam mit Japan geplante Ausbau des Hafens Trincomalee in Sri Lanka sowie der ebenfalls mit Japan geplante *Asia-Africa Growth Corridor* (AAGC), der die afrikanischen Anrainerstaaten des Indischen Ozeans stärker mit den asiatischen verbinden soll. Bislang bestehen all diese Projekte jedoch nur auf dem Papier.

China ist bereit, seine Interessen im Indischen Ozean auch militärisch zu verteidigen.

Wachsende geopolitische Rivalitäten

Chinas intensiverem sicherheitspolitischen Engagement im Indischen Ozean liegt die Motivation zugrunde, seine Seeverbindungen zum Persischen Golf und damit seine Versorgung mit Öl zu schützen. Zusätzlich will es seine Investitionen in die Hafenanlagen entlang der Küste absichern, welche die geostrategische Abhängigkeit von der Straße von Malakka verringern sollen. China hat in den vergangenen Jahren nicht nur seine Streitkräfte modernisiert und seine Marinekapazitäten ausgebaut, es hat auch in seinem *Defence White Paper* aus dem Jahr 2015 festgehalten, dass es sich zudem künftig auf der offenen See und nicht nur zum Schutz der Küste engagieren will.²⁷ Bereits seit 2009 ist China im Indischen Ozean aktiv, zunächst im Golf von Aden zur Pirateriebekämpfung. Inzwischen hat es seine militärische Präsenz deutlich ausgebaut und 2016 seine erste militärische Basis außerhalb des eigenen Territoriums – auch wenn diese von chinesischer Seite lediglich als Logistikzentrum bzw. Versorgungsbasis beschrieben wird – in Dschibuti errichtet. Dies stellt eine deutliche Abkehr von der bisherigen chinesischen Politik dar, keine Truppen außerhalb des eigenen Landes zu stationieren, und zeigt klar, dass China bereit ist, seine Interessen im Indischen Ozean auch militärisch zu verteidigen. Zusätzlich hat das Land seine militärischen

Aktivitäten ausgeweitet und unter anderem Kriegsschiffe und U-Boote in Häfen nahe den maritimen Versorgungslinien andocken lassen sowie Patrouillenfahrten mit der Begründung der Pirateriebekämpfung durchgeführt. Dies nährte Befürchtungen aufseiten Indiens sowie der USA, dass Häfen, die durch China ausgebaut werden, nicht nur für kommerzielle Zwecke, sondern auch militärisch genutzt werden. Anhand des zuvor beschriebenen Agierens Chinas bei der Überschreibung des Hafens von Hambantota wird ebenfalls deutlich, dass China größere Freiheiten bei der Nutzung seiner maritimen Infrastruktur in fremden Ländern anstrebt. Das zunehmend offensive Auftreten im Südchinesischen Meer, zuletzt durch die Stationierung von Raketen auf den Spratly-Inseln, hat außerdem Befürchtungen genährt, dass zum einen ein Konflikt im Südchinesischen Meer auf den Indischen Ozean überspringen könnte und dass zum anderen China, ähnlich zu seinem Vorgehen im Südchinesischen Meer, auch offensiver im Indischen Ozean auftreten könnte.

Indien hat als Reaktion auf die wachsende chinesische militärische Präsenz, die als *String of Pearls*-Strategie, d.h. als Einkreisung durch chinesische Basen, wahrgenommen wird, sowie aufgrund seiner eigenen regionalen und globalen Ambitionen seine maritimen Kapazitäten in den letzten Jahren erheblich ausgebaut. Offiziell hat Indien seinen Aktionsradius mit der maritimen Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2015 deutlich im Indischen Ozean erweitert. Diese Ansprüche unterstützend, hat Indien durch eigene atomar betriebene Unterseeboote und den 2013 in Betrieb genommenen Flugzeugträger Vikramaditya seine maritimen Fähigkeiten ausgebaut. Derzeit befindet sich das Land im weiteren Ausbau seiner Flotte und ein weiterer Flugzeugträger, diesmal aus eigener Produktion, ist in Bau. Indien hat zusätzlich seine bilateralen Sicherheitskooperationen gestärkt. Neben dem vertraglich vereinbarten Ausbau der militärischen Zusammenarbeit mit den Inselstaaten Seychellen, Mauritius, Malediven und Komoren hat Indien in mehreren Ländern, wie zum Beispiel Madagaskar, Radarstationen zur Überwachung maritimer Aktivitäten instal-

liert.²⁸ Außerdem trafen sich im November 2017 die Regierungschefs der USA, Japans, Australiens und Indiens, um den zwischenzeitlich ausgesetzten *Quadrilateral Security Dialogue* (Quad) wiederzubeleben. War dieser aufgrund unterschiedlicher außenpolitischer Auffassungen zwischenzeitlich unterbrochen, scheint sich mittlerweile in allen Teilnehmerländern die Auffassung durchgesetzt zu haben, dass dieses sicherheitspolitische Format aufgrund der wachsenden militärischen Aktivitäten Chinas im Indischen und Pazifischen Ozean notwendig ist. Auch die militärische Kooperation mit den USA wurde seit Anfang der 2000er Jahre ausgeweitet. Dessen Höhepunkt stellt die jährliche Marineübung Malabar dar, an der sich auch Japan beteiligt. Doch Indien lehnt trotz der Konflikte mit China weiterhin eine gegen China gerichtete formale Allianz ab.

Trotz der Konflikte lehnt Indien eine gegen China gerichtete formale Allianz ab.

Neben China und Indien sind die USA der wichtigste sicherheitspolitische Akteur in der Region des Indischen Ozeans. Sie verfügen über eine Reihe von größeren Marinebasen. Im Persischen Golf, in Dschibuti sowie auf Diego Garcia sind größere Flottenverbände stationiert. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme und des zunehmend offensiveren Auftreten Chinas sind die USA bemüht, sicherheitspolitische Partner in der Region zu finden. Die durch die USA wahrgenommene Herausforderung der aktuellen globalen Ordnung durch China will Washington mit Hilfe von Bündnispartnern kontern. Auf europäischer Seite ist vor allem Frankreich aufgrund seiner Überseeterritorien im Indischen Ozean aktiv und hat zuletzt auch seine Kooperation mit Indien ausgebaut. Im März 2018 vereinbarten der französische Präsident Emmanuel Macron und Modi, dass die Nationen beider Länder künftig die Marinestützpunkte für ihre Flotten nutzen können. Deutlich hielt Macron, ohne China direkt zu

nennen, fest: „The Indian Ocean, like the Pacific Ocean, cannot become a place of hegemony“²⁹.

Wie das Zitat Macrons bereits andeutet, geht mit den wachsenden Aktivitäten insbesondere Chinas eine zunehmende verbindende Betrachtung des Indischen mit dem Pazifischen Ozean einher. Bereits im Jahr 2007 sprach der japanische Premierminister Shinzo Abe vor dem indischen Parlament von einer „confluence of the two seas“³⁰. Abe trat dafür ein, dass Japan und Indien als gleichgesinnte Demokratien Freiheit und Wohlstand in der Region des Indo-Pazifiks fördern sollten. Seine Vision war eine Region, die neben den asiatischen Staaten auch die Vereinigten Staaten und Australien umfasst, in welcher sich Menschen, Waren, Kapital und Wissen frei und ungehindert bewegen können. Die Strategie zielte darauf ab, die wirtschaftlichen Dynamiken Asiens und Afrikas zu kombinieren, und sah eine stärkere regionale Integration entlang der Küsten des Indischen und Pazifischen Ozeans durch Infrastrukturausbau und verbesserte Konnektivität vor. Gleichzeitig stellte diese Strategie ein geopolitisches Gegengewicht zu den Aktivitäten Chinas, die darauf ausgerichtet sind, sich als Seemacht zu etablieren, dar. Grundsätzlich hat der Begriff Indo-Pazifik in letzter Zeit deutlich an Relevanz gewonnen. In der neuesten nationalen Sicherheitsstrategie der USA findet sich erstmals der Begriff *Indo-Pacific* in einem offiziellen US-amerikanischen Sicherheitsdokument und dort wird diese Region als Schauplatz des Ringens zwischen einer freien und einer repressiven Weltordnung hochstilisiert: „A geopolitical competition between free and repressive visions of world order is taking place in the Indo-Pacific region.“³¹ Diese Formulierung findet sich auch in den Reden von US-Präsident Donald Trump bei seiner ersten Asien-Reise wieder, bei denen er immer wieder die Bedeutung eines „free and open Indo-Pacific“ betonte. Die Idee hinter dieser Formulierung ist, dass sich künftig die demokratischen Pazifikanrainer im Indischen Ozean und vice versa, die Anrainerstaaten des Indischen Ozeans im Pazifik, stärker im Bereich Sicherheit engagieren und für die Freiheit der Hohen See einsetzen. Dies bestätigte auch der ehemalige



US-Außenminister Rex Tillerson, als er davon sprach, die Region als „single strategic arena“³² zu betrachten. Diese neue Bezeichnung dient dazu, Chinas Aktivitäten sowohl im Indischen als auch im Pazifischen Ozean einzudämmen und die Staaten, die diese Entwicklung mit Sorgen betrachten, zu vereinen.

Die wachsenden geopolitischen Rivalitäten zeigten sich zuletzt bei der Staatskrise auf den Malediven im Februar 2018, wo China in den vergangenen Jahren durch große Investitionen in lokale Infrastruktur und Tourismus zu einem wichtigen politischen Akteur geworden ist.³³ Das Verfassungsgericht der Malediven hatte Anfang Februar unter anderem die Freilassung politischer Gefangener angeordnet und die Urteile gegen den früheren Präsidenten sowie weitere im Exil lebende Oppositionspolitiker aufgehoben. Präsident Abdulla Yameen reagierte darauf mit der Verhängung des Ausnahmezustands. Infolgedessen verlangten Oppositionspolitiker eine Intervention Indiens, um die demokratische Ordnung auf den Malediven wiederherzustellen. Indien zeigte sich jedoch zurückhaltend und ein indischer Regierungsmitarbeiter erklärte: „Wir müssen die regionale Stabilität im Blick behalten, während die Folgen einer Intervention nie absehbar sind“.³⁴ Was er damit meinte, wurde angesichts eines Artikels in der chinesischen *Global Times* deutlich. In dieser wurde Indiens Zurückhaltung gefordert und angedroht, China werde notwendige Schritte unternehmen, sollte Indien intervenieren.³⁵

Die Unsicherheit wächst aufgrund fehlender Sicherheitsmechanismen

Angesichts der zunehmenden Rivalitäten im Indischen Ozean steigt die Unsicherheit und die Gefahr einer Konfrontation scheint aufgrund fehlender Sicherheitsmechanismen zu

Spiel mit dem Feuer: Angesichts der zunehmenden Rivalität wächst auch die Gefahr einer direkten Konfrontation im Indischen Ozean.

Quelle: © Danish Siddiqui, Reuters.

wachsen. Zwar gibt es Formate wie die *Indian Ocean Rim Association* (IORA), in der fast alle Anrainerstaaten Mitglied sind. Dennoch sind deren Aktivitäten und Institutionen weitgehend davon abhängig, welches Land diese gerade führt. Auch Kooperationen im Format des *Indian Ocean Naval Symposium* (IONS), die die höchsten Militärs der Marinestreitkräfte der Anrainerstaaten und weiterer wichtiger Staaten im Indischen Ozean zusammenbringt, haben bisher nicht zu effektiven Konsultationsmechanismen geführt. Zudem drohen die im Rahmen der Anti-Piraterie-Missionen geschaffenen Institutionen und Abstimmungsmechanismen mit deren schrittweisen Auslaufen wegzufallen, obwohl sich besonders hier das gemeinsame Interesse an der Sicherung der Handelswege gezeigt hat. Weder die Relevanz des Indischen Ozeans als wichtige Transitzone für den Welthandel noch die für alle Staaten bestehende hohe Relevanz des Schutzes der eigenen Seewege haben die Staaten bisher zu der Überzeugung kommen lassen, dass sie am besten durch gemeinsame Sicherheitsanstrengungen und nicht durch Alleingänge geschützt werden können.³⁶ Besonders die Aktivitäten Chinas haben eine Atmosphäre von Unberechenbarkeit und Misstrauen im Indischen Ozean geschaffen. Chinas Strategie, mithilfe von Schuldenfallen andere Staaten zu erpressen, zivil deklarierte Hafenanlagen militärisch zu nutzen und U-Boote im Indischen Ozean unter dem Vorwand der Pirateriebekämpfung einzusetzen, obwohl diese kaum dafür geeignet sind, deutet daraufhin, dass China nicht kooperativ agieren und vor allem seine eigene Position, auch auf Kosten der Sicherheit anderer, stärken will. Sollte China diesen Weg weitergehen, wird dies zu einem wachsenden Bedrohungsgefühl führen, welches in einigen Staaten wie Indien bereits vorherrscht, und infolgedessen werden Chinas im Einzelfall undurchschaubare Handlungsmotive immer stärker als feindlich und gegen die eigenen Interessen gerichtet wahrgenommen werden. Dies wird, und erste Schritte sind bereits durch die Neuformierung von QUAD getan, zu einer Gegenkoalition der sich bedroht fühlenden Staaten führen. Auch die Hochstilierung der Rivalität seitens der USA zu einem Wettstreit zwischen repressiver und liberaler

Weltordnung deutet auf eine weitere Konflikteskalation hin. Ob China weiterhin durch seine Politik Unsicherheit schürt und letztlich Reaktionen anderer Staaten provoziert oder sich darauf besinnt, zu den Spielregeln der liberalen Weltordnung zurückzukehren, welche erst den Aufstieg Chinas ermöglicht haben, bleibt abzuwarten. Jedoch scheint diese Variante angesichts des derzeitigen chinesischen Agierens im Indischen Ozean eher unwahrscheinlich. Es ist daher im europäischen und speziell im deutschen Interesse, sich stärker für Stabilität im Indischen Ozean zu engagieren. Neben seinem stark ausgeprägten wirtschaftlichen Interesse hat Deutschland auch ein überragendes Werteinteresse, die Freiheit der Hohen See und vor allem die liberale Weltordnung aufrechtzuerhalten. Trotz der geografischen Entfernung hat Deutschland durch sein Engagement in der *Operation Atalanta* bereits bewiesen, dass es bereit ist, sich für diese Interessen auch im Indischen Ozean einzusetzen.

Peter Rimmele ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Indien.

Philipp Huchel ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Indien.

- 1 Vgl. Kaplan, Robert D. 2009: Center Stage for the 21st Century: Power Plays in the Indian Ocean, in: *Foreign Affairs* 88: 2, S.16-32, hier: S.16.
- 2 Hier zitiert nach Brewster, David 2014: *India's Ocean: The Story of India's Bid for Regional Leadership*, New York, S.34. Dass dieser Satz, oder zumindest dessen erster Teil, tatsächlich von Mahan stammt, ist eher unwahrscheinlich, da sich hierfür keine Belege in dessen Werken finden lassen.
- 3 Vgl. Holmes, James R./Yoshihara, Toshi 2005: The Influence of Mahan upon China's Maritime Strategy, in: *Comparative Strategy*, 24: 1, S.23-51, hier: S.30.
- 4 Komiss, William/Huntziger, LaVar 2011: The Economic Implications of Disruptions to Maritime Oil Chokepoints, *CNA Analysis and Solutions*, 03/2011, S.28, in: <http://bit.ly/2JgHDFC> [07.04.2018].
- 5 U.S. Energy Information Administration 2017: World Oil Transit Chokepoints, in: <http://bit.ly/2JgHDFC> [02.04.2018].
- 6 Steinmeier, Frank-Walter 2018: Interview mit The Times of India, 22.03.2018, in: <http://bit.ly/2H1cGjv> [02.04.2018].
- 7 Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.) 2016: Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin, S.50.
- 8 Vgl. Kaplan, N.1, S.20.
- 9 Vgl. ebd., S.19.
- 10 Vgl. Samaranayake, Nilanthi 2014: The Indian Ocean: A Great-Power Danger Zone?, *The National Interest*, 30.05.2014, in: <http://bit.ly/YAZFHM> [13.03.2018].
- 11 Asian Development Bank 2017: Asian Development Outlook 2017: Sustaining Development through Public-Private Partnership, Highlights, S.11, in: <http://bit.ly/2wznUaK> [22.03.2018].
- 12 Vgl. Jaishankar, Dhruva 2016: Indian Ocean region: A pivot for India's growth, *Brookings India*, 12.09.2016, in: <http://brook.gs/2lc3aRB> [06.04.2018].
- 13 Vgl. Smith, Jeff M. 2014: *Cold Peace: China-India Rivalry in the Twenty-First Century*, Lexington Books, Lanham, S.148.
- 14 Vgl. U.S. Energy Information Administration 2017, N.5.
- 15 Vgl. U.S. Energy Information Administration 2017: World Energy Outlook 2017, Summary, 16.11.2017, S.4, in: <http://bit.ly/2Jh8v8x> [07.04.2018].
- 16 Vgl. Michel, David/Fuller, Halae/Dolan, Lindsay 2012: Natural Resources in the Indian Ocean: Fisheries and Minerals, in: Michel, David/Sticklor, Russel (Hrsg.): *Indian Ocean Rising: Maritime Security and Policy Challenges*, Stimson Center, 07/2012, S.103-112, hier: S.103 ff., in: <http://bit.ly/2L74f94> [23.03.2018].
- 17 Umweltbundesamt/Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2017: Tiefseebergbau: Deutschland setzt sich für hohe Umweltstandards ein, Pressemitteilung, 20.03.2017, in: <http://bit.ly/2shz17V> [08.04.2018].
- 18 Vgl. Green, Michael J. 2018: Foreword, in: Szechenyi, Nicolas (Hrsg.): *China's Maritime Silk Road: Strategic and Economic Implications for the Indo-Pacific Region*, CSIS, 03/2018, S.1-3, hier: S.1, in: <http://bit.ly/2qcfGmL> [07.04.2018].

- 19 Eine Studie zu den Auswirkungen der Schulden: Hurley, John / Morris, Scott / Portelance, Gaylin 2018: Examining the Debt Implications of the Belt and Road Initiative from a Policy Perspective, Policy Paper 121, Center for Global Development, 03/2018, in: <http://bit.ly/2pcBM8f> [07.04.2018].
- 20 Vgl. Mohan, Garima 2017: Engaging with the Indian Ocean: Opportunities and Challenges for Germany, Global Public Policy Institute, 11/2017, in: <http://bit.ly/2sj3TFd> [07.03.2018].
- 21 Vgl. ebd., S. 27.
- 22 Vgl. The Hindu 2015: Mr. Modi's ocean view, 17.03.2015, in: <http://bit.ly/2Jg2SHz> [08.04.2018].
- 23 Weltbank: One South Asia, in: <http://bit.ly/2L4iNGi> [08.04.2018].
- 24 Vgl. Malik, Ali 2018: India Lacks a Competitive Trade Strategy for Chabahar, The Diplomat, 23.01.2018, in: <http://bit.ly/2shwieL> [06.04.2018].
- 25 Vgl. Neelakantan, Shailaja 2018: Iran says it has offered Pakistan and China participation in India's Chabahar project, The Times of India, 13.03.2018, in: <http://toi.in/qUtthZ/a24gk> [27.03.2018].
- 26 Vgl. Wagner, Christian / Tripathi, Siddharth 2018: Indiens Antwort auf die chinesische Seidenstraßeninitiative, SWP-Aktuell 1, 01/2018, S. 1, in: <http://bit.ly/2L7OPDO> [27.03.2018].
- 27 Vgl. Ministry of National Defense The People's Republic of China 2015: China's Military Strategy, 26.05.2015, in: <http://bit.ly/2IWvqCG> [27.03.2018].
- 28 Vgl. Wagner / Tripathi, N. 26, S. 3.
- 29 Zitiert nach Bagchi, Indrani 2018: India announces \$100m line of credit for defence procurement by Mauritius, The Times of India, 14.03.2018, in: http://toi.in/f_8BhZ/a24gk [27.03.2018].
- 30 Abe, Shinzo 2007: Confluence of the Two Seas (Rede), Außenministerium Japans, 22.08.2010, in: <http://bit.ly/2H3cGzI> [21.03.2018].
- 31 The White House 2017: National Security Strategy of the United States of America, 12/2017, S. 45, in: <http://bit.ly/2CzLLd7> [21.03.2018].
- 32 Zitiert nach Shepherd, Christian / Miglani, Sanjeev 2017: Indo-Pacific? Not from where China is sitting..., Reuters, 10.11.2017, in: <https://reut.rs/2AAOjHE> [22.03.2018].
- 33 Vgl. Bhandari, Amit / Jindal, Chandni 2018: The Maldives: Investments Undermine Democracy, Gateway House, 07.02.2018, in: <http://bit.ly/2kB27Ly> [04.04.2018].
- 34 Zitiert nach Murali, Krishnan / Spross, Hans 2018: China und Indien in der Malediven-Krise, Deutsche Welle, 13.02.2018, in: <http://p.dw.com/p/2sEtn> [04.04.2018].
- 35 Vgl. Jun, Ai 2018: Unauthorized military intervention in Malé must be stopped, Global Times, 12.02.2018, in: <http://bit.ly/2HdaQgZ> [04.04.2018].
- 36 Vgl. Wagner, Christian 2014: Maritime Sicherheit im Indischen Ozean, in: Jopp, Heinz Dieter (Hrsg.): Maritime Sicherheit im 21. Jahrhundert, Nomos, Baden-Baden, S. 250-261, hier: S. 261.



Quelle: © Thomas Mukoya, Reuters.

[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.07.2018, S. 2](#)

Eine goldene Gelegenheit

Friederike Böge/Thilo Thielke

Staatspräsident Xi tourt durch Afrika. Der Kontinent braucht Geld – und China ein Experimentierfeld für den globalen Führungsanspruch.

Dem Besucher aus dem Reich der Mitte war am Dienstag in Pretoria ein ehrenvoller Empfang bereitet worden. Zunächst wurden für den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping vor den „Union Buildings“, dem Sitz von Präsident und Regierung, 21 Salutschüsse abgefeuert. Dann stand zuerst die Präsidentengarde stramm und danach das versammelte Kabinett, um dem Ehrengast die Hand zu schütteln. Am Abend zuvor war Xi auf der Waterkloof-Luftwaffenbasis gelandet. Offizieller Anlass seines dritten Besuchs am Kap: der Gipfel der Brics-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Aber der chinesische Führer hatte ohnehin auf dem Kontinent zu tun und zuvor bereits dem westafrikanischen Senegal wie dem zentralafrikanischen Ruanda einen Besuch abgestattet. Nach seiner Abreise aus Johannesburg an diesem Freitag ist dann noch ein Zwischenstopp auf der Insel Mauritius geplant.

Natürlich geht es meist ums Geld, wenn Gäste aus dem Riesenreich nach Afrika kommen. In Südafrika ist das nicht anders. Seit neun Jahren in Folge ist China Südafrikas wichtigster Handelspartner. Gerade hat das Handelsvolumen 39 Milliarden Dollar erreicht, zwanzigmal so viel wie in den neunziger Jahren, als die beiden Staaten nach dem Ende der Apartheid diplomatische Beziehungen aufnahmen. Direktes chinesisches Investment hat sich in dieser Zeit verachtfacht: auf einen Wert von zehn Milliarden Dollar.

Das Land am Süzipfel Afrikas hat Geld bitter nötig, denn die einheimische Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise. Die Wirtschaftsleistung sank im zweiten Quartal dieses Jahres um 2,2 Prozent, viermal stärker als erwartet. Investoren halten sich zurück, seit die Regierung verkündet hat, weiße Farmer entschädigungslos enteignen zu wollen, und damit den Forderungen der Linksextremisten nachkommt. Man sieht das

Elend auch am Kurs des südafrikanischen Rands. Die nationale Währung hat in den vergangenen Wochen um 20 Prozent nachgegeben und damit ihren Aufwärtstrend nach der Vereidigung des neuen Staatspräsidenten Cyril Ramaphosa nahezu komplett eingebüßt.

Auf der Suche nach neuen Geldquellen blickt das Land deshalb immer häufiger gen Osten, wo man sich um die inneren Angelegenheiten der Schuldner nicht allzu sehr kümmert. „Der Staatsbesuch von Präsident Xi Jinping ist eine goldene Gelegenheit für Südafrika, die strategischen Beziehungen zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Erde weiter zu vertiefen“, jubelte folgerichtig David Monyae, einer der Direktoren des Konfuzius-Instituts der Universität Johannesburg, in der Zeitung „Cape Times“.

Der Kommentator des Wirtschaftsblatts „Business Day“ sieht das ähnlich. Auf Europa und die Vereinigten Staaten sei immer weniger Verlass, und die Brics-Staaten seien mittlerweile wichtiger als die G-7-Gruppe, in der China, Indien und Russland gar nicht vertreten seien. Zudem werde prognostiziert, „dass China noch in diesem Jahr die komplette Eurozone überflügelt“. Einige Tage zuvor habe Barack Obama in Johannesburg zwar wegen des miserablen Zustands der Menschenrechte noch vor China gewarnt, doch es gebe noch etwas Wichtigeres, so die Zeitung „Business Day“: „Pragmatismus“.

So wie es aussieht, wurden die Hoffnungen der Afrikaner nicht enttäuscht. Bereits am Dienstag verkündete Xi, sein Land werde in Südafrika Investitionen im Wert von 14,7 Milliarden Dollar tätigen. Zusätzlich soll das komplett heruntergewirtschaftete Staatsunternehmen Eskom von chinesischen Banken Kredite in Höhe von 2,8 Milliarden Dollar erhalten. Aber ob chinesisches Geld das Problem lösen kann?

Der südafrikanische Stromkonzern, der 90 Prozent aller Haushalte im Land beliefert, hatte trotz eines vorherigen Kredits der chinesischen Entwicklungsbank in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr einen Verlust von 171 Millionen Dollar gemacht. Das Unternehmen ist eigentlich bankrott und dient dem Staat seit langem als Versorgungsposten treuer Parteigänger des regierenden Afrikanischen Nationalkongresses. Es produziert mittlerweile weniger Strom als im Jahr 2008. Innerhalb von zehn Jahren stiegen die Personalkosten um 300 Prozent und die Strompreise um 350 Prozent.

Auch Transnet, ein Unternehmen, das mehrheitlich dem südafrikanischen Staat gehört und Eisenbahnen, Pipelines und Häfen betreibt, soll 300 Millionen Dollar von der „Industrial and Commercial Bank of China“ bekommen. Auch Transnet ist ein Beispiel staatlicher Misswirtschaft. Unter Ramaphosas Vorgänger als Staatspräsident, Jacob Zuma, soll das Unternehmen Aufträge an Günstlinge vergeben haben.

Aber nicht nur Afrika scheint von den sich vertiefenden Beziehungen zwischen Peking und dem Kontinent zu profitieren. Afrika ist für China nicht nur ein wichtiger Rohstofflieferant und Absatzmarkt, es ist auch ein zentrales Experimentierfeld für Chinas globalen Führungsanspruch in einer neuen Weltordnung. Dazu zählt Xi Jinpings Megaprojekt der „neuen Seidenstraße“, in dessen Rahmen China Kredite in Milliardenhöhe für Infrastruktur vergibt. Bislang hat Peking in Afrika nach eigenen Angaben mehr als 6200 Kilometer Eisenbahnschienen und mehr als 5000 Kilometer Straßen sowie den Bau mehrerer Häfen finanziert. Auf diese Weise hat sich die Volksrepublik Zugang zu Absatzmärkten und politischen Einfluss gesichert und zugleich die eigenen Überkapazitäten im Bau- und Stahlsektor exportiert. Die neuen Eisenbahnlinien in Kenia und Äthiopien gelten in Peking als Vorzeigeprojekte, auch wenn Kritiker darin eine Schuldenfalle sehen.

Mit der Förderung von Infrastrukturmaßnahmen verbindet China auch die Empfehlung des eigenen Entwicklungsmodells als Alternative

zu westlichen Demokratien. Jüngst berichteten Pekings Parteimedien über einen Nigerianer, der in einem Buch die These vertritt, sein Land solle ein Einparteiensystem nach dem Vorbild der Volksrepublik errichten. Dieser Topos, der wohl mehr noch an das heimische Publikum gerichtet ist, spielt auch in der Kommentierung der Reise Xi Jinpings eine Rolle: „Afrikanische Länder sind enttäuscht vom westlichen Modell“, schreibt der Politikwissenschaftler Wang Yiwei von der renommierten Renmin-Universität am Mittwoch in der Parteizeitung „Beijing Daily“. Das chinesische Modell habe den Ländern die Augen für „eine alternative Modernisierung“ geöffnet. Hinter diesem „Lernen voneinander“ stehe das Nachdenken über „die Schaffung einer neuen Weltordnung“.

Zuletzt war es in Peking ein wenig ruhiger um das Seidenstraßen-Projekt geworden, nachdem sich in der ganzen Welt Kritik dagegen geregt hatte. Doch nun wird als einer der Erfolge der Reise Xi Jinpings hervorgehoben, dass Senegal sich als erstes westafrikanisches Land der Initiative angeschlossen habe. Senegal, Ruanda und Südafrika, so heißt es in der Parteipresse, würden Zeugnis für die Vorteile ablegen, die „Chinas Weisheit“ der Welt bringe.

All das sind Begriffe, mit denen Staats- und Parteichef Xi Jinping den Führungsanspruch seines Landes formuliert hat. Angesichts des eskalierenden Handelskonflikts mit Amerika hatte er im Juni in einer bedeutenden außenpolitischen Strategiesitzung die Lösung ausgegeben, dass China die Beziehungen zu Entwicklungsländern weiter ausbauen müsse. Dabei profitiert Peking vom Rückzug der Vereinigten Staaten aus Afrika. Die eigenen Beziehungen zu den „natürlichen Partnern“ (Xi) auf dem Kontinent kleidet China in antikoloniale Rhetorik. Im Gegensatz zu westlichen Geldgebern verlangt es von den Regierungen keine Rechenschaft über Bürgerbeteiligung und Anti-Korruptions-Maßnahmen. Ruandas Präsident Paul Kagame sprach Xi Jinping dafür seinen Dank aus: China behandle Afrika „als einen Gleichen“. Prompt wurde auch der Zwergstaat am Kivusee reichlich bedacht. Allein

15 bilaterale Vereinbarungen unterzeichnete Xi am Montag in Kigali. Es ging um Visaerleichterungen, Kooperationen in der zivilen Luftfahrt und Kredite für Straßenbau, die Renovierung von Krankenhäusern und die Entwicklung des neuen Flughafens Bugesera.

Auch militärisch hat China sein dortiges Engagement stetig verstärkt, schon um die eigenen Investitionen und die mehr als eine Million Chinesen auf dem Kontinent im Konfliktfall schützen zu können. Im vergangenen Jahr hat China in Djibouti seine erste Militärbasis außerhalb des eigenen Landes eröffnet. Im Juni versprach Peking beim ersten „China-Afrika-Verteidigungs- und Sicherheitsforum“ umfangreiche Militärhilfe für afrikanische Armeen – ohne allerdings Details zu nennen. Zudem versehen mehr als 2000 chinesische Soldaten in Afrika im Rahmen von UN-Friedensmissionen ihren Dienst.

Unter Xi Jinping hat das Land auch seine Bemühungen verstärkt, die öffentliche Meinung über die Einparteiendiktatur zu beeinflussen – nicht zuletzt in Afrika, wo chinesische Medien und Austauschprogramme für Journalisten für einen „pragmatischen“, sprich unkritischen Journalismus werben. Dahinter steht Xi Jinpings Idee, die Diskursmacht westlicher Medien in der Welt zu brechen. Auch afrikanische Parteifunktionäre, Regierungsmitarbeiter und Studenten werden in großer Zahl nach China eingeladen, um ihnen Pekings Weltsicht nahezubringen. Inzwischen stellen Afrikaner rund ein Viertel der Auslandsstudenten in China.

Der überschwängliche Empfang, der Xi Jinping in Ruanda, Südafrika und in Senegal bereitet wurde, dürfte für ihn eine willkommene Ablenkung von den Sorgen zu Hause gewesen sein. Denn wegen des Handelskonflikts mit den Vereinigten Staaten steht er auch innenpolitisch stark unter Druck. Inhaltlich setzte der Präsident auf seiner Reise kaum neue Akzente. Das liegt wohl daran, dass im September der China-Afrika-Gipfel in Peking ansteht, einer der Höhepunkte des diesjährigen diplomatischen Kalenders. Im Beisein von 50 afrikanischen Führern will Xi Jinping dann

neue Kredite und Finanzzusagen in Milliardenhöhe verkünden und eine neue Afrika-Strategie präsentieren.

Friederike Böge ist Politische Korrespondentin der F.A.Z. für Ostasien.

Thilo Thielke ist Berichterstatter der F.A.Z. für Afrika mit Sitz in Kapstadt.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



Quelle: © Christopher Herwig, Reuters.

[Auslandsinformationen \(Ai\) 2|2018, S. 88 – 99](#)

Vom Tand zu den Werten

Chinas Engagement in Afrika hat auch
eine weltanschauliche Dimension

Christoph Plate

Chinas Engagement in Afrika hat begeisterte Anhänger wie vehemente Kritiker. Gibt es einen Masterplan aus Peking, um sich den afrikanischen Kontinent untertan zu machen? In jedem Fall ist Afrika Teil einer chinesischen Globalstrategie, in der Desinformation und Propaganda so wichtig scheinen wie Handelsbeziehungen und Marinestützpunkte zur Wahrung chinesischer Interessen.

Am Rand der Autobahn zum O.R. Tambo International Airport in Johannesburg steht eine große Werbetafel. Niemand, der hier vorbeifährt, kann das Schild übersehen: Ein Lastwagen der chinesischen Marke FAW ist darauf in staubiger Umgebung zu sehen. Rraues Gelände und rote afrikanische Sonne suggerieren, dass dieses Gefährt sich unter schwierigsten Bedingungen bewähren muss. „Africa tough“ steht auf dem Werbeschild. Will sagen: China mit seinen Produkten weiß schon, wie man mit Schwierigkeiten auf dem Kontinent umgehen muss.

Unabhängig davon, ob FAW ein guter Lkw ist oder nicht – nach dem Urteil von Experten ist er vor allem günstig –, demonstriert diese Werbung, was Chinas Engagement in Afrika ausmacht: die Bereitschaft, sich auf widrige Gegebenheiten einzulassen, seien diese topografischer, kultureller, politischer oder wirtschaftlicher Natur. Ruandas Präsident Paul Kagame hat einmal gesagt, China liefere das, was Afrika brauche. Der Langzeitherrscher wird damit nicht nur Lastwagen gemeint haben, die afrikanischen Off-Road-Verhältnissen mit einfacher und bezahlbarer Technologie begegnen.

Denn die chinesische Fähigkeit zur Adaption, der Pragmatismus der Unterhändler, Automobilverkäufer, Straßenbauarbeiter, Bergbauexperten und Garküchenbetreiber, die in den letzten 20 Jahren nach Afrika gekommen sind, werden hier geschätzt. Das hilft auch dabei, über gewisse Unzulänglichkeiten hinwegzusehen, wie die mindere Qualität vieler chinesischer Produkte, den Verdrängungswettbewerb gegenüber lokalen Anbietern, den Hang, sich mit finanziellen

Gefälligkeiten gegenüber Immigrationsbeamten, Katasteramtschefs und Ministern den nötigen Einfluss zu erkaufen.

Chinas Engagement in einigen Zahlen legt nahe, dass der Kontinent auf die Chinesen gewartet haben könnte: Bis zu einer Million Chinesinnen und Chinesen engagieren sich nicht nur als Händler, sondern vor allem im Bergbau sowie im Hoch- und Tiefbau. Betrug der Handel der Chinesen mit Afrika noch im Jahr 2000 lediglich zehn Milliarden US-Dollar, so waren es 14 Jahre später bereits 220 Milliarden. Die Länder auf dem Kontinent mit den größten chinesischen Direktinvestitionen – Ägypten, Nigeria, Algerien und Südafrika – gelten wegen ihrer guten Infrastruktur oder ihres großen Rohstoffvorkommens als wirtschaftliche Zentren in Afrika. Die Empfänger der meisten chinesischen Kredite sind mit Äthiopien und Kenia (neben Angola) Staaten, die von ihrer historischen und wirtschaftlichen Entwicklung kaum unterschiedlicher sein könnten. Hier das ehemalige Kaiserreich, das zu einem sozialistischen Land wurde und zu einer sich nur langsam öffnenden Diktatur, dort das Wirtschaftszentrum Ostafrikas, das jedweden weltanschaulichen Experimenten ferngeblieben ist und dessen Entwicklung nur durch massive Eingriffe der Politik und durch Korruption gelitten hat. Hier wie dort scheinen die Chinesen keine Fragen nach der Vergangenheit zu stellen, solange das Land und seine Gegebenheiten strategisch und wirtschaftlich vielversprechend sind. Im Jahr 2016 haben chinesische Direktinvestitionen auf dem Kontinent übrigens erstmals jene der USA überholt.

In Europa ist es den Chinesen durch gewaltige Investitionen, etwa in Griechenland oder Ungarn, gelungen, Keile in die Europäische Union zu treiben. Dass Europa gegenüber China nicht mit einer Stimme spricht, ist ein folgenschwerer Fehler. Ist China zu wichtig, als dass man das Land kritisieren könnte? So wenig sich Peking um europäische Bedenken über seine Innenpolitik scheren mag, so wenig interessiert es dort, was man über das Pekinger Engagement in Afrika denkt. Sie wissen, dass sie qua Masse und Umfang ihrer Investitionen, Kredite, Infrastrukturprojekte jeden europäischen Versuch der wirtschaftlichen Einflussnahme spielerisch an die Wand drängen können.

Eine Mehrheit der Afrikaner empfindet den chinesischen Einfluss auf dem Kontinent als positiv.

Deutsche Diplomaten oder Repräsentanten der Konrad-Adenauer-Stiftung, seien sie in Kinschasa, Windhoek oder Harare, können viel davon erzählen, wie chinesische Emissäre dort hofiert werden, während sie sich als westliche Vertreter abstrampeln müssen, um mit Themen wie Bewahrung des Wettbewerbs, Respektierung der Menschenrechte oder Gewaltenteilung zu punkten.

In Deutschland und im Kongo

Chinesische Konsum- und Haushaltsprodukte finden sich heute in jedem deutschen Haushalt. Von der Taschenlampe über die Designerleuchte zum Chip im Laptop ist China präsent. In vielen kongolesischen Haushalten sind es der Kugelschreiber, das Fahrrad, das Malariamedikament, die aus China kommen. Und nicht zuletzt das kostengünstige Smartphone. Neben ihrem Engagement in Afrika mit Fußballstadien, im Straßenbau und im Telekommunikationssektor, also profitorientierten Aktivitäten, gibt es aber eine ideologische Komponente des chinesischen Engagements, die vieles propagiert, was dem

Westen nicht behagen kann: den Ein-Parteien-Staat, eine eingeschränkte Meinungsfreiheit, den rücksichtslosen Umgang mit Minderheiten.



Der Pragmatismus der Chinesen begeistert viele afrikanische Regierungen. Und er verstört die westlichen Partner Afrikas. Während

in Europa – korrekterweise, wenn auch nicht immer mit den richtigen Konzepten – über Fluchtursachenbekämpfung nachgedacht wird,



Nachfragen unerwünscht: Die im eigenen Land praktizierte Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit versucht China auch in Afrika zu propagieren. Quelle: © Carlos Barria, Reuters.

bauen und investieren die Chinesen mit einer Geschwindigkeit, die manchen afrikanischen Beobachter fragen lässt, warum die Leute aus Peking das so schnell hinbekommen, wofür es in zähen Verhandlungen mit Ministerialen aus Berlin oder Paris Jahre brauchen kann. Die Chinesen schaffen täglich Gründe zum Bleiben, mit der spürbaren Verbesserung der Lebensverhältnisse auch für die unteren Schichten. Dem schieren Umfang der Investitionen kann der Westen nur wenig entgegensetzen. Zusätzlich sind die Preise, zu denen Straßen, Eisenbahnlinien oder Flughäfen von den Chinesen gebaut werden, nicht zu konkurrenzfähig. Da hilft es wenig, darauf hinzuweisen, dass die deutsche Straße im tiefsten Afrika länger hält als die chinesische. Trotz des sichtbaren Vorsprungs der Chinesen haben sie allerdings die Herzen der Menschen noch nicht gewonnen. Die Verheißung und Vision heißen nach wie vor Europa und USA, nicht China.

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Afrobarometer aus dem Jahr 2015 in 36 Staaten des Kontinents empfanden mehr als 60 Prozent der Befragten den chinesischen Einfluss als positiv.¹ Die Offenheit, mit der den Chinesen in Afrika begegnet wird, kennen diese nicht aus Asien oder gar aus Europa, wo in vielen Staaten die Angst vor einem Ausverkauf nationaler Industrien und europäischer Werte die Stimmung dominiert.

Es ist zu fragen, ob die westliche Sicht auf China, wie auch auf das chinesische Engagement in Afrika einem Wunschdenken entspricht. Dass China sich noch in seine Rolle in der Weltpolitik einfinden und die Verpflichtung zur humanitären Hilfe wahrnehmen würde, ist solch eine Vermutung, von der wir nicht wissen, ob nicht der Wunsch Vater der Vermutung ist. Das britische Magazin *Economist* hat im März 2018 eine Analyse der westlichen Fehlperzeptionen von China vorgenommen: So sei die Annahme, dass westliche Werte wie Gewaltenteilung und eine unabhängige Justiz sich irgendwann auch in China durchsetzen würden, ein Trugschluss. Die Demokratisierung von innen, durch eine erstarrende Mittelschicht, die bürgerliche Freiheiten fordert, ist jedenfalls ausgeblieben.²

Die Zunahme repressiver Tendenzen in Afrika könnte den Migrationsdruck weiter verstärken.

Das Gegenteil scheint eingetreten zu sein – die diktatorischen Tendenzen im Land, die mögliche Herrschaft des chinesischen Präsidenten auf Lebenszeit könnten genau das Gegenteil von dem bedeuten, was wir immer erhofft haben. Dass die Chinesen sich nicht in ihre Politik hineinreden lassen wollten, trifft bei vielen Potentaten auf großes Verständnis. In Kinshasa wie in Kigali sind die Herrscher es müde, sich von Berlin oder der EU oder dem State Department anhören zu müssen, dass sie die Menschenrechte nicht respektierten, zu wenig gegen die Korruption unternehmen oder auch nur einfach in ihrem Demokratieverständnis von gestern seien. Dann kommen die Chinesen, schauen, bauen, stellen dabei keine politischen Forderungen und hinterfragen die Herrschenden nicht. Das gefällt einem Präsidenten Kabila in der Demokratischen Republik Kongo oder einem Paul Kagame in Ruanda durchaus. Letzterer mag sich zwar Waffen in Israel oder den USA besorgen. Doch sein Modell der vermeintlichen Freiheit im Internet ist eine afrikanische Variante des chinesischen Überwachungsstaates: Er lässt fast alle Webseiten und sozialen Medien zu und erzeugt den Eindruck von relativer Freiheit, in Tat und Wahrheit nutzt er genau diese aber zur flächendeckenden Überwachung.

Afrikanische Diversität berücksichtigen

Es ist wichtig, als Politiker, Stiftungsvertreter oder Investor westliche Werte zu vertreten. Doch dies muss mit wesentlich mehr Chuzpe und Selbstbewusstsein geschehen, wenn man der chinesischen Hemdsärmeligkeit in Afrika und dem brachialen Egoismus der Vertreter aus Peking wirksam etwas entgegensetzen möchte. Es geht um mehr Selbstbewusstsein und deutlichen Stolz auf die Errungenschaften westlicher Demokratien. Das wachsende Kreditaufkommen der Chinesen oder eine neue chinesische Straße sind nicht der Kern des Problems. „Es deutet sich an,

dass China auf lange Sicht die territoriale Reichweite des liberalen Ordnungssystems begrenzen will“, heißt es in einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik.³ Wird Afrika chinesischer, wird es unfreier und repressive Tendenzen auf dem Kontinent werden verstärkt. Diese Entwicklung wirkt angesichts des zu erwartenden Bevölkerungswachstums und des damit einhergehenden Migrationsdrucks beunruhigend.

So wie Verständnis für Afrika sich am ehesten dann einstellt, wenn die nationalen Verschiedenheiten anerkannt werden, braucht es einen differenzierten Blick auf Chinas Aktivitäten auf dem Kontinent, auf die sehr unterschiedlichen Beweggründe für Chinesen, nach Afrika zu ziehen. Da sind zunächst einmal die Händler, die mit billigem, aber nützlichem Tand seit Jahren den Kleinhandel auf afrikanischen Märkten verändern. Ähnlich wie die chinesischen Bauarbeiter, die mit Sonnenschutz im Nacken auf großen Maschinen die Verbindungsstraße zwischen Entebbe und Kampala asphaltieren, mögen viele dieser Männer oft gar nicht so genau wissen, wo sie sind. Sie sind, wie viele chinesische Einwanderer, auf der Suche nach Geschäften und Erfolg.

Inzwischen leben rund eine Million Chinesen auf dem afrikanischen Kontinent.

Dann gibt es jene Chinesen, die als Absolventen von Universitäten, die nicht zur allerersten Riege gehören, nach Chancen suchen und wissen, dass sie mit einer gewissen Risikobereitschaft hier etwas werden können – als Zwischenhändler, Arzt oder Händler. Und schließlich gibt es die chinesische Diplomatie, die mit kulturellen, wirtschaftlichen und militärischen Kooperationen riesigen Ausmaßes sehr deutlich macht, dass man in Afrika eine längerfristige Perspektive sucht und nicht gewillt ist, bald wieder zu gehen. Chinesische Vertretungen, etwa in Windhoek oder in Nairobi, sind oft genug größer und moderner als jene der USA oder Russlands. Insgesamt

52 Auslandsvertretungen der Chinesen, also in nahezu jedem Staat auf dem Kontinent, stehen 49 Vertretungen der USA gegenüber.

Die größte Gruppe der etwa eine Million Chinesen auf dem Kontinent lebt in Südafrika. Mehr als 300.000 Personen aus der Volksrepublik haben sich nach dem Ende der Apartheid am Kap niedergelassen. Angola folgt mit etwa 250.000 Chinesen und Madagaskar mit 100.000 auf den Plätzen zwei und drei. Die Expertin Yoon Jung Park von der *Georgetown University* in Washington, D.C. berichtet von chinesischen Diplomaten, die sich ernsthafte Sorgen um das Ansehen ihres Landes machen, da viele der Einwanderer auf den afrikanischen Kontinent als ungebildet zu betrachten seien. Park berichtet von einem nicht näher beschriebenen chinesischen Botschafter, der gesagt habe: „Diese Leute bereiten mir die größten Kopfschmerzen.“⁴ Einige Chinesen sind wegen ihres Image als neue Kolonisatoren, die afrikanische Händler an die Wand drängen und den Kunden übervorteilen, besorgt. Sie engagieren sich darum mit Spendenaktionen für Schulen und für Bedürftige. Der chinesische Bann des Elfenbeinhandels soll auch aus der Sorge um das öffentliche Ansehen der Volksrepublik auf dem Kontinent und darüber hinaus erfolgt sein.

Rasende Entwicklung in 30 Jahren

All das hat sich erst seit dem Fall der Berliner Mauer ergeben. Allerdings in einer atemberaubenden Geschwindigkeit. Dreißig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges zwischen den Staaten des Warschauer Paktes und jenen des Westens werden jetzt neue weltanschauliche Kämpfe in Afrika ausgetragen. Bis 1989 hatten afrikanische Staatschefs wie Mobutu Sese Seko in Zaire (an der Macht von 1965 bis 1997), Jomo Kenyatta in Kenia (1964 bis 1978) oder Siad Barre in Somalia (1969 bis 1991) es meisterhaft verstanden, die ideologischen Kämpfe des Kalten Krieges für sich zu nutzen. Fragen nach der Einhaltung von Menschenrechten oder der Toleranz gegenüber der Opposition wurden auch vom Westen selten genug gestellt, weil es wichtiger schien, den jeweiligen Partner nicht an den ideologischen Gegner zu verlieren.

Zu jenen Zeiten bestand das Engagement der Volksrepublik China in Afrika mehrheitlich aus Solidaritätsaktionen für Befreiungsbewegungen oder Staaten wie Tansania und Sambia. Legendär ist das Projekt der TAZARA-Bahn, mit der chinesische Ingenieure die sambischen Kupferexporte unabhängig machen wollten von den Häfen in Südafrika, wo die weiße Minderheitsregierung Nelson Mandela weggesperrt hatte und die Überlegenheit der weißen Rasse propagierte.

In einem wahren Kraftakt und durch eine Meisterleistung chinesischer Ingenieure wurde die TAZARA gebaut. In jedem kleinen Haltebahnhof an der Strecke standen damals standardisierte Bahnhofsgebäude, auf der langen Fahrt von Mbeya im Süden Tansanias nach Dar es Salaam konnte man Anfang der 1980er Jahre chinesische Mechaniker in blauen Mao-Anzügen beobachten. Freundlich lächelnd begleiteten diese die Reise, klopfen bei Aufhalten an den Bahnhöfen gegen Achsen und Muttern und vermieden dabei tunlichst intensivere Kontakte mit den Reisenden und der sambischen oder tansanischen Bevölkerung.

Die Strategen in London, Bonn oder Washington konnten sich angesichts eines solchen mehrheitlich solidarischen Engagements der Chinesen in relativer Sicherheit wiegen. Eine Bedrohung ihrer Interessen stellte Peking schon angesichts seiner damals begrenzten Ressourcen nicht da. Und genau genommen war auch das sowjetische Engagement lediglich eine militärische Bedrohung, verstärkt durch das kubanische Engagement in Angola, keine wirtschaftliche oder weltanschauliche. In repressiven Staaten wie Zaire, Ruanda oder Uganda hatten westliche Werte wie Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung und Liberalität für viele eine Strahlkraft, gegen die die Propagandaabteilung der KPdSU nicht viel ausrichten konnte. Obendrein hatten die Sowjets wirtschaftlich nicht viel zu bieten. Westliche Automobile, Kleidung und Musik waren allemal attraktiver für die Eliten als das begrenzte sowjetische Konsumangebot.



Kenias Präsident Jomo Kenyatta hatte schon früh die geringe Anziehungskraft des sowjetischen Modells für seine Eliten erkannt. Von ihm ist überliefert, dass er sehr bewusst möglichst viele kenianische Studenten zum Studium in die UdSSR schickte. Er ahnte, dass diese nach entbehrungsreichen Jahren in der Sowjetunion als gestählte Kapitalisten in die Heimat zurückkehren würden.



Goldgräberstimmung: Auch der Staatshaushalt Zimbabwes kann von den chinesischen Investitionen profitieren.
Quelle: © Philimon Bulawayo, Reuters.

Dann fiel die Berliner Mauer, die UdSSR kollabierte, Kuba hatte sein Engagement in Afrika schon vorher zurückgefahren und war durch den Wegfall der sowjetischen Unterstützung auf sich gestellt. Auf einmal fanden sich Bonn, London und Washington allein als mögliche Partner afrikanischer Regierungen. Die UdSSR gab es nicht mehr. Und die Volksrepublik China

war noch nicht so weit. Sehr schnell wurden vom Westen Konditionen und Kriterien für die Zusammenarbeit geschaffen, die die afrikanischen Partner vor große Herausforderungen stellten: So war Kenias Präsident Daniel arap Moi ebenso irritiert über die Forderung nach Mehrparteiendemokratie wie Mobutu Sese Seko im damaligen Zaire.

Manches Mal mögen sich diese Herrscher nach den vermeintlich guten alten Zeiten des Ost-West-Konfliktes zurückgesehnt haben. Ihre Nachfolger machen heute mit Wohlgefallen von der Möglichkeit Gebrauch, mit dem neuen Konkurrenten des Westens auf dem Kontinent ins Geschäft zu kommen: der Volksrepublik China.

Es geht um ein Lebensmodell

Der *Economist* zitiert Chinas Präsidenten Xi, der auf dem 19. Parteikongress im Jahr 2017 „neue Optionen für andere Länder“ angekündigt hatte, bei denen es um „chinesische Weisheit und chinesische Lösungsmöglichkeiten für die Probleme der Menschheit“ gehe.⁵ Das kommt einer Kampfansage an traditionelle westliche Interessen, auch in Afrika, gleich. Während man sich in den Hauptstädten über die „shithole“-Äußerungen des amerikanischen Präsidenten ärgert, bietet China umfangreiche Kooperation auf Augenhöhe an.

Die wirtschaftliche Kooperation definiert sich in vielen Fällen nicht über Qualität, sondern über den Preis und die Menge. Der scheinbar unstillbare Bedarf der chinesischen Industrie an Öl, Erzen, agrarischen Produkten und edlen Hölzern führt in Ländern wie Sambia oder Simbabwe zu einer verhaltenen Goldgräberstimmung. Die dabeigebende Tabakwirtschaft Simbawbes wird gerade mit chinesischer Hilfe wieder aufgebaut, der Bedarf des chinesischen Marktes scheint unersättlich.⁶

Seit 2017 ist China auch militärisch in Afrika vertreten.

Im Jahr 2017 hat die Volksrepublik China eine eigene Marinebasis in Dschibouti eröffnet. Vorderhand soll es um den Schutz der internationalen Handelsschifffahrt am Horn von Afrika gehen. Doch scheint deutlich geworden zu sein, dass Peking es als unerlässlich betrachtet, zum Schutz seiner hohen Investitionen und seiner Staatsbürger auf dem Kontinent auch militärisch

in Afrika vertreten sein zu wollen. Seit 1978 sollen bis zu zehn Millionen chinesische Staatsbürger für längere Zeiträume ins Ausland gezogen sein. Jene, die zum Studium nach New York oder Oxford gingen, sind eine wichtige Minderheit, die meisten zog es auf der Suche nach Erfolg, nach Geschäften und Wohlstand in die Welt. So wie nach Afrika – eine Million Chinesen sind in den vergangenen 20 Jahren nach Afrika emigriert.

Sie sind Exporteure einer Globalisierung, von der sie selbst erst in den letzten 30 Jahren profitiert haben. Ihre Anwesenheit auf dem Kontinent ist für viele ein Heilsversprechen, weil China den Sprung geschafft hat, von dem viele in Afrika träumen. In diesem Versprechen liegt auch die große Herausforderung für den Westen, für die Medien und für die Arbeit in der politischen Kommunikation zur Verteidigung westlicher Werte auf dem Kontinent.

An der *Wits University* in Johannesburg werden regelmäßig Konferenzen chinesischer und afrikanischer Akademiker abgehalten, bei denen es um eine Bestandsaufnahme des chinesischen Vormarsches geht.⁷ Die bange Frage, zu wessen Vorteil das Engagement ist, wird allerdings selten diskutiert. Die Anwesenheit chinesischer Akademiker und von Vertretern chinesischer Staatsmedien bedeutet, dass sehr vieles zwischen den Zeilen oder aber gar nicht gesagt wird. Man analysiert lieber die „Road to a New Future: The Chinese Built Bingu Highway in Malawi“ oder auch „The donkey skins pipeline to China“ über den wachsenden Handel mit den Häuten afrikanischer Esel, die in China in der Pharmaproduktion verwendet werden. Wichtigste Erkenntnis ist, dass chinesisches Engagement auf dem Kontinent nicht uniform ist, sondern sehr auf die jeweiligen nationalen und regionalen Bedingungen angepasst.

Und es ist vollkommen unpolitisch. China ist eben auch so beliebt, weil es niemandem weh tut. Schon die Berichterstattung über afrikanische Themen ist von einer Harmlosigkeit und Freundlichkeit, die westlichen Medienkonsumenten bestenfalls ein Gähnen entlockt. Bei Staats- und

Regierungschefs auf dem Kontinent ist diese Art der harmlosen Berichterstattung durchaus beliebt. Gerne wird in diesem Sino-Pragmatismus auf den positiven Journalismus chinesischer Prägung verwiesen sowie auf die westliche Kolonialgeschichte in Afrika.

Werben um Herzen und Köpfe

Das aggressive Werben um afrikanische Köpfe, das Propagieren des chinesischen Erfolgsmodells aus Diktatur und Wirtschaftsentwicklung begann erst mit dem chinesischen Wirtschaftswunder in den 1990er Jahren. Damals eröffnete die Nachrichtenagentur Xinhua Büros in Nairobi und in Johannesburg, aber auch private und halbstaatliche Medienunternehmen aus China zog es nach Afrika, um auf Englisch, Französisch und Portugiesisch, aber auch auf Arabisch und Suaheli Chinas Sicht auf die Welt zu propagieren.

Der chinesischen Politik geht es auch um massive Einflussnahme auf afrikanische Entscheidungsträger.

So wie der Westen lange das wirtschaftliche Engagement Chinas als Handel mit Billigwaren abgetan hatte und erst sehr spät realisierte, wie pragmatisch die Chinesen mit afrikanischen Unwägbarkeiten umzugehen in der Lage waren, so haben viele Institutionen der Bildungszusammenarbeit und viele Medien erst spät wahrgenommen, wie sehr China sich daran gemacht hat, auch die Wahrnehmung afrikanischer Meinungsbildner zu prägen. Dies geschieht vor allem mit Stipendien, Einladungen zu Reisen nach China und dem Angebot der medialen Zusammenarbeit, indem Texte von Xinhua gratis zum Nachdruck angeboten werden, während die Angebote westlicher Nachrichtenagenturen in aller Regel teuer zu bezahlen sind.

Der chinesischen Politik geht es eben um mehr als um Straßen und um eine Marinebasis. Es geht um die Köpfe und Herzen der Menschen,

um massive Einflussnahme auf Meinungsführer und Entscheider. Peking wolle mit „seinen Auslandsinvestitionen in Medienhäuser, Think-Tank-Kooperationen oder Forschungsprojekte langfristig nicht nur den Inhalt von Nachrichten und Debatten beeinflussen. Peking möchte auch Regeln und Abläufe politischer Diskussionen auf Dauer in seinem Sinne festlegen“, warnt die SWP-Studie.⁸

Bei der Analyse des chinesischen Engagements in Afrika ist zwischen dem Werben um Politiker und jenem um Medienschaffende zu unterscheiden. Außerdem, so hebt Dr. Bob Wekesa von der *University of Witwatersrand* in Johannesburg hervor, gelte es die Wirkung des chinesischen Engagements von Land zu Land zu differenzieren.⁹ „Dort, wo die Demokratie zur politischen Kultur gehört, wie in Kenia oder Nigeria, werden die Chinesen weniger Erfolg haben als in demokratisch instabileren Ländern wie Uganda oder Ruanda“, hat der Wissenschaftler beobachtet.

Wekesa ist einer jener Akademiker aus Afrika, die die chinesischen Versuche der Einflussnahme aus eigener Anschauung kennen. Vier Jahre studierte er am Pekinger *Institute for Communication Studies* und promovierte dort. In die Zeit seines Aufenthaltes fiel die Entwicklung des sogenannten positiven Journalismus, mit dem China seither versucht, insbesondere in Afrika Einfluss zu nehmen. Der *positive journalism* sei eine Art des Dazwischenjournalismus, „bei dem chinesisches Denken vermittelt wird, aber mit westlicher Philosophie und Gedankenwelt umwölkt“, so Wekesa.

Selbstzensur sieht auch der Medienexperte Wekesa als die größte Gefahr für all jene, die sich auf den Weg nach China machen. Denn anders als bei westlichen Stipendien und Einladungen ist der Druck, Anschauungen zu übernehmen, beträchtlich; die chinesische Erwartung, man zeige sich politisch oder publizistisch erkenntlich, stehe meist unausgesprochen im Raum.¹⁰

Afrika sei durchaus Teil einer Gesamtstrategie zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, erklärt Wekesa. Der Versuch, Menschen von kritischen

Nachfragen abzuhalten, stelle eine Bedrohung dar. Bei Kritik an dieser Politik wiesen die Chinesen gerne auf die angeblichen Hegemonialbestrebungen des Westens auf dem afrikanischen Kontinent hin, erinnert Wekesa. Das britische Magazin *Economist* warnte kürzlich vor der wachsenden „sharp power“ der Chinesen in der Welt, also der bewussten Einflussnahme auf das Denken und auf das Meinungsbild. „Gegespionage, die Justiz und unabhängige Medien sind der beste Schutz gegen diese Unterwanderung“, konstatierten die Briten.¹¹

Heute rächt sich, dass der Westen die Einhaltung von Menschenrechten nicht von allen afrikanischen Partnern gleichermaßen eingefordert hat.

Wenn Funktionäre des *African National Congress* in Südafrika oder auch der regierenden *Jubilee Alliance* in Kenia zu Parteimanagement-Schulungen nach China reisen, dürfte darum weniger ideologische Nähe eine Rolle spielen als die bewusste Abkehr von westlicher Konditionalität, die Zusammenarbeit oft an die Einhaltung von Menschenrechten und demokratischen Grundprinzipien knüpft.

Es rächt sich heute, dass der Westen nicht immer bei allen afrikanischen Partnern gleichermaßen auf die Einhaltung solcher Werte gepocht hat. Wirtschaftliche und militärische Ziele führen erfahrungsgemäß zu einem weniger nachdrücklichen Insistieren als gegenüber Partnern, die nicht viel zu bieten haben.

Wie ist darauf zu antworten? Mit der Einsicht, dass ein beherztes Auftreten, wenn es etwa gegenüber der Türkei oder den USA geboten und möglich ist, auch gegenüber China funktionieren kann. Nur wird Deutschland das effektiv einzig im europäischen Verbund machen können. Größeres Selbstvertrauen, das im Verhältnis zu den USA oder Russland durchaus in

den vergangenen Jahren gewachsen ist, wäre gegenüber China geboten. Der Stolz auf demokratische Errungenschaften, auf Meinungsfreiheit und Gewaltenteilung mag verwegen wirken angesichts chinesischer Projekte, die mit ihrer schieren Masse zu erdrücken scheinen. Aber er ist das alternativlose Angebot an afrikanische Gesellschaften, denen es neben der Sicherung der Grundbedürfnisse schließlich auch um Freiheit und Partizipation geht.

Christoph Plate ist Leiter des Medienprogramms Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Johannesburg, Südafrika.

- 1 Dionne, Kim Yi 2016: Here's what Africans think about China's influence in their countries, Afrobarometer, Accra.
- 2 The Economist 2018: How the West got China wrong, 01.03.2018, in: <https://econ.st/2JVAOcQ> [04.06.2018]
- 3 Kohlenberg, Paul Joscha / Godehardt, Nadine 2018: Chinas globale Konnektivitätspolitik. Zum selbstbewussten Umgang mit chinesischen Initiativen, SWP-Aktuell 18, 03/2018, in: <http://bit.ly/2M2edsB> [04.06.2018].
- 4 Park, Yoon Jung 2016: One million chinese in Africa, SAIS Perspectives, 12.05.2016, in: <http://bit.ly/1WOQyLH> [04.06.2018].
- 5 The Economist, N.2.
- 6 Kawadza, Sydney 2018: Zimbabwe's tobacco industry battles deforestation, Wits Journalism: Africa-China Reporting Project, 16.02.2018, in: <http://bit.ly/2tbF65s> [04.06.2018].
- 7 Siehe z.B. Tutu, Bongiwe 2017: Report: Africa-China Journalists Forum, 20 November 2017, in: <http://bit.ly/2JN1ldj> [04.06.2018].
- 8 Kohlenberg / Godehardt, N.3.
- 9 Aus einem Gespräch mit Dr. Bob Wekesa, 12/2017.
- 10 Wekesa, Bob 2017: New directions in the study of Africa-China media and communications engagements, in: Journal of African Cultural Studies 29:1, S.11-24.
- 11 The Economist 2017: What to do about China's „sharp power“, 14.12.2017, in: <https://econ.st/2sYtvro> [04.06.2018].



Quelle: © Jianan Yu, Reuters.

[Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 04.02.2018, S. 5](#)

Ehrgeiz vernetzt Berge

Hendrik Ankenbrand

Mit Technologie will China die Armut besiegen und Amerika überholen. Kann das noch misslingen?

Ende der neunziger Jahre war China schon die siebtgrößte Volkswirtschaft. In Schanghai eröffnete im 87. Stock des neuen Jin-Mao-Turms das höchste Fünf-Sterne-Hotel der Welt. Doch im Bergdorf Baini, eineinhalbtausend Kilometer südwestlich, gingen die Bauern weiter mit halbleerem Magen ins Bett. Wie sie wohnten drei Viertel der chinesischen Bevölkerung auf dem Land. Die durchschnittliche Wirtschaftsleistung pro Kopf lag bei jährlich 872 Dollar, das war 2,5 Prozent von dem, was ein Amerikaner produzierte. In Baini war selbst der Reis von den Wasserterrassen am Hang knapp und wurde in dünner Suppe gekocht. Mussten die Dörfler ins Tal, kletterten sie dreißig Kilometer einen Trampelpfad hinab, eine Straße gab es nicht.

Im Januar 2018 surrt ein Roewe den Berg hinauf, ein chinesischer Mittelklassewagen mit Hybridantrieb, im Kofferraum liegen in Kartons eingepackt fünf neue All-in-one-Computer und Laserdrucker des Pekinger Herstellers Lenovo, der vor über zehn Jahren das Computergeschäft der früheren amerikanischen Wirtschaftsikone IBM geschluckt hat.

Die geteerte Straße gibt es schon seit vielen Jahren. Nun kommt das Internet auf den Berg, in Hochgeschwindigkeit. Chinas Führung hat das Ziel vorgegeben, die zerklüftete Landschaft fernab der Küste zum Hochtechnologiestandort umzubauen. Amerikas Silicon Valley soll sich künftig messen lassen an der Innovationskraft eines riesigen Chinas voller Datenberge.

Das Ziel könnte anspruchsvoller kaum sein. Die Provinz Guizhou, in der Baini liegt, ist im Land die drittärmste, die Wirtschaftsleistung pro Kopf beträgt hier immer noch nur 5000 Dollar im Jahr. Im drittärmsten Bundesstaat Amerikas, West Virginia, liegt der Wohlstand acht Mal höher. Wer aus den Panoramafenstern der Wolkenkratzer in Schanghai und Peking schaut, staunt, wie

viele Türme seit dem letzten Besuch wieder in den Himmel geschossen sind. Aber er übersieht womöglich, dass China sich abseits der Metropolen stellenweise anfühlt wie der größte Slum der Welt.

Das ändert allerdings nichts daran, dass die Pekinger Führung einen Plan hat, den sie rücksichtslos verfolgt. Geht er auf, beherrscht das Land in dreißig Jahren die Welt.

Der Plan ist zu besichtigen in Dörfern wie Baini. Oben auf dem Berg haust am Ende eines Klettersteigs eine Frau, deren Gesicht die chinesische Zentralbank im Jahr 1980 auf den Ein-Yuan-Schein druckte; damals begann an Chinas Ostküste der Wirtschaftsboom. Von dem hatte das Hinterland aber wenig. Die Yuan-Lady ist heute 58 Jahre alt und mit einem Jahreseinkommen von weniger als 293 Euro weiter offiziell arm.

800 Millionen Menschen haben sich in China seit dem Tode Maos aus der Armut befreit. Und das Tempo lässt kaum nach. Vor fünf Jahren lebten in China noch 100 Millionen Arme, heute noch 40 Millionen. Den Rest soll die Wunderwaffe Internet über die Einkommensgrenze hieven, dann hätte die Kommunistische Partei zu ihrem 100. Geburtstag 2021 eine saubere Bilanz.

Im Bergdorf Baini richtet die Regierung – wie überall im Land – den Reisbauern E-Commerce-Stationen ein, klinkt die Dörfer in Chinas Datencloud ein, lehrt in Pflichtkursen Photoshop, auf dass das Bergvolk den geernteten Reis und Tee in selbst gestalteten Verpackungen auf der Plattform des chinesischen Alibaba-Internetkonzerns verkaufen kann. Der hat diese Woche gemeldet, dass er nun bald 600 Millionen Kunden hat. Diese Kunden haben dem Konzern im vergangenen Quartal den Umsatz verdoppelt im Vergleich zum Vorjahr; und das schon das siebte Quartal in Folge.

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts verstand sich China als ein Reich, das „alles unter dem Himmel“ umfasst. Nach dieser Definition war auch Europa chinesisch. Eineinhalb Jahrhunderte später ist in China das Selbstbewusstsein zurück. Präsident Xi Jinping ruft es als „Großmacht“ aus. Und in einem fensterlosen Raum in der Zentrale des Alibaba-Konzerns sitzt Entwickler Wang Gang, den das Massachusetts Institute of Technology zu einem der klügsten Köpfe der Gegenwart erklärt hat, kichert und sagt: „Natürlich werden wir Amazon überholen.“ Ein Parteikader, der im Bergdorf Baini die digitale Aufrüstung und Ausbildung beaufsichtigt, macht keinen Hehl daraus, dass das für die Einheimischen hart ist. „Wenn die Bauern vor dem Computer hocken, ist das, als müssten sie Englisch lernen. Aber sie werden es schaffen.“ 156 Dörfer soll der Parteilmann bis zum Jahresende an den Internethandel anschließen. 98 hat er schon abgehakt.

Chinas Selbstbewusstsein scheint grenzenlos. Der Pekinger Fahrdienstleister Didi Chuxing hat sein amerikanisches Vorbild Uber aus den Städten gejagt, nun ist der Rest der Welt dran. Hersteller Huawei aus Shenzhen bläst zur Attacke auf Apples iPhone. Der Schanghaier Autobauer Nio will mit einem Elektro-SUV Konkurrent Tesla besiegen – und bietet sein Auto darum halb so teuer an wie der Konkurrent. In Shanghai könnte im kommenden Jahr auch der erste Mittelstreckenjet des Flugzeugbauers Comac vom Band laufen, der Konkurrent Boeing aus Seattle Marktanteile abnehmen soll.

In zehn Schlüsselindustrien soll China zum führenden Anbieter aufsteigen, so hat es Peking angeordnet, und das in den nächsten sieben Jahren. Seine Seidenstraßen-Initiative baut China zur neuen Welthandelsorganisation um.

Aber die Kommunisten trauen dem eigenen Erfolg noch nicht so recht. Seit drei Monaten müssten sie „Selbstkritik“ üben, berichten Parteikader aus Hochschulen, Unternehmen, Behörden. Einmal in der Woche gehen sie nun in Anwesenheit ihrer Kollegen mit sich selbst ins Gericht, kritisiert werden müssen anschließend auch zwei Nebenleute, so will es die Führung.

Fast täglich drucken die Parteiblätter Appelle an die Leute, zusammenzuhalten, unablässig schwören Politbüro-kader auf Xi Jinpings Status als „Kern“. 80 Millionen Parteimitglieder sind angehalten, „das große Bild“ im Blick zu behalten und der Führung zu folgen. Zur Sicherheit müssen Kader überall im Land ihre Finanzen offenlegen. So werden kleinste Steuervergehen, die zwanzig Jahre zurückliegen, zur Gefahr: keine Abweichung! Täglich verteidigen Zeitungskommentare eine Diktatur, die immer härter um sich schlägt: Ein Anwalt, der abends im Internet einen Vorschlag zur Rechtsreform machte, wurde am nächsten Morgen von einem Dutzend Polizisten verhaftet, darunter eine schwer bewaffnete Spezialeinheit; der Mann brachte gerade seinen kleinen Sohn zur Schule. Und ein Hongkonger Verleger parteikritischer Bücher, der auch die schwedische Staatsbürgerschaft besitzt, wurde in Thailand verschleppt und nach dem Ende seiner Haft in China abermals festgenommen.

Die Partei drängt in die Führungsetagen ausländischer Unternehmen und könnte ihnen bald die Werkzeuge für freies Internet abschalten; den eigenen Bürgern droht dies erst recht. Das wirkt paranoid, spricht nicht für den Glauben der Partei, dass sie Stabilität sichern kann und der Welteroberungsplan gelingt. Doch selbstbewusst war die Partei auch nicht Anfang der neunziger Jahre, als Reformler Deng Xiaoping in das ehemalige Fischerdorf Shenzhen in Chinas Süden fuhr und im Drehrestaurant eines der neu errichteten Wolkenkratzer fragte, warum sich der Sozialismus nicht am Aktienmarkt erfreuen dürfe.

Die Unsicherheit der Partei hängt auch damit zusammen, dass China selbst für Chinesen schwer zu deuten ist. Wer der Meinung ist, das Land sei für Amerika ein leuchtendes Vorbild in Sachen Klimaschutz, sucht den Beweis 200 Kilometer von Schanghai, wo auf den Überresten eines Kohlekraftwerks Solarzellen schwimmen – während Chinas Emissionen insgesamt dennoch steigen.

Wer die Gefahr sieht, dass Chinas heiß gelaufene Immobilienwirtschaft implodiert und die Weltwirtschaft in die Tiefe reißt, der fährt in die

Geisterstadt Ordos am Rand der Wüste Gobi – während die Wohnungspreise im Rest des Landes einfach nicht fallen.

Wegen der hohen Verschuldung seiner Unternehmen sei China der Topkandidat, um im Zentrum der nächsten Finanzkrise zu sein, warnt der Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff; da ist er nicht der Einzige. Die Risiken in Chinas Finanzmarkt seien schlimmer als in den Vereinigten Staaten vor der Finanzkrise 2008, sagt Pekings früherer Finanzminister Lou Jiwei.

Der Aufstieg Chinas zur mächtigsten Großmacht soll ohne große Ausschläge verlaufen, so wünscht es sich Xi Jinping, der oft mit Mao verglichen wird, doch im Gegensatz zum Großen Vorsitzenden schätzt Chinas heutiger Führer das Chaos nicht. Im Gegenteil. Peking plant den alles sehenden Staat, eine Datenbank mit künstlicher Intelligenz, die Unternehmen gleichermaßen überwacht, bewertet und bestraft. Roboter sollen Privatleute an kritischer Meinungsäußerung ebenso hindern wie an verbotener Immobilienspekulation, um Krisen im System zu vermeiden.

„Kann China jemals im Internet erfolgreich sein?“, lautet die zweifelnde Frage eines Artikels der amerikanischen International Data Group, eines mächtigen Verlags aus Boston. Das war 1999. Zwanzig Jahre, bevor Chinas E-Commerce-Industrie bis auf die Berge nach Bani rollte. Man sollte das Land lieber nicht unterschätzen.

Hendrik Ankenbrand ist Wirtschaftskorrespondent der F.A.Z. für China mit Sitz in Schanghai.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.06.2018, S. 9](#)

Langsam, aber gewaltig

Mark Siemons

Jetzt macht China auch noch in Batterien: Das Land hat einen Plan für Europa und die Welt. Aber Europa hat keinen Plan für China. Die neue Macht liegt weit außerhalb seines Horizonts.

Die Bandenwerbung bei der Fußball-WM 2018 in Russland zeugt nicht nur vom gegenwärtigen Stand der Globalisierung, sie lässt auch erkennen, wie man ihn sich in Europa zurechtlegt. Neben Marken wie Visa oder Coca-Cola – westlichen, also vertrauten Marken – erscheinen da plötzlich chinesische Schriftzeichen, zusammen mit deren lateinischen Umschriften „Wanda“, „Vivo“, „Mengniu“, „Hisense“. Es sind die Markennamen von vier Konzernen aus der Volksrepublik, die zu den Sponsoren dieser Weltmeisterschaft gehören. Legt man marktwirtschaftliche Kriterien an, dann ist das nicht weiter ungewöhnlich: Dreihundert Millionen Chinesen verfolgen die WM im Fernsehen (laut Zahlen von 2014), da ist die Werbeinvestition nicht schlecht angelegt, ganz abgesehen davon, dass wenigstens der Smartphonehersteller Vivo auch den Eintritt in westliche Märkte vorbereitet.

Doch wenn man nach vielen Kommentaren im Netz und manchen Texten in deutschen Medien geht, handelt es sich um einen geradezu unglaublichen Vorgang: Chinesische Schriftzeichen vor einem Weltpublikum – was soll das denn? Ein Artikel mutmaßt: „Dahinter steckt ein Großmacht-Konzept“ (gemeint ist der Wunsch, die WM nach China zu holen oder gar selbst einmal Weltmeister zu werden), ein anderer raunt: „Das sagt viel über die Fifa aus“ (zu ergänzen ist: wenn sie jetzt schon so abseitigen Ländern mit deren absurden Markennamen ihre Werbeflächen zur Verfügung stellt).

Das Erstaunen ist in seiner Widersprüchlichkeit symptomatisch. Jeder weiß, dass China die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt ist. Die Zeitungen sind voll von Lageeinschätzungen, dass die bisherige Weltordnung nicht nur wegen der Präsidentschaft Trumps, sondern vor allem wegen des Ausgreifens Chinas an ein Ende kommt. Das alles weiß man – und zugleich

glaubt man es offenkundig nicht. Man glaubt, dass die westliche Welt weiterhin alle relevanten Zeichen zur Verfügung stellen wird, man ist verblüfft, wenn sich mal ein fremdes Zeichen darunter mischt, und hält es für völlig unnötig, etwas, das so sehr außerhalb der eigenen Grenzen liegt, in den eigenen Horizont einzubauen. Es ist, als sähe man sich selbst bloß als Zuschauer jenes Epochenwechsels, von dem man andauernd spricht.

In der Vergangenheit sorgten vor allem drei Annahmen dafür, dass man es in Deutschland und Europa für entbehrlich hielt, sich näher mit China zu beschäftigen. Erstens: Die Chinesen werden sowieso wie wir, also liberal und demokratisch und eingefügt in das vom Westen dominierte Weltsystem, je länger sie im globalen Kapitalismus Erfolg haben und mit uns Geschäfte machen. Zweitens: Sollten sie nicht so werden wie wir, werden sie langfristig auch keinen Erfolg mehr haben, ihr Aufstieg würde durch den Mangel an Kreativität und Rechtsstaatlichkeit sowie die eigenen Selbstwidersprüche gestoppt werden. Drittens: Sollte all das wider Erwarten anders kommen, gäbe es immer noch Amerika, das sich um die großen geopolitischen Auseinandersetzungen kümmert.

Mittlerweile ist offensichtlich, dass alle drei Annahmen in sich zusammengestürzt sind: China ist ferner denn je davon, sich zu liberalisieren; sein fast ungebrochenes ökonomisches Wachstum übersetzt sich in globale Projekte, die mit großer Geschwindigkeit nicht nur nach Afrika und Lateinamerika, sondern auch nach Europa ausgreifen. Amerika fällt unter Trump als verlässliche Schutzmacht dessen, was man früher „Westen“ nannte, zusehends aus. Doch all diese Einsichten haben es nicht vermocht, dem, was sich in der Ferne tut, einen Platz im eigenen Bewusstsein zu verschaffen.

Fatalerweise ist diese Wirklichkeitsverleugnung auch gefährlich. Die bisherigen Aktionspläne sind bei all ihrer pragmatischen Vernünftigkeit vor allem Defensivmaßnahmen, deren Kurzfristigkeit nicht zu übersehen ist. Ihr Horizont reicht nicht über die Hoffnung hinaus, es möge am besten alles so bleiben, wie es ist. Die Politik mahnt, dass die europäischen Staaten mit einer Stimme sprechen und sich nicht durch bilaterale Abkommen auseinanderdividieren lassen sollen. Wirtschaftsführer pochen auf das Prinzip der Reziprozität am Markt und fordern mehr Schutz vor chinesischen Übernahmen. Und die Think-Tanks empfehlen, sich für eine Zeit zu rüsten, in der China das Verlangen nach Gegenseitigkeit rundherum zurückweist; Europa müsse die Stellen identifizieren, an denen es besonders verletzlich sei, zum Beispiel Vorkehrungen für den Fall treffen, dass China versuchte, europäische Zeitungen oder Hochschulen zu kaufen.

Alles nicht verkehrt, doch um sich auf die Langfristigkeit der chinesischen Pläne einzustellen, bedürfte es einer europäischen Öffentlichkeit, die nicht weniger langfristig und global denkt. Das Besondere an dem jetzigen Umbruch ist ja, dass da ein Hegemon an seine Grenzen zu stoßen scheint, der mit seiner Kultur und seinen Ideen nicht nur seine unmittelbare Herrschaftssphäre, sondern die ganze Welt durchdrungen und geprägt hat. Die Frage ist daher nicht zuletzt: Was wird aus dem von Europa geprägten Universalismus, wenn der Westen an Macht und Einfluss verliert? Wie lässt sich der Universalismus auch in der neuen Konstellation behaupten? Statt sich diesen Fragen zu stellen, hält man sich das fremde Phänomen oft auch dadurch vom Leibe, dass man es allein durch Etiketten wie Kommunismus oder Nationalismus zu erklären versucht: Da man ja weiß, dass beide Größen von der Geschichte in Großbuchstaben schon überwunden sind, kann man sich in Europa auf der historisch sicheren Seite fühlen und sieht keinen Bedarf, sich näher darauf einzulassen.

In Wirklichkeit stoßen aber nicht nur Systeme aufeinander (Autoritarismus versus Demokratie), sondern Gesellschaften, deren kollektives Bewusstsein aus noch vielen anderen Elementen zusammengesetzt ist. Um sich in ein realistisches

und zugleich rationales Verhältnis dazu zu bringen, müsste man auch die fremde Kultur und Geschichte an sich heranlassen. Aber ginge man damit nicht der Propaganda der Kommunistischen Partei auf den Leim, die seit Jahren die chinesische Kultur als Soft Power des Staats einzusetzen versucht? Das Gegenteil ist der Fall. Man darf, wie der australische China-Forscher Geremie Barmé zur Begründung der von ihm eingeführten „Neuen Sinologie“ betont, der Pekinger Zentralregierung nicht das Deutungsmonopol für das überlassen, was chinesische Kultur ist: Um zwischen Partei und Gesellschaft unterscheiden zu können, sei es unerlässlich, die ursprünglichen Begriffe und Vorstellungen zu kennen, die die Regierung instrumentalisiert.

Wie soll man sonst zum Beispiel die Formel „Großes Wiederaufblühen der chinesischen Nation“ verstehen können, in die China sein gigantisches Infrastrukturprojekt der neuen Seidenstraßen und den ehrgeizigen Industriepan „Made in China 2025“ einbettet? Bei Chinesen schwingen bei der von der Regierung ausgegebenen Parole Bedeutungen mit, die auch bei Leuten, die nichts mit der KP zu tun haben wollen, Resonanz erzeugen und eine ganz andere Geschichtsvorstellung aufrufen. Die alte Vorstellung von „Allem unter dem Himmel“ (Tianxia) etwa: ursprünglich eine kosmologische Idee, die aber spätestens seit der Reichseinigung im dritten Jahrhundert vor Christus auch als Formel für die staatliche Hülle jenes Teils der Menschheit fungierte, der sich aufgrund seiner Zivilisiertheit dieses Kosmos und seiner dialektischen Struktur bewusst ist – China. Die Zugehörigkeit zu diesem Gebilde war also im Kern kulturell definiert, durch Anteil an einem Kodex von Texten über das Leben, die Erziehung, die Dialektik, die Geschichte. Und das eigene Selbstverständnis stand von Anfang an in der Spannung zwischen auch militärisch robuster Staatlichkeit und einer potentiellen Universalität, insofern die ganze Welt, in welchen Abstufungen auch immer, am kulturellen Wissen des Zentrums Anteil haben kann.

Auch unabhängig von der gegenwärtigen kommunistischen Führung vollzieht sich die chinesische Art von Globalisierung also in einem

Erwartungshorizont, der sich von dem der westlichen Staaten deutlich unterscheidet. Wenn man universelle, zuerst in Europa geprägte Prinzipien – konkret: Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit – auch in der Zukunft sichern will, muss man diesen Horizont ernst nehmen; erst so kann man ausloten, inwieweit er sich mit dem europäischen Horizont vereinbaren lässt. An aktuellen Informationen mangelt es nicht, die fortlaufende Berichterstattung über China ist ebenso vielfältig wie differenziert. Aber es fehlt an der Bereitschaft, diesen Informationen Bedeutung für sich selbst beizumessen, an einem verbindenden Band, das sie zu einer Vorstellung von der historischen Dynamik, die da im Gange ist, zusammensetzt.

Eine Studie über mangelnde „China-Kompetenz“, die das Bildungsministerium, das Auswärtige Amt und das von ihnen beauftragte Forschungsinstitut Merics kürzlich herausgaben, stellte ein eklatantes Missverhältnis fest: Chinesische Intellektuelle wissen ungleich mehr über Europa und seine Kultur als europäische Intellektuelle über China. Man kann sagen, das bilde das bisherige Macht- und Abhängigkeitsgefälle ab. Dann wäre es jetzt höchste Zeit, das Missverhältnis auszugleichen.

Mark Siemons ist Feuilletonkorrespondent der F.A.Z. in Berlin.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



Quelle: © Jerry Lampen, Reuters

[Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 07.01.2018, S. 19](#)

Chinas Weg zur Weltherrschaft

Holger Steltzner

Viele im Westen träumen von einer Öffnung Chinas. Doch das ist eine Illusion. Mit totaler Kontrolle beanspruchen die Digital-kommunisten in Peking die Macht über die Privatwirtschaft.

Die Globalisierung ist auf dem Rückzug, der Protektionismus auf dem Vormarsch und Nationalismus sogar unter Intellektuellen wieder salonfähig. Das weckt ungute Erinnerungen an das 19. Jahrhundert. Es gibt noch mehr Parallelen. Schon damals gab es eine Welle der Globalisierung mit revolutionären neuen Techniken. Vor 100 Jahren waren es Dampfmaschine, Elektrizität und Telegraf, heute sind es Roboter, Internet und Smartphone. Auch damals brachen Millionen Menschen auf, um aus ihrem Elend auszuwandern.

Das Schlimmste jedoch passierte in den Köpfen. Immer mehr Politiker, Wirtschaftsführer und Intellektuelle begannen, im Welthandel ein Nullsummenspiel zu sehen, in dem der eine gewinnt, was der andere verliert. Das Denken in Freund-Feind-Kategorien – was England nützt, das schadet Deutschland und umgekehrt – führte zu einer protektionistischen Spirale in der Zeit zwischen den Weltkriegen, durch die der Welthandel fast vollständig zusammenbrach.

Zum Glück verteidigten im Herbst 2008, als die Lehman-Pleite die Weltwirtschaft erschütterte, die G-20-Staaten den Freihandel und verhinderten eine Kernschmelze wie in den 1930er Jahren. Doch würden sie das heute wieder tun? Zweifel sind erlaubt. Das Freund-Feind-Denken ist im Weißen Haus angekommen. Wie wenig die G 20 inzwischen vom Freihandel hält, zeigt das Abschlusskommuniqué des Gipfeltreffens von Hamburg. Seit 2008 setzte sich diese Gruppe auf jedem Gipfel für einen freien und offenen Handel ein. In Hamburg ist davon nicht mehr die Rede. Jetzt bringt die G 20 den Handel in Verbindung mit dem Wörtchen fair. Das ist ein gewaltiger Unterschied.

Es ist richtig und wichtig, dass Politiker überlegen, wie sie die Verlierer der Globalisierung

besserstellen können. Doch fragwürdig wird es, wenn Freihandel nur unter der Bedingung gewährt wird, dass andere Länder ähnliche Arbeitnehmer- und Sozialrechte oder Umweltschutz oder eine ebenso hohe Besteuerung zusagen. Wer sich darauf beruft, will oftmals nur unerwünschte Konkurrenz fernhalten oder sich als Politiker dem Rechtfertigungsdruck entziehen, den der Freihandel auf den heimischen Sozialstaat ausübt. Auch auf solch verschlungenen Wegen wirkt Protektionismus in den Köpfen wie ein schleichendes Gift.

Nach der Volksrepublik China hat kein Land auf der Welt so stark von der Globalisierung profitiert wie Deutschland. China hat dank der Öffnung der Wirtschaft in nur drei Jahrzehnten Hunderte Millionen Menschen aus der Armut geholt. Eine größere Erfolgsgeschichte in der globalen Armutsbekämpfung ist nicht bekannt. Wie also kann man vermeiden, dass ein Vierteljahrhundert nach Überwindung des Kalten Krieges die Globalisierung zurückgedrängt und der Handelskrieg wieder zu einem normalen Mittel der Politik wird?

„Wir sind zwar für Freihandel, aber nicht naiv.“ So begründet das deutsche Wirtschaftsministerium die Verordnung, mit der sich Berlin das Recht nehmen will, den Verkauf deutscher Unternehmen verbieten zu können. Der Beschluss der Bundesregierung zielt gegen China. Auslöser für diese industriepolitische Wende war der Verkauf des Roboterherstellers Kuka an den Haushaltsgerätehersteller Midea. Ohnmächtig wettete vor etwas mehr als einem Jahr Sigmar Gabriel als damaliger Wirtschaftsminister gegen den Ausverkauf von Hochtechnologie an China. Was ist in der Zwischenzeit passiert? In Augsburg werden weiterhin großartige Industrieroboter für die Welt gebaut. Die Mitarbeiter von Kuka sind zufrieden, die Kunden sind es auch und die

Aktionäre sowieso, sie haben den Aufpreis des Käufers aus China gerne mitgenommen.

Der Umgang mit dem kommunistischen Einparteiensstaat ist schwierig. Ausländer können dort keine Unternehmen kaufen, sie müssen sich mit einem chinesischen Partner und oft sogar mit einer Minderheitsbeteiligung abfinden. Und sie können ihr Kapital auch nicht so einfach wieder abziehen. Dafür lockt der größte Markt der Welt. Natürlich kopieren chinesische Wettbewerber hemmungslos Technologie und Marken. Unternehmen müssen sie hierfür nicht kaufen. Der Transrapid fährt in Schanghai, doch bei Thyssen-Krupp hat weiterhin die Stiftung das Sagen.

Die fehlende Reziprozität und der nur einseitig freie Handel mit China raubte Deutschland bislang weder die Industrie noch die Technologie. Trotzdem bereitet Berlin auch über Brüssel massive Eingriffsmöglichkeiten in die Grundrechte von Eigentümern vor. Frühere Bundesregierungen waren gelassener, sie vertrauten den Vorzügen einer offenen Wirtschaft – zum Wohle der deutschen Verbraucher. Bei aller Freude über den wieder laufenden deutsch-französischen Motor in der EU sollte Berlin nicht Frankreichs Industriepolitik nacheifern. Obwohl Paris so manche Übernahme verbot, hielt es den Niedergang der französischen Industrie nicht auf. Auch die vielen von Washington untersagten Übernahmen verhinderten nicht das Schrumpfen der amerikanischen Industrie.

Die Handelspolitik der EU ist ebenfalls widersprüchlich. Einerseits preist die EU-Kommission den Freihandel und positioniert sich als Gegenpol zu Donald Trump. Andererseits unterscheidet sich die Brüsseler Handelspolitik gegenüber China nur rhetorisch von der Politik Trumps. Denn auch die EU-Kommission baut Hürden. Über neue Anti-Dumping-Regeln sollen Strafzölle weiterhin möglich sein, selbst wenn China von der Welthandelsorganisation WTO den Status als Marktwirtschaft erhalten sollte. Außerdem gibt es den Entwurf einer EU-Verordnung, die ein Verbot von Übernahmen europäischer Unternehmen ermöglichen soll, wenn die „öffentliche Ordnung“ bedroht ist. Bislang dürfen

EU-Staaten Übernahmen nur verhindern, wenn Sicherheitsinteressen berührt sind, was ein klares Kriterium ist. Doch wann ist die „öffentliche Ordnung“ bedroht?

Für amerikanische Weltkonzerne war Trumps Steuerreform ein großes Weihnachtsgeschenk, für europäische Staaten ist sie ein Ärgernis und für nichtamerikanische Unternehmen eine Herausforderung. Durch die drastische Senkung der Unternehmenssteuern entsteht Handlungsdruck für europäische Regierungen. Außerdem enthält diese Steuerreform derart viele einseitige und protektionistische Bevorzugungen der Unternehmen mit Sitz in den Vereinigten Staaten, dass Europa überlegen muss, wie man darauf reagiert. „Ganz offensichtlich werden mit dieser Reform ja auch Regeln der WTO verletzt“, sagte der ehemalige CDU-Politiker Friedrich Merz, der heute für den Vermögensverwalter Blackrock arbeitet und der sich als Atlantiker auch Sorgen um das Verhältnis zwischen Amerika und China macht.

China wird geführt mit eisernem Griff durch eine kommunistische Elite, die auf Demokratien herabschaut und eigene Vorstellungen von Menschenrechten hat. Gleichwohl sehnen sich die wenigsten Chinesen nach Demokratie. Dasselbe gilt für viele andere Länder in Asien, Afrika oder dem Mittleren Osten. Die Krisen des Westens machen die Demokratie als Staatsform nicht attraktiver. Das chinesische Politbüro hat das Ziel ausgegeben, bis 2025 in zehn Schlüsselindustrien den Weltmarkt zu erobern und bis zum 100-jährigen Jubiläum der Volksrepublik zur führenden Weltmacht aufzusteigen. Für Chinesen ist das selbstverständlich. Schließlich war das Reich der Mitte bis ins 18. Jahrhundert eintausend Jahre lang die reichste, mächtigste und innovativste Nation der Welt.

Nicht nur unter Trumps Anhängern, sondern auch unter amerikanischen Intellektuellen herrscht die Sorge, China werde das amerikanische Zeitalter beenden. Wird China wirklich in absehbarer Zeit Amerika als politische, militärische, kulturelle und wirtschaftliche Führungsmacht ablösen? Oder wird die Innovationskraft der Vereinigten Staaten größer bleiben? Noch immer

zieht es die klügsten Menschen der Welt an die amerikanische Westküste. Dorthin locken sie auch große gesellschaftliche Freiheiten, die Peking niemals gewähren wird, weil Freiheit mit dem absoluten Machtanspruch der Kommunistischen Partei unvereinbar ist.

Die Chinesen verfolgen einen strategischen Plan und erheben einen globalen Machtanspruch. „Den Schneid sollten wir uns nicht abkaufen lassen“, sagte Friedrich Merz jüngst dieser Zeitung. Der Westen müsse sein Modell liberaler Gesellschaften und offener Märkte dagegenhalten. Das Beunruhigende sei nur, dass dies praktisch nicht geschieht. Auf Chinas Plan habe Europa erkennbar keine Antwort, während die Vereinigten Staaten vor allem mit sich selbst ringen. Tatsächlich ist es mit der Einigkeit der EU schnell vorbei, sobald Chinas Milliarden locken, wie man in Griechenland oder Ungarn gesehen hat.

Das Pekinger Politbüro hat einen langen Atem und schickt Staatskonzerne vor, um strategisch wichtige Unternehmen einzukaufen – zu Preisen, die sich vor allem politisch rechnen müssen, nicht zwingend betriebswirtschaftlich. An die Regeln des fairen Wettbewerbs, die China unterschrieben hat, als es der WTO beitrug, hält es sich nur bedingt. Es stellt sich also nicht die Frage, ob China Foul spielt, sondern ob die Bundesregierung einen Plan hat für die schärfer werdende Auseinandersetzung mit dem machthungrigen Land. Hektisch und vergeblich nach einem anderen Käufer für Kuka zu suchen, wie es Gabriel versuchte, beeindruckt niemanden. Nationale Rhetorik auch nicht, die beherrschen die Kommunisten allemal besser. Berlin muss auf Regierungsebene in Peking die mangelnde Transparenz und vor allem die fehlende Reziprozität immer wieder ansprechen.

Chinas Staatskonzerne hüllen sich in Schweigen, kaum jemand kennt ihre Absichten, oft sind nicht mal die Eigentümer bekannt. Ein Beispiel hierfür ist das Konglomerat HNA, das mit 9,9 Prozent größter Eigentümer der Deutschen Bank ist. Schätzungen zufolge hat HNA in kurzer Zeit im Ausland Beteiligungen für mehr als 40 Milliarden Dollar gekauft, obwohl die Firma nach eigenen

Angaben nur 100 Millionen Dollar im Jahr erlöst. Der nach Amerika geflohene chinesische Milliardär Guo Wengui behauptet, an HNA halte in Wahrheit die Familie von Wang Qishan Anteile, ein früheres Mitglied im Ständigen Ausschuss des Politbüros und damit einer der mächtigsten Kader hinter Präsident Xi. Nachdem Bankenaufseher der EZB und aus der Schweiz darüber nachdachten, ob sie den größten Aktionär der Deutschen Bank von Behörden durchleuchten lassen wollen, wurden zwei Stiftungen in New York und Hainan genannt, die angeblich HNA kontrollieren, die aber auch niemand kennt.

So bitter das ist, zur Wahrheit gehört auch: Wer China misstraut, müsste aus ähnlichen Erwägungen fragen, was eigentlich mit dem russischen oder arabischen Geld ist, mit dem europäische Fußballklubs aufgepumpt oder deutsche Autokonzerne aufgefangen werden. Sollte die EU trotz des nur einseitig freien Handels mit China auf eine Investitionskontrolle verzichten? Dafür spräche, dass die Europäer ein Vielfaches dessen in China investieren, was die Chinesen in der EU investieren. Außerdem drehte sich dann die Spirale aus Protektionismus und Gegenprotektionismus noch schneller. So gesehen, wäre ein Verzicht ein starkes Signal für den Freihandel. Andererseits wäre es naiv, zu glauben, man hätte es in China mit einem Partner zu tun, der ähnlichen Regeln wie der Westen folgte oder diese nicht für sich ausnutzte. Nüchtern die ökonomische Lage betrachtend und die machtpolitischen Aspekte abwägend, vor allem auch mit Blick auf die Aggressionen der Volksrepublik im südchinesischen Meer gegenüber allen asiatischen Nachbarn, muss man wohl konstatieren, dass nur gemeinsamer Druck von Amerika und Europa in Peking Eindruck machen dürfte.

In der deutschen Unternehmerschaft ist die Stimmung ähnlich wie in der deutschen Bevölkerung: Man ist für den Freihandel, macht gerne gute Geschäfte auf dem größten Markt der Welt, möchte aber zugleich vor einem übermächtigen China geschützt werden. Wie passt das zusammen? Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit, pflegen deutsche Spitzenpolitiker zu sagen. Also sollte Berlin, das ja traditionell

besonders intensive Kontakte mit Peking unterhält, sich fragen, mit welchem Partner man es zu tun hat. Die Antwort darauf ist nicht trivial, weil die chinesische Volkswirtschaft eine seltsame Mischung ist. In manchen Teilen erinnern chinesische Unternehmen an die wilden Zeiten des Manchesterkapitalismus. Im weitaus größeren Teil handelt es sich jedoch um eine vom Zentralkomitee geschickte gelenkte Planwirtschaft. Das Bild aus großen Staatskonzernen und vielen „privaten“ Konzernen verwirrt, da scheinbar private Unternehmen oft von Kadern geführt oder kontrolliert werden und häufig politischen Zielen dienen, besonders wenn sie in strategisch wichtigen Branchen tätig sind. Größere Auslandsinvestitionen chinesischer Unternehmen sind ohne Duldung des Zentralkomitees oder der Parteifunktionäre in den Provinzen undenkbar. Der Kapitalverkehr wird streng kontrolliert, das Bankensystem ist staatlich, auch die Zinsen setzt der Staat fest und der Wechselkurs darf ebenfalls nicht frei nach Angebot und Nachfrage schwanken. Für chinesische Bürger ist eine Geldüberweisung ins Ausland nur in engen Grenzen und unter Kontrolle der Partei möglich. Wer den Höchstbetrag von 50 000 Dollar transferieren möchte, wird peinlich genau von Parteifunktionären befragt und muss seine Gründe und Auslandskontakte offenlegen.

Auf dem Höhepunkt der Weltfinanzkrise nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers legten Pekings Machthaber ein gigantisches Konjunkturpaket auf. Um die Wirkungen der Finanzkrisen in Amerika und Europa abzufangen, pumpte Chinas Notenbank Billionen in die Märkte. Für die Weltbörsen war das, was viele erst spät merkten, der Startschuss zu einem bis heute tragenden Börsenboom. Dadurch wuchs in China eine Finanzblase heran, die in ihrem Ausmaß die westlichen Blasen in den Schatten stellen könnte. Denn in China entstand ein riesiger Schattenbankenmarkt, dessen Zusammenbruch die Weltwirtschaft erschüttern könnte. „Wichtig ist, dass China erkannt hat, dass es etwas tun muss. Finanzdienstleister dürfen bestimmte riskante Produkte nicht mehr verkaufen. Jetzt geht es an die Auslandsinvestitionen“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Allianz, Oliver Bäte, der F.A.Z. In China schlummerten unvorstellbare

Summen in Schattenbanken, was eine neue Finanzkrise auslösen könnte, warnt Victor Shih, der an Kaliforniens Universität das chinesische Finanzsystem erforscht. In der F.A.S. schätzte er das Volumen jenseits der Bankbilanzen auf etwa 25 Billionen Yuan oder umgerechnet 3,2 Billionen Euro, einem Fünftel der offiziellen chinesischen Kreditforderungen, und schrieb: „Die Regulierung der überhitzten Märkte für Kredite, Immobilien und Vermögensanlagen ist ein Tanz auf Messers Schneide: Wenn staatliche Regulierer die informellen Finanzierungskanäle abrupt einschränken, könnte Panik mit Zahlungsausfällen und drastischen Marktkorrekturen entstehen.“ Die kaum regulierten Produkte seien wacklige Konstrukte, denn sie basierten häufig auf fragwürdigen Zahlungsströmen und sind oft wie Kettenbriefe an einzelne Investoren vertrieben worden. Sogar der Internationale Währungsfonds warnte kürzlich vor Chinas Schulden, nachdem er das chinesische Bankensystem einem Stresstest unterzogen und festgestellt hatte, dass 27 von 33 Banken im Krisenfall kippen könnten. Mal sehen, ob Peking das Kunststück gelingt, erstmals aus einer Kreditblase kontrolliert die Luft abzulassen.

Natürlich strebt China auch im Internet an die Spitze, weshalb den meisten Technologiegiganten aus dem Silicon Valley der Zugang zum chinesischen Markt verwehrt wird. Twitter, Facebook und Google sind in China gesperrt, auch WhatsApp und Skype wurden abgeschaltet. Statt wie im Westen Amazon dominiert in China Alibaba den Konsum und beherrscht Baidu anstelle von Google die Internetsuche. Die digitale Transformation der Gesellschaft schreitet in China schneller voran als im Westen. Einkaufen im Internet und mobiles Bezahlen an allen möglichen Orten sind in China selbstverständlich. Als neuestes Experiment soll von Januar an eine App den offiziellen chinesischen Personalausweis ersetzen. Diese App von WeChat, einem in China beliebten Mitteilungsdienst, der zum 500 Milliarden Dollar teuren Internetkonzern Tencent gehört, wurde gemeinsam mit der Forschungsabteilung des chinesischen Ministeriums für öffentliche Sicherheit entwickelt. Die Autorisierung erfolgt, indem der Nutzer in eine Kamera schaut, woraufhin eine

auf Methoden der Künstlichen Intelligenz basierende Software das Gesicht mit der registrierten ID abgleicht.

Für Peking hat die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz hohe Priorität. Am 18. Juli 2017, keine zwei Monate nach der Niederlage des weltbesten Spielers des Brettspiels Go gegen die von Amerikanern entwickelte Künstliche Intelligenz, verabschiedete der Staatsrat der Volksrepublik einen Zwölfjahresplan mit dem Ziel, China bis 2030 zum führenden und globalen Innovationszentrum für Künstliche Intelligenz zu machen. „Mit seinem Streben nach KI-Weltherrschaft startet China nicht nur einen technologischen, sondern auch einen moralischen Rüstungswettlauf“, schreibt der Schriftsteller und Internetfachmann Peter Glaser in der „Neuen Zürcher Zeitung“. Das sorgte auf der ganzen Welt für Reaktionen. Russlands Präsident Wladimir Putin ging in einer Rede zum Schulbeginn auf KI ein: „Wer auch immer in diesem Bereich führend sein wird, wird die Welt beherrschen.“ Künstliche Intelligenz sei die Zukunft, nicht nur für Russland, sondern für die gesamte Menschheit. „Putin hat erkannt, dass ein Gleichstand der KI-Fähigkeiten die Welt sicherer machen würde“, meint Glaser. Das sei das alte Prinzip der Abschreckung. Aber eine Frage hat der Autor nicht gestellt: Wo bleibt im digitalen Rennen um die Führung der Welt Europa?

Während der World Internet Conference Anfang Dezember 2017 in Wuzhen sagte Tim Cook, der Chef von Apple: „Es ist viel gesagt worden über die möglichen Risiken von Künstlicher Intelligenz, aber ich Sorge mich nicht um Maschinen, die denken wie Menschen. Ich Sorge mich um Menschen, die denken wie Maschinen.“ In einem Grußwort verteidigte Parteichef Xi Jinping die Internetkontrollen seines Landes. China wolle seine Tür zum weltweiten Netz offenhalten, aber „Cybersouveränität“ sei wichtig für die Entwicklung der digitalen Welt. Jede Nation habe das Recht, ihren Anteil am Internet selbst zu verwalten, zu kontrollieren und zu zensieren.

Als nächstes großes Projekt will Peking alle privaten und staatlichen Datenbanken in China zu einer gigantischen Datensammlung

verschmelzen, um zum einen bei der Entwicklung Künstlicher Intelligenz den Größenvorteil auszuspielen. Zum anderen soll ein allumfassendes soziales Bewertungssystem die 1,4 Milliarden Einwohner der Volksrepublik zu sozialistischer Folgsamkeit zwingen. Erstmals soll es sogar Strafen für Wohlhabende geben. Bürger, die allein in zu großen Wohnungen leben oder ausländische Luxusautos fahren, sollen mit Minuspunkten bestraft werden. Wie zu Zeiten Maos, als es für harte Feldarbeit Pluspunkte gab, soll tugendhaftes sozialistisches Verhalten belohnt werden. In der nahe Peking gelegenen Verwaltungszone Xiongan, die unter direkter Kontrolle der Zentralverwaltung steht und als Prestigeobjekt von Präsident Xi Jinping gilt, sollen Einwohner, die gegen die detaillierten moralischen und sozialen Verhaltensregeln verstoßen, keine Wohnungen mehr oder keine Schulplätze für ihre Kinder bekommen. Zum Beispiel sollen 100 Punkte vom persönlichen Bonitätskonto abgezogen werden, wenn ein Bürger nicht „freiwillig“ beim Pflanzen von Bäumen mithilft. Landesweit will Chinas Staatsrat das soziale Bewertungssystem, mit dem chinesische Bürger auf Parteilinie gebracht werden, von 2020 an einführen.

Die Basis hierfür bildet die riesige Datenbank. Mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz und Big-Data-Analyse soll jegliches Verhalten von Bürgern, Unternehmen, Behörden und Institutionen erfasst und ausgewertet werden. Neben Wohlverhalten sollen auch Bonität und Konsum in die Bewertungen einfließen. Hierfür arbeitet die Regierung unter anderen mit dem weltgrößten E-Commerce-Anbieter Alibaba zusammen. Bereits heute bewerten Internetkonzerne wie Alibaba oder Tencent nach eigenen Angaben die Käufe und Einträge ihrer Kunden und stellen diese Daten dem Staat zur Verfügung. Regierungskritische Äußerungen sollen nach Berichten von Hendrik Ankenbrand, dem China-Korrespondenten der F.A.Z., genauso mit Punktabzug bestraft werden wie die Weigerung erwachsener Kinder, ihre Eltern regelmäßig zu besuchen. Wahrscheinlich wird der Punktestand künftig auch darüber entscheiden, wer eine Arbeitsstelle bekommt oder befördert wird. Nicht zufällig schwärmte Jack Ma, der Gründer und Chef von

Alibaba, auf einer Internetkonferenz von Chinas Präsident Xi und lobte die Überlegenheit des chinesischen Systems in den höchsten Tönen gegenüber den vermeintlich schwachen Demokratien des Westens. Pekings Pläne für das digitale China klingen nach mehr als nur einer Rückkehr zur sozialistischen Planwirtschaft, sie stellen sogar George Orwells düstere Vision des totalen Überwachungsstaats in den Schatten.

Auf dem jüngsten Volkskongress kündigte Xi Jinping an, die Kontrolle des Staates über jeden einzelnen Lebensbereich stark auszuweiten. So drängt die Partei schon seit geraumer Zeit darauf, auch in ausländischen Unternehmen Parteizellen zu gründen. Bei wichtigen Entscheidungen beansprucht die Partei Mitspracherecht. Peking nimmt dadurch immer stärker Einfluss auf europäische und amerikanische Unternehmen. „Mit großer Sorge“ beobachtet die deutsche Außenhandelskammer in China, wie Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen von Peking unter Druck gesetzt werden, Parteizellen einzurichten. Deutsche Unternehmen könnten China verlassen, warnte vor kurzem die Außenhandelskammer in Peking. So deutliche Worte sind ungewöhnlich, sie zeigen, wie stark sich mittlerweile deutsche Unternehmen von der Partei bedroht fühlen.

Im Gegensatz zu den harten Erfahrungen deutscher Firmen in China hängt die politische und veröffentlichte Debatte hierzulande noch am Traum einer Öffnung und Annäherung Pekings an den Westen. Doch das ist Vergangenheit. In den neunziger Jahren öffnete sich Chinas Staatswirtschaft neuen Unternehmensformen. Danach erlebten private und ausländische Unternehmen ein rauschhaftes Wachstum in der Volksrepublik. Das verleitete viele Beobachter zum Trugschluss, China näherte sich dem westlichen Leitbild an. Aber das Gegenteil passiert. Die Kommunistische Partei will die Kontrolle über die Privatwirtschaft wiedererlangen und sich dabei selbst disziplinieren.

Durch die Antikorruptionskampagne der vergangenen Jahre ist es für Unternehmer schwierig und gefährlich geworden zu versuchen, sich

politischen Einfluss bei Funktionären zu erkaufen. „Auch hat die Partei ihre Kontrollmechanismen in Unternehmen deutlich verstärkt“, wie Sebastian Heilmann, Gründungsdirektor des Mercator Instituts für China-Studien, in der F.A.S. schrieb. „In mehr als zwei Dritteln aller Unternehmen mit privatem Kapital existieren heute aktive Parteiorganisationen, wie sie es zuvor vornehmlich in Staatsunternehmen gab.“ KP-Vertreter säßen nun nicht mehr nur in Betriebsgewerkschaften von großen Privatunternehmen, sondern auch in Leitungsfunktionen bis hin zu Aufsichtsräten und Vorständen. Der im Oktober 2017 offiziell verkündete „Sozialismus chinesischer Prägung für ein neues Zeitalter“ entferne sich durch den organisierten Zugriff auf alle Unternehmen weiter von den marktwirtschaftlichen Prinzipien, warnt Heilmann. Während ausländischen Investoren in China zentrale Zukunftsbranchen verschlossen blieben, betreibe die Regierung in Peking großangelegte Förder- und Finanzierungsprogramme mit dem Ziel, ausländische Technologieführer aufzukaufen und chinesische Kontrolle über die wichtigen Zukunftstechnologien zu erhalten. „Bis 2025 soll die Volksrepublik eine führende Rolle in Hochtechnologiemärkten erobern, etwa bei Robotik, Künstlicher Intelligenz, Luft- und Raumfahrt, Elektromobilität oder genetisch hergestellten Medikamenten. Wollen wir zuschauen, wie Hochtechnologie aus Deutschland oder Europa per Regierungsprogramm abgezogen wird?“, fragte Heilmann in der „Zeit“.

Das besondere Interesse der Staatspartei gilt strategischen Branchen, allen voran den großen digitalen Plattformen Alibaba und Tencent, die einer strikten staatlichen Aufsicht unterliegen. Staat und Konzerne gehen in Chinas Digitalwirtschaft eine Symbiose zum gegenseitigen Nutzen ein. Der Staat sorgt für lukrative Geschäfte, indem er ausländische Anbieter fernhält und innovative Techniken wie etwa Gesichtserkennung fördert und flächendeckend einsetzt. Die Konzerne revanchieren sich mit der Weitergabe der Nutzerdaten für Überwachungszwecke, um der Staatspartei dabei zu helfen, die „Stabilität“ des Landes zu sichern.

Chinas Traum, den Weg zurück zur stärksten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht, skizzierte der Parteichef Xi Jinping schon auf dem 18. Volkskongress im Jahr 2012 und nannte hierfür drei Meilensteine. Der erste wird „Xiaokang“ genannt. Dabei handelt es sich um ein Konzept, das auf den großen Reformen Deng Xiaopings zurückgeht. Nach Jahrzehnten unsäglicher Armut durch Maos Revolution und Terror entwickelte Deng im Jahr 1979 vier Modernisierungsprogramme, um die absolute Armut zu überwinden und um ein moderates Wohlstandsniveau zu erreichen. Das ist in nur drei Jahrzehnten auf beeindruckende Weise für mehr als 800 Millionen Chinesen gelungen.

Bis 2020 werde „Xiaokang“ für alle 1,4 Milliarden Chinesen erreicht, verkündete nun der Vorsitzende Xi auf dem 19. Volkskongress. Sollte Chinas Wirtschaft in den kommenden Jahren um jeweils 6,5 Prozent wachsen, läge das durchschnittliche Wohlstandsniveau in etwa auf dem heutigen Niveau von Argentinien oder Polen, rechnet John Wong von der Nationaluniversität Singapur vor. Aber natürlich wollen auch die Chinesen aus der Falle mittlerer Einkommen ausbrechen, um mehr als nur ihre Basisbedürfnisse zu befriedigen. Deshalb gab Xi das Ziel aus, bis 2035 einen „modernen Sozialismus chinesischer Prägung für ein neues Zeitalter“ zu entwickeln. Wenn Chinas Wirtschaft von 2020 bis 2035 um jährlich 5 Prozent wächst, würde Wong zufolge ein vollkommen entwickeltes Wohlstandsniveau erreicht, welches dem des heutigen Taiwans vergleichbar wäre.

In der nächsten Etappe, „Fuqiang“ genannt, müsste China im Schnitt um 3,5 Prozent wachsen, damit bis 2049, rechtzeitig zum hundertsten Jahrestag der Gründung der Volksrepublik, ein starkes und prosperierendes China die Welt beherrscht. Dann wäre Chinas Wohlstand mit dem des heutigen Deutschlands vergleichbar, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen. Mit Blick auf die absolute Wirtschaftskraft wäre China dann mit einem Bruttoinlandsprodukt von 50 Billionen Dollar der Gigant unter den Volkswirtschaften, dreimal so groß wie die Vereinigten Staaten.

Der amerikanische Historiker Niall Ferguson von der Harvard-Universität, analysiert in seinem neuen Buch „The Square and the Tower“ die Geschichte sozialer Netzwerke. Er warnt eindringlich vor der Macht sozialer Marktplätze und digitaler Monopole. Im Unterschied zu den früheren Marktplätzen und auch den Netzwerken der industriellen Revolution, die weit verzweigt waren und kein Monopol besaßen, hätten heute einige wenige Internetkonzerne eine globale Monopolstellung erreicht, die historisch ohne Beispiel ist. Die Tatenlosigkeit der Regierungen habe dazu geführt, dass Marktplätze, die früher öffentlich und für jedermann zugänglich waren, jetzt Facebook und Google gehören, die beide zugleich den globalen Werbemarkt dominieren. Im Westen besäßen diesen Raum nun zwei Firmen, die über persönliche Daten jedes Nutzers verfügen und diese für Werbung weiterverkaufen, warnt der Historiker in der „Zeit“. Nur wenn man Facebook und Google für die Verbreitung von Extremismus und Fake News haftbar mache, könne man das Problem angehen.

Für Ferguson sind die chinesischen Internetriesen Baidu und Tencent mit den Silicon-Valley-Konzernen durchaus vergleichbar. Doch gebe es einen entscheidenden Unterschied. Für Facebook seien Nutzerdaten die Basis für ein Geschäftsmodell, die es mit niemandem teilen wolle, auch nicht mit den Sicherheitsbehörden, wenn es um die Bekämpfung von Terrorismus gehe. In China bedeuten Nutzerdaten dagegen die Ermächtigung der Diktatur. Jack Ma, der Chef von Alibaba, brachte das kürzlich auf einer Internetkonferenz auf den Punkt, als er sagte: Big Data sei für die politische Stabilität Chinas entscheidender als alles andere. In China habe der Staat uneingeschränkten Zugang zu allen Daten und zusätzlich die Kapazität, sie auszuwerten und damit jede Opposition im Keim zu ersticken, sagt Ferguson und warnt: „Das ist eine neue Form des Totalitarismus.“

Doch das kümmerte die globale Managerelite nicht, als sie auf ihrem letzten Gipfeltreffen in Davos den chinesischen Führer Xi als Verfechter des Freihandels feierte, offenbar geblendet von den Absatzchancen im Riesenreich und

geschockt vom Wahlsieg Donald Trumps in Amerika. Es ist an der Zeit, dass auch die Wirtschaft aufwacht und erkennt, mit wem sie es zu tun hat. Die Volksrepublik führt auf der Weltbühne nur eine Illusion von Marktwirtschaft auf. Tatsächlich ist China eine von der kommunistischen Parteidiktatur beherrschte und gelenkte Planwirtschaft. Deshalb dürfen die Vereinigten Staaten und auch die Europäische Union der Volksrepublik China in den WTO-Verhandlungen nicht den Status einer Marktwirtschaft geben. Darüber hinaus sollten Amerika und Europa im Umgang mit Chinas Führung und mit chinesischen Unternehmen gemeinsam auf Reziprozität bestehen.

Die Analogie der Netzwerke wendet Niall Ferguson auch auf die noch vorhandene globale Vormachtstellung des Westens an. Diese beruhe auf einem komplexen System, das auf der Stärke Amerikas aufbaue. Die entscheidende Frage stellt der Historiker selbst: „Wie groß sind die Störungen in diesem System, und wie wahrscheinlich ist es, dass es zu einem Netzwerkausfall kommt?“ Nach seiner Meinung gibt es zwei wesentliche Störfaktoren. „Erstens die Gefährdung der Demokratie durch die Polarisierung in den sozialen Netzwerken. Und zweitens die Möglichkeit, dass China mit technologischen Mitteln die Stellung des Dollars angreift und damit das Netzwerk der westlichen Dominanz ins Chaos stürzt.“ Beides hält der renommierte Historiker für relativ wahrscheinlich.

Trotz aller Rivalität ist es wichtig und richtig, mit China im Geschäft zu bleiben. Für die deutsche Exportwirtschaft ist das sogar von existentieller Bedeutung. Aber politisch und wirtschaftlich sollte der Westen darauf reagieren, wenn der Freihandel missbraucht wird und Menschenrechte missachtet werden. Europa und Amerika müssen zusammen eine Antwort finden auf die Rolle rückwärts in China. Kommunistische Funktionäre dürfen keinen direkten Einfluss auf europäische und amerikanische Unternehmen nehmen. Angesichts der verstärkten Zensur im chinesischen Internet und in den Medien und der zunehmenden Unterdrückung grundlegender Freiheitsrechte darf der Westen nicht einfach wegschauen, will er seine eigenen Werte nicht verraten.

Doch leider ist zu befürchten, dass Amerika weiter mit sich selbst beschäftigt sein wird. Und Europa wird wohl leider die von EU-Ratspräsident Donald Tusk festgestellte doppelte Spaltung der EU vertiefen, zwischen Nord und Süd durch die Euro-Rettung und zwischen Ost und West durch die Flüchtlingspolitik. Der Rückzug der Vereinigten Staaten aus der globalen Verantwortung, die mit der Unabhängigkeit vom arabischen Öl einsetzte, also schon vor Trump, dürfte sich fortsetzen. Die entstehende Lücke wird China geschickt politisch, wirtschaftlich und militärisch zu schließen versuchen, durch die Modernisierung der Volksarmee, die Betonierung von immer neuen Flugzeugträgern im südchinesischen Meer, das Vordringen in Afrika und durch das Großprojekt Seidenstraße, mit dem China seinen Einfluss bis nach Europa ausweiten will.

Die nächste Bundesregierung, die vierte unter Führung von Kanzlerin Angela Merkel, wird aller Voraussicht nach den Vorschlägen des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron folgen und den Umbau der Währungsunion zur Transfergemeinschaft vorantreiben. Das wird in einigen Mitgliedsländern auf wenig Wohlgefallen stoßen. Im Gegenzug wird Macron wahrscheinlich Merkels verfehlte Flüchtlingspolitik unterstützen, die eine weitere Zuwanderung aus Afrika, Arabien und Asien vorsieht und einen Zwang zur Verteilung der Migranten auf EU-Staaten. Dadurch werden die Fliehkräfte in der Gemeinschaft weiter zunehmen, weil nicht nur mittelosteuropäische, sondern auch skandinavische, baltische und südosteuropäische Länder eine Begrenzung der Zuwanderung und strikte Grenzkontrollen wollen. Peking dürfte sich über diese unverhoffte Hilfe freuen, arbeitet es doch selbst mit Fleiß an der Spaltung Europas. Am Ende könnte die Eurozentriertheit in Berlin und Paris zusammen mit dem amerikanischen Rückzug auf Washington der Kommunistischen Partei helfen, den globalen Machtanspruch Pekings zu verwirklichen. Klüger und vorausschauender wäre es, auch die digitale Allmachtsphantasie Chinas als Kampfansage an die Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle des Westens zu verstehen. Es wäre ein Treppenwitz der Geschichte, ebnete der fehlende Weitblick der politischen

Führung des Westens ein Vierteljahrhundert nach dem Sieg über den Sowjetkommunismus nun ausgerechnet Chinas Digitalkommunisten den Weg zur Weltherrschaft.



Holger Steltzner ist Herausgeber der F.A.Z.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



Quelle: © Nir Elias, Reuters.

[Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.08.2018, S. 11](#)

Die automatisierte Politik

Mark Siemons

Warum finden so viele Chinesen das Sozialkreditsystem gut, das ihr gesamtes Verhalten bewertet? Was Peking gerade entwickelt, könnte für die westlichen Demokratien zu einer ernststen Herausforderung werden.

Wie kann es sein, dass achtzig Prozent der Chinesen ihre Erfassung in einem mit Künstlicher Intelligenz betriebenen Punktesystem gutheißen, mit dem ihr Verhalten in potentiell allen Lebensbereichen nicht nur bewertet, sondern automatisch auch belohnt oder bestraft wird? Eine repräsentative Online-Umfrage, die die Freie Universität Berlin in China anstellte, hat soeben genau dieses Ergebnis erbracht. Und ausgerechnet die Gebildeteren, Wohlhabenderen und etwas Älteren, die Stützen also jener Mittelschicht, von der einer bisher gültigen Politiktheorie zufolge das größte Verlangen nach Demokratisierung und Liberalisierung in der Volksrepublik ausgehen wird, ausgerechnet die sind am meisten dafür.

Möglicherweise wird das sogenannte Sozialkreditsystem, das von 2020 an alle Chinesen erfassen soll und das in den westlichen Öffentlichkeiten eine große, aus Faszination und Schrecken gemischte Aufmerksamkeit gefunden hat, immer noch unterschätzt. Man stellt sich darunter oft bloß eine Verlängerung und vervollkommnung der staatlichen Überwachungs-maschinerie vor, der diktatorischen Herrschaft also, die die Kommunistische Partei über die Bevölkerung ausübt – mit dem Staatsapparat auf der einen Seite und auf der anderen einem Volk geduckter Existenzen, die unter dem Druck der immer weiter gehenden Überwachung immer geduckter werden. Ein solches System wäre kein wirklicher Konkurrent im Wettbewerb der Systeme, in dem sich die Bundesregierung in der neuen globalen Konstellation sieht. Die Geschichte hat zur Genüge erwiesen, dass eine Herrschaftsform, die die Gesellschaft von außen dirigiert und nicht aus sich heraus wirken lässt, auf Dauer schon rein wirtschaftlich nicht überlebensfähig sein kann und der liberal-demokratischen Regierungsweise daher auf Dauer hoffnungslos unterlegen ist.

Doch die von der Politikwissenschaftlerin Genia Kostka angestellte Untersuchung liefert Indizien dafür, dass die Pointe des Sozialkreditsystems eine andere, abgründigere sein könnte. Die Befragten sehen das System nicht vor allem als ein Medium der Überwachung an, sondern als Instrument, um eine institutionelle und regulatorische Lücke zu schließen und damit ihre eigene Lebensqualität zu verbessern. Als einen Hauptmangel der chinesischen Gesellschaft identifizieren sie einen allgemeinen Mangel an Vertrauen, zumal Staat und Justiz gleichzeitig bemerkenswert schwach darin seien, etwa säumige Schuldner zur Rückzahlung ihrer Schulden zu zwingen. Beides zusammen stelle ein Hindernis für die Vergabe von Krediten und damit für das Funktionieren der Marktwirtschaft überhaupt dar. In dieser Lage versprechen sie sich von den verschiedenen Sozialkreditsystemen im Land eine transparente Messung ihrer Kreditwürdigkeit anhand eindeutiger und präziser Daten und Kriterien und mithin eine Steigerung der eigenen Lebenschancen. Das Thema steht für technologischen Fortschritt.

Bisher haben die meisten Chinesen allerdings nur wenig Erfahrung mit dem staatlichen Sozialkreditsystem, das für alle Bürger verpflichtend sein wird, sich bisher aber noch in der Erprobung befindet und in umfassender Form nur in einigen Modellstädten angewendet wird. Lediglich sieben Prozent der repräsentativ ausgesuchten Teilnehmer der Umfrage waren Teil eines solchen Modellprojekts, während achtzig Prozent angaben, freiwillig an den Sozialkreditsystemen teilzunehmen, die die großen Internetkaufhäuser wie Alibaba ihren Kunden anbieten – und dies, obwohl gerade die kommerziellen Punktekonten sehr weit in der Auswertung privater Daten gehen. „Zhima Credit“ von Alibaba etwa entwirft nach einem unbekanntem Algorithmus

ein Persönlichkeitsprofil, wie es sich aus der Zahlungsmoral, den Kaufpräferenzen innerhalb des Internetkaufhauses (der Erwerb vieler Computerspiele kann auf Leichtsinn hindeuten, die Anschaffung von Babykleidung dagegen auf Verantwortlichkeit) und sogar aus den Kontakten innerhalb der sozialen Netzwerke zu erkennen gibt. Wer sich auf Leute mit einem niedrigen Punktestand einlässt, senkt automatisch auch die eigene Kreditwürdigkeit, während Bekanntschaften mit Inhabern vieler Punkte das Vertrauen erhöhen, das einem selbst entgegengebracht wird.

Bei einem solchen kommerziellen System kann der Kunde allerdings nicht mehr verlieren als günstige Kauf- und Kreditkonditionen. Beim staatlichen System dagegen kann eine niedrige Punktzahl zu öffentlicher Bloßstellung und zu ganz handfesten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit führen. Schon jetzt stehen Millionen Bürger auf einer von Gerichten veröffentlichten Schwarzen Liste, weil sie Rechnungen nicht beglichen oder Geldbußen nicht entrichtet haben; die Konsequenz ist, dass sie nicht mehr ohne weiteres Tickets für Flugreisen oder für Fahrten mit Hochgeschwindigkeitszügen kaufen können. Verblüffend ist daher, dass bei der FU-Untersuchung die höchsten Zustimmungsraten ausgerechnet bei Befragten erreicht werden, die schon Teil eines staatlichen Modellversuchs sind. In begleitenden Interviews gaben sie an, dass sie erwarten, dass der chinesische Sicherheitsapparat ohnehin alle Daten über sie habe oder haben könne. Wegen des neuen Systems machten sie sich deshalb keine zusätzlichen Sorgen. Anscheinend erhoffen sie sich, dass die ohnehin schon vorhandene Überwachung verlässlicher, weniger willkürlicher werde.

Das erstaunliche Ergebnis der Studie ist also, dass ein Großteil der Befragten das Sozialkreditsystem vor allem als Stärkung der Marktwirtschaft, der Moral und der individuellen Entwicklungsmöglichkeiten empfindet, man könnte auch sagen: der Gesellschaft. Die Autoren der Untersuchung stellen in Rechnung, dass sich in einem autoritären System manche Befragte, auch wenn ihnen Anonymität zugesichert wurde, mit Kritik

lieber zurückhalten; doch auch dann bleibe aussagekräftig, dass 49 Prozent sogar starke Zustimmung zu dem Projekt äußerten.

Anscheinend geht das Kalkül der Kommunistischen Partei Chinas auf, die sich nach der Kulturrevolution und dann noch einmal unter veränderten Vorzeichen nach der Demokratiebewegung von 1989 die Frage stellte: Wie kann die Partei alles unter Kontrolle behalten und gleichzeitig die von der Gesellschaft ausgehende Dynamik entfesseln, die für den wirtschaftlichen Erfolg notwendig ist? Schon in den letzten Jahrzehnten hat die KPC diese Paradoxie weit effektiver gemeistert als alle kommunistischen Systeme vor ihr, insbesondere die Sowjetunion. Mit den geduckten Existenzen, die man innerhalb des immer strafferen Autoritarismus erwarten würde, wäre der hochenergetische Kapitalismus auf allen Ebenen der Gesellschaft, der China zur Wirtschaftsmacht gemacht hat, schwer möglich gewesen. Das Sozialkreditsystem treibt den Selbstwiderspruch nun auf die Spitze: Von seiner Grundidee her fallen dort totale Überwachung und totale Selbstorganisation in eins.

Das ist natürlich nur ein Idealtypus. In der sozialen und politischen Wirklichkeit ist das chinesische Parteiregime nach wie vor von zahllosen durch Ignoranz, Schlampigkeit, Opportunismus und Korruption herbeigeführten Dysfunktionalitäten geprägt. Dennoch ist es ratsam, die Herausforderung, die für westliche Demokratien in diesem Modell liegt, ernst zu nehmen. Die Politikwissenschaftlerin Samantha Hoffman weist in einem Papier des Forschungszentrums Merics darauf hin, dass Konzepte einer kybernetischen Leitung der Gesellschaft unter dem Leitthema „Gesellschaftsmanagement“ seit Jahren eine immer größere Rolle in der Theoriebildung der Partei spielen; Hoffman spricht von einem „Autonomen Nervensystem“ Chinas.

Die FU-Studie nennt zu Recht das Stichwort „Gouvernementalität“. Unter diesem Namen fasste Michel Foucault die Säkularisierung von pastoralen Strategien, mit denen seit dem fünfzehnten Jahrhundert die europäischen Staaten das tägliche Verhalten ihrer Bürger zu lenken und

zu kontrollieren versuchten; besonders wirkungsvoll gelinge das dem Neoliberalismus, indem er die Selbstverwirklichung der Regierten ins Kalkül der Regierenden einbeziehe: Die „Rationalität der Regierten soll als Regelungsprinzip für die Rationalität der Regierung dienen“. Man könnte denken, China habe dieses Konzept, das Foucault erst durch nachträgliche Abstraktion dem historischen Material abrang, von vornherein als Blaupause für seine Politikplanung genommen. Es hat eine Apparatur eingerichtet, die die Eigenrationalität des Markts (Kredit) ebenso wie der traditionellen Moral (Vertrauenswürdigkeit, was schon im Konfuzianismus eine wichtige Kategorie war) dazu verwendet, die Rationalität des autoritären Staats, die Überwachung, durchzusetzen.

Die Künstliche Intelligenz schafft dabei die Möglichkeit, das eine mit dem anderen quasi-automatisch kurzzuschließen: Sie führt die Daten aus der Beobachtung der digitalen Netze und des öffentlichen Raums zusammen und verbindet sie zugleich mit den Sanktionsmöglichkeiten, indem das aktuelle Punktekonto in die Ausweis- und Chipkarten eingespeist wird, ohne die kein Ticketerwerb, keine Hotelbuchung, kein größerer Kauf, demnächst nicht einmal eine Autofahrt durch ein Stadtzentrum möglich ist. Das erwünschte Verhalten wird damit tendenziell ohne Zwischenschaltung einer von außen eingreifenden Macht herbeigeführt; jedes Verhalten zieht automatisch eine vorher angekündigte Konsequenz nach sich, die wiederum der Logik der verschiedenen gesellschaftlichen Subsysteme entspricht. Auch Firmen und sogar Regierungsbehörden sollen mit Punktekonten bewertet und sanktioniert und damit in das sich selbst regulierende System einbezogen werden. Als übergeordnete Instanz bleibt neben den digitalen Apparaten dann nur die Kommunistische Partei übrig, die die Gesellschaft und jeden Einzelnen in ihr durch den Markt und die Moral selbst überwachen lässt.

Fort fällt dagegen die Vorstellung, dass es Menschen sind, die im Wettbewerb und Ausgleich ihrer unterschiedlichen Auffassungen der Welt die Politik machen. Foucault setzte auf die Gegenreaktionen, die sich etwa in Form des

Naturrechts oder der Aufklärung seinerzeit in Europa formiert hatten: den Willen, „nicht auf diese Weise und um diesen Preis regiert zu werden“. Aber in der direkten Konkurrenz mit der totalen Technokratie werden sich die Demokratien wahrscheinlich auch anstrengen müssen, die besseren Ergebnisse zu erzielen.

Mark Siemons ist Feuilletonkorrespondent der F.A.Z. in Berlin.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

ISSN 0177-7521
34. Jahrgang
Sonderausgabe 2018



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Telefon (030) 269 96-33 83
Telefax (030) 269 96-53 383
www.auslandsinformationen.de
www.fb.com/internationalreports
www.twitter.com/auslandsinfo
auslandsinformationen@kas.de

Herausgeber:
Dr. Gerhard Wahlers

Chefredakteur:
Sebastian Enskat

Redakteurin:
Dr. Anja Schnabel

Redaktion:
Dr. Peter Fischer-Bollin
Frank Priess
Thomas Birringer
Rabea Brauer
Dr. Lars Hänsel
Stefan Reith
Dr. Stefan Friedrich
Winfried Weck
Nils Wörmer

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Alle F.A.Z.-Beiträge werden hier inhaltlich
unverändert wiedergegeben.
Sie wurden nicht an die Richtlinien der Aus-
landsinformationen (Ai) angepasst.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement
günstiger. Für Schüler und Studenten wird ein
Sonderrabatt gewährt. Für weitere Informa-
tionen und Bestellungen wenden Sie sich bitte
an: auslandsinformationen@kas.de

Bankverbindung:
Commerzbank Bonn
IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00
BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Ai-Beiträge liegt bei den
Auslandsinformationen (Ai).

Das Copyright für die Beiträge aus F.A.Z. und
F.A.S. liegt bei der Frankfurter Allgemeine
Zeitung GmbH, Frankfurt am Main.

Titelfoto: Chinesische Soldatinnen üben für
eine Parade zum 60. Nationalfeiertag.

© Joe Chan, Reuters.

Alle weiteren wie jeweils gekennzeichnet.

Gestaltung/Satz:
racken GmbH, Berlin



Ai

auslandsinformationen.de
facebook.com/internationalreports
twitter.com/auslandsinfo